
SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO



Wortprotokoll

der 215. Sitzung vom 16. Juli 2003

—

Resoconto integrale

della seduta n. 215 del 16 luglio 2003



XII. LEGISLATUR
XII. LEGISLATURA
1998 - 2003



SEDUTA 215. SITZUNG

16.7.2003

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 150/03:
"Disposizioni in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2003 e per il triennio 2003-2005" (continuazione) . . .
..... pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 151/03: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno 2003 e per il triennio 2003-2005 – autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio per l'anno finanziario 2004" (continuazione).
..... pag. 3

Ordine del giorno n. 1, presentato dai consiglieri Pöder e Klotz, concernente la copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza.
..... pag. 62

Ordine del giorno n. 2, presentato dai consiglieri Pöder e Klotz, concernente il blocco delle assunzioni nell'amministrazione provinciale.
..... pag. 70

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 150/03: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2003 und für den Dreijahreszeitraum 2003-2005" (Fortsetzung).Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 151/03: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Jahr 2003 und für den Dreijahreszeitraum 2003-2005 – Ermächtigung zur provisorischen Führung des Haushaltes für das Finanzjahr 2004" (Fortsetzung).Seite 3

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz, betreffend die Pflegeversicherung.
.....Seite 62

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz, betreffend den Personalaufnahmestopp in der Landesregierung.Seite 70

Nr. 215 – 16.7.2003

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. CARLO WILLEIT

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

ORE 10.12 UHR

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolls der letzten Sitzung.

PÜRGSTALLER (Sekretär – SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Die Mitteilungen gelten im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen und werden dem Wortprotokoll beigelegt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Holzmann (vorm.), Lamprecht (nachm.), Munter (nachm.), Pahl, Theiner (nachm.) und Landesrat Frick entschuldigt.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 136 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 150/03: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2003 und für den Dreijahreszeitraum 2003-2005"* (Fortsetzung).

Punto 136) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 150/03: "Disposizioni in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2003 e per il triennio 2003-2005"* (continuazione).

Punkt 137 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 151/03: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Jahr 2003 und für den Dreijahreszeitraum 2003-2005 – Ermächtigung zur provisorischen Führung des Haushaltes für das Finanzjahr 2004"* (Fortsetzung).

Punto 137) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 151/03: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno"*

2003 e per il triennio 2003-2005 – autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio per l'anno finanziario 2004" (continuazione).

In Fortsetzung der gestern Abend unterbrochenen Generaldebatte zu den beiden gemeinsam in Behandlung stehenden Gesetzentwürfen erteile ich das Wort dem Abgeordneten Leitner.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Angesichts der Tatsache, dass wir gerade eine Absprache mit einem tschetschenischen Minister hatten und über die dortige Lage sehr bedrückt sind, fällt es mir ein bisschen schwer, über so einen umfangreichen Nachtragshaushalt zu reden. Deshalb ist es ein starker Gegensatz, jetzt über Milliarden von Euros zu reden. Hier muss man sich erst einmal in der eigenen Realität zurechtfinden. Dieser Nachtragshaushalt ist kurz vor den Landtagswahlen vorgelegt worden, weshalb es sicherlich angebracht ist, grundsätzlich auf die letzten fünf Jahre, aber auch auf das letzte Haushaltsjahr zurückzublicken. Ich habe mir gestern noch einmal den Bericht des Landeshauptmannes zum Haushaltsvoranschlag des Landes 2003 durchgelesen. Es ist sehr interessant festzustellen, dass doch sehr, sehr viele Vorhaben nicht verwirklicht werden konnten bzw. nicht, wie es sich die Landesregierung gewünscht hat.

Wie ich es immer bei Haushaltsdebatten gemacht habe, werde ich es auch dieses Mal so machen, dass ich zum einen auf den Haushalt als solchen, was die einzelnen Positionen anbelangt, die mir wichtig erscheinen, eingehen werde. Zum anderen werde ich auch eine politische Bewertung über die Situation vornehmen, die wir im Lande vorfinden. Wenn man diese fünf Jahre bewerten muss, so muss man trotz der Fülle der Haushaltssumme feststellen, dass Südtirol verarmt. Wir hatten noch nie so viele Familien, nämlich 25.000, die unter der Armutsgrenze leben. Diese Zahl haben wir aus Statistiken entnommen, welche man dem sehr gepriesenen Haushaltsvolumen gegenüberstellen sollte. Man muss sich schon fragen, wo das ganze Geld eigentlich bleibt. Im Haushalt ist sehr viel Geld vorgesehen, nämlich 4,6 Milliarden € plus 212 Millionen €. Von der gesamten Haushaltssumme kann man sicherlich sehr, sehr viele Scheiben abschneiden, um auch sehr, sehr viele Personen zufrieden zu stellen, und die Landesregierung sieht den Haushalt als solches Instrument, nämlich als Instrument des Ausgleiches. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Die Frage ist aber, ob die Verteilung der Haushaltsmittel gerecht ist. Damit habe ich meine ganz, ganz großen Probleme. Ich denke, dass es auch die Bevölkerung so sieht und immer öfter so sieht, weil immer mehr Leute durch den Rost fallen. Diese Politik, die darauf gründet, mit Zuckerlen die Leute zufrieden zu stellen, kann auf Dauer nicht funktionieren und ist auch an einem Wendepunkt angelangt.

Ich muss feststellen, dass die hehren Erklärungen oder Vorhaben der Landesregierung, wirkliche strukturelle Änderungen am Haushalt vorzunehmen, nicht geglückt sind, ganz im Gegenteil. Man hat sich in diese Sackgasse so sehr verfahren, dass man keinen Platz mehr findet, dort umzukehren. Man kommt auch rückwärts nicht mehr hinaus. Da ist der Karren wirklich festgefahren. Das ist eine blinde Politik, die in eine Sackgasse führen muss. Wehe uns, wenn der Staat die Steuern senkt, dann

wird der Haushalt magerer ausfallen, dann wird es diese Form der "Subventionitis" nicht mehr geben können! Obwohl sehr viele Leute und auch maßgebliche Personen aus der Volkspartei immer wieder, besonders in letzter Zeit, davor warnen, diese Politik nicht fortzusetzen, hat die Landesregierung den Ernst der Lage entweder nicht erkannt oder sie denkt so kurzfristig nur mit Blickrichtung auf die nächsten Wahlen. Das kann aber sicherlich ein böses Ende nehmen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es in diesem Land etwas gibt, das ganz im Argen liegt, wo es ganz gewaltig fehlt, und das ist die Freiheit der Bürger. Die Bürger in diesem Land sind nicht frei, sie werden durch sehr, sehr viele Gesetze, durch sehr viele Richtlinien, durch die Standesorganisationen, die sie am Gängelband halten, eingeschränkt. Alles ist auf die nächsten Wahlen ausgerichtet, um sie in größtmöglicher Abhängigkeit zu halten. Ich möchte hier einfach das Wort des großen Aufklärers Jan Jacques Rousseau voranstellen, der gesagt hat: *"Freiheit bedeutet nicht tun und lassen zu dürfen, was man will. Freiheit bedeutet, nicht das tun zu müssen, was man nicht will"*. Die Leute in diesem Land sind teilweise gezwungen das zu tun, was man von oben vorgegeben bekommt. Das ist nicht Freiheit! Das ist Unfreiheit in extremer Form sogar. Die Leute lassen sich das aber zwar mit der Faust im Sack widerwillig, missmutig gefallen, aber sie sehen den Ausweg nicht, weil sie glauben, dann irgendwo zu kurz zu kommen.

Wie gesagt, fünf Jahre hauptsächlich SVP-Politik und Politik der Landesregierung haben dazu geführt, das Land in eine Verarmung zu führen, die nach dem Krieg in den letzten Jahrzehnten nicht da gewesen ist. Ich sage noch einmal, das Geld muss irgendwo hingeflossen sein, wo es einfach nicht gut angelegt war. Ich werde aufgrund von einigen Themenbereichen darlegen, wo, meiner Meinung nach, die größten Fehler gemacht worden sind, wo sehr viel Geld verschwendet, nicht gut angelegt wurde, sondern zum Teil regelrecht beim Fenster hinausgeworfen worden ist. Heute wissen die Leute teilweise nicht mehr, wie sie ihre Wohnung bezahlen, wie sie zu einer Wohnung kommen sollen. Wir haben immer noch nichts getan, um Mietwohnungen anzubieten. Ich habe erst vor zwei Tagen eine E-Mail bekommen, in dem mich ein Bürger fragt, warum es in Südtirol keine Mietwohnungen wie beispielsweise in Innsbruck gibt. Ich werde ihm darauf antworten: "Weil es die Landesregierung nicht will". Die Landesregierung will den Weg fortsetzen, dass alle Bürger ein eigenes Haus haben, auch unter der Gefahr, dass sie sich ein ganzes Leben lang verschulden. Die Verschuldung in diesem Land war noch nie so hoch wie jetzt.

Erinnern wir uns an den Bericht des Direktors des Raiffeisenverbandes vor wenigen Wochen, in dem steht, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Südtirol mittlerweile 27.000 Euro beträgt. Das heißt, jeder Südtiroler steht mit 27.000 Euro in der Kreide. Im Staatsdurchschnitt sind es 17.000 Euro. Wir haben zwar sehr, sehr viele schöne Wohnungen - diese gönne ich auch jedem -, aber die Landesregierung darf nicht vergessen, was sie mit dieser Politik erreicht. Viele können die Wohnungen nicht bezahlen und gleichzeitig muss man Skandale aufdecken, wie jenen in dieser Woche im Martell beispielsweise, wo ein Hotelier in einer Sozialwohnung lebt und keine Miete - nicht die Höchstmiete - bezahlt, weil er zu einem Zeitpunkt darum angesucht hat, als das Einkommen noch geringer war. Was sage ich den Leuten, die auf der

Rangordnung stehen und warten, dass sie eine Sozialwohnung zugewiesen bekommen? Gleichzeitig sagt man aber, er müsse die neue Erklärung im August nachreichen, weil für heuer die Erklärung des Jahres 2001 gelte. Seit Februar 2002 ist dieser Herr Besitzer eines Gasthauses mit 50 Betten! Mir kann man nicht sagen, dass in Südtirol ein Hotelier Anrecht auf eine Sozialwohnung hat. Da ist etwas faul im Staate Dänemark. Da muss man auch Kontrollmechanismen finden, dass man auch früher eingreifen kann, sonst kann man theoretisch zwei Jahre länger als eigentlich zulässig in einer Sozialwohnung bleiben, und zwar zu Lasten anderer Bürger, die keine Wohnung finden.

Gleichzeitig reden wir von der Pflegeversicherung und vom Ticket. Mit der Pflegeversicherung hat sich die Landesregierung schon etwas geleistet! Nicht die Versicherung als solche, sondern wie man hier vorgeht, möchte ich ansprechen. Wir erinnern uns alle daran, dass die Landesregierung im Frühjahr erklärt hat, dass das Gesetz zur Pflegeversicherung voraussichtlich vor den Wahlen nicht mehr gemacht wird, es ginge sich nicht mehr aus. Auf Druck der Opposition hat man dann den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Man hat auch das Gesetz vorgelegt, um diesen Druck ein bisschen abzuschwächen. Jetzt geht man wieder her und sagt: "Das machen wir nach den Wahlen. Die Zeit reicht nicht mehr aus". Ich sage, bei Entscheidungen von einer solchen Tragweite sollte man schon den Mut haben, das vor den Wahlen zu regeln, und nicht sagen: "Jetzt halten wir einmal die Wahlen ab und danach werden wir schon sehen".

Zur Pflegeversicherung selber möchte ich Folgendes sagen. Wir haben von allem Anfang an zur Pflegeversicherung ja und zur Pflegesteuer nein gesagt. Was wir jetzt einführen werden, ist eine Pflegesteuer. Grundsätzlich bin ich nicht gegen die Pflegeversicherung. Das haben wir Freiheitlichen auch immer gesagt. Wir sehen wie sich die Bevölkerung entwickelt, wie die Alterspyramide aussieht, wie die Zahl der Pflegebedürftigen zunimmt. Dass hier Handlungsbedarf besteht, steht auch für uns außer Frage. Solange auf der anderen Seite Gelder hinausgeworfen werden, die einer puren Geldverschwendung gleichkommen, haben wir kein Verständnis dafür, die Leute zusätzlich zur Kasse zu bitten.

Solange man öffentliche Bauten hinstellt, die man teilweise nicht braucht, wie den Verbindungstunnel am Bozner Krankenhaus, der wieder zugeschüttet wird, wie die Kompostierungsanlage in Bozen Süd, die nicht in Betrieb gehen wird, wie die Schlammbleitung und wie das Beispiel aus den letzten Tagen, das wir in Erfahrung bringen konnten, ... Im Pustertal baut man die Gasleitung und verlegt gleichzeitig - ich glaube die BrennerCom - ein Glasfaserkabel. Ich habe nichts dagegen. Ich bin auch dafür, dass die moderne Technik auch in die Täler und in die Orte hinauskommt. Ich frage aber, ob wir nicht erst letztes Jahr auf der Pustertaler Straße eine Firma gesehen haben, die im Dauereinsatz war und einen schmalen Aufriss gemacht hat, in den man mit allen Schwierigkeiten für die Pendler und für jene, die tagtäglich die Pustertaler Straße benützen müssen, ein Glasfaserkabel verlegt hat. Sie benützen die Straße nicht deshalb, weil sie eine besondere Freude haben, im Stau zu stehen, sondern weil sie auf die Arbeit müssen. Dieselben Leute sehen jetzt, dass wiederum ein Glasfaserkabel verlegt wird. Dann fragt man sich schon, ob die Notwendigkeit gegeben ist, zwei zu

haben. Weiß die eine Hand nicht, was die andere Hand tut? Die Straßenverwaltung untersteht jetzt auch dem Land und die BrennerCom ist auch zum großen Teil ... Brauchen wir beide? Man hätte eigentlich bereits letztes Jahr wissen müssen, dass heuer die Erdgasleitung verlegt wird. Es hätte auch ein Kanal genügt und es hätte nicht passieren dürfen, dass erst die Straße aufgerissen wird und dann Verkehrsunfälle passieren, weil die Straße gesunken ist. Dieser 10 cm breite Streifen hat dazu geführt, dass vor allem Motorräder über den Straßenrand hinausgefahren sind. Dann hat man schnell einen Meter breit mit einer glatten Fläche asphaltiert, die besser auf einen Schlittschuhplatz als auf einen Straßenbelag gepasst hätte. Diese Unannehmlichkeiten hatten nicht die Mitglieder der Landesregierung zu tragen, die mit fetten Dienstwagen unterwegs sind, sondern die Bürger, die tagtäglich zur Arbeit fahren müssen.

Das Ticket. Jetzt wird gesagt, dass mit der Einführung des Tickets Kosten eingespart würden. Ich möchte einmal eine Aufstellung haben. Wenn man die Einsparung wirklich auch nachprüfen kann und auch was der Verwaltungsaufwand gekostet hat, dann muss man das in Relation stellen. Es ist zu wenig zu sagen, wir haben so und so viel Millionen eingespart, wenn man gleichzeitig nicht auch sagt, was man mehr ausgegeben hat. Diese Rechnung muss man machen! Auch hier bin ich der Meinung, dass das Ticket differenziert gesehen werden muss, dass es beispielsweise bei Arzneimitteln, bei der Ersten Hilfe oder auch bei der Flugrettung durchaus einen Sinn haben kann. Wenn es so ist, dass beispielsweise die Erste-Hilfe-Stationen nicht mehr von Leuten bevölkert werden, die nicht hingehen, weil sie ein großes Problem haben, sondern weil sie vielleicht den Vormittag leichter herumkriegern und vor allem jene, die unentgeltliche Leistungen in Anspruch nehmen, die sie andernorts nirgends bekommen könnten, dann hat man etwas Gutes erreicht.

Wogegen wir immer protestiert haben und wogegen wir nach wie vor protestieren, ist das Ticket auf Spitalsaufenthalte. Wir haben dafür über 5.000 Unterschriften gesammelt. Ich habe jüngst gelesen, dass auch eine Gewerkschaft über 5.000 Unterschriften gesammelt hat. Das heißt, dass die Leute hier sehr klar unterscheiden können. Von uns ist immer wieder aufgezeigt worden, wo der Unterschied besteht. In ein Krankenhaus komme ich nicht hinein, wenn ich nicht eine Verschreibung vom Arzt habe. Ich gehe hier nicht aus freien Stücken hinein, weil es mir gerade gefällt. Das ist der Unterschied zur Ersten Hilfe beispielsweise! Die Ungerechtigkeit des Tickets auf Spitalsaufenthalte ist nach wie vor gegeben, weshalb wir die Landesregierung wirklich ersuchen, dieses Ticket zumindest abzuschaffen.

Die Leute klagen heute, dass mit der Einführung des Euro, allgemein unter dem Schlagwort "Teuro" bekannt geworden, das Geld keinen Wert mehr hat bzw. dass es sehr stark an Wert verloren hat. Die Leute fragen sich, wie sie mit ihrem Gehalt über die Runden kommen sollen. Ich muss sagen, viele Südtirolerinnen und Südtiroler sind eigentlich Meister im Überleben, denn mit einem Monatslohn von knapp 1.000 Euro eine vierköpfige Familie über die Runden zu bringen mit den Preisen, die bei uns gang und gäbe sind, ist eine Meisterleistung. Das muss man erst einmal nachmachen! Man müsste eigentlich jedes Mitglied der Landesregierung einen Monat lang in eine Sozialwohnung stecken, ihm das Gehalt eines Fabrikarbeiters und keine zusätzlichen Gelder geben und dann sollte es einmal schauen, wie es überleben kann. Danach kann

man vielleicht verstehen, dass die Not größer als der Jammer ist. Das ist nicht mehr Jammer. Im Land gibt es wahrscheinlich auch Leute, die immer schon gejammert haben, damit sie leichter zu Subventionen kommen. Es gibt viele und immer mehr Leute, denen das mittlerweile anständig weh tut.

Die Kaufkraft der Löhne ist stark gesunken und gleichzeitig gehen wir her und schieben allem einen Riegel vor, das in Richtung billiger Einkaufen geht. Ich komme auf eine Problematik zu sprechen, über die wir hier sicherlich noch diskutieren müssen und wo es eine andere Regelung braucht. Wir Freiheitlichen waren auch immer dafür, dass man den Detailhandel nicht auf die "grüne Wiese" verbannt. Jetzt sehen wir aber, wohin die Entwicklung mit dieser Einbunkerung, die im Prinzip nichts anderes als eine Absicherung von Monopolisten, von privilegierten Kaufleuten ist, führt. Das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Gleichzeitig müssen wir zuschauen, wie unsere Leute eine Abstimmung mit Füßen machen, um es so zu bezeichnen, indem sie nach Verona, nach Trient oder nach Innsbruck zum Einkaufen fahren mit der Folge, dass sehr viel Kaufkraft außerhalb des Landes geht, dass Steuern abfließen, die uns dann im Landeshaushalt wieder fehlen. Ein normaler Austausch wird immer stattfinden, und das ist auch richtig so. Wenn aber Leute und gerade in Südtirol sozial engagierte Verbände wie der KVW, der ASGB regelrecht Einkaufstouren für ihre Mitglieder mit allen Folgeerscheinungen organisieren, wenn man das jetzt ausdrücklich in Hinblick auf den Wahlkampf macht, dann muss man sich schon fragen, wohin das führt. Ist es dann nicht gescheiter, wenn auch wir Einkaufszentren zulassen? Das muss nicht im Grünen sein, das kann auch in den Zentren sein. Die Leute interessiert eines, nämlich dass sie zu anständigen, angemessenen und erschwinglichen Preisen einkaufen können. Das ist es, was sie interessiert.

Bei den öffentlichen Bauaufträgen haben wir festgestellt - das ist neu -, dass im letzten Jahr erstmals mehr Gelder an einheimische als an auswärtige Firmen gegangen sind, wenngleich die großen Brocken nach wie vor an ausländische Firmen gegangen sind. Das heißt, hier hat es eine Verbesserung gegeben. Ich bin derjenige, der positive Dinge auch anmerkt. Es ist nicht alles falsch. Man hat auch Dinge getan, Gott sei Dank, worauf wir in den vergangenen Jahren immer wieder gedrängt haben. Mit der letzten Gesetzesänderung werden wir wahrscheinlich noch einen Schritt weiterkommen. Unsere Leute müssen einsehen, dass sie sich zu Bietergemeinschaften zusammenschließen müssen, um Aufträge zu bekommen. Wahrscheinlich bekommen sie noch genug Aufträge aus der Privatwirtschaft und brauchen deshalb keine Aufträge von der öffentlichen Hand. Hier wird sicherlich auch der Umstand, dass die Aufträge weniger werden, die Unternehmer zwingen, sich zusammenzuschließen, denn unsere kleinstrukturierte Wirtschaft hat keine großen Betriebe, die die logistischen Voraussetzungen für Großaufträge besitzen. Das muss man auch noch sagen.

Was aber nach wie vor anhält – und das ist unverzeihlich -, sind die Baumängel. Es kann doch nicht sein, dass bei Neubauten die Decken herunterbrechen, weil man zu schwache Dübel genommen hat. Kontrolliert da niemand? Es gibt Projektleiter. Wir haben solche Leute auch noch zusätzlich eingesetzt und dennoch passieren solche Dinge. Voriges Jahr ist in Bruneck passiert, dass vor der Eröffnung des Sozialzentrums die Fliesen heruntergefallen sind. Bevor der Betrieb überhaupt aufge-

nommen wurde, mussten Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Was die Turnhalle in Brixen oder die Fassade der Europäischen Akademie anbelangt, streitet man darüber, ob der Bauherr, der Projektant oder die Firma an den Mängeln schuld ist. Das interessiert die Leute wenig. Sie wissen, dass das Steuergelder sind, die hier wirklich verschwendet werden. Solche Dinge dürften nicht passieren. Die Forderung muss lauten, dass es Verantwortliche geben muss. Für solche Dinge hat man keine Verantwortlichen. Hoffentlich wird es in diesem Zusammenhang besser. Wenn ein Projektant für einen Fehler, den er gemacht hat, zur Belohnung auch noch ein Varianteprojekt erstellen darf und noch einmal kassiert, dann sind wir in der Vergangenheit sicherlich auf dem falschen Weg gewesen. Das darf sicherlich nicht passieren.

Wir haben einen aufgeblähten Verwaltungsapparat der, glaube ich, in Mitteleuropa einzigartig ist. Man muss diese Zahl immer wieder nennen. Wir haben in Südtirol 41.000 öffentliche Bedienstete bei 200.000 Arbeitskräften. Das sind ziemlich genau 20 Prozent. Man möge mir ein anderes Land in Europa nennen, in dem es so eine aufgeblähte Verwaltung, einen solchen Wasserkopf gibt. Hier wäre sicherlich sehr, sehr viel Einsparungspotential vorhanden. Das versteht aber niemand. Die Bürokratie nimmt tagtäglich zu. Vor den Wahlen redet man zwar von deren Abschaffung - Kollege Munter wird wahrscheinlich mit dem Schubkarren unterwegs sein, um wieder irgendwelche Zettel wegzuführen - in Wirklichkeit hat sie aber zugenommen. Kollege Munter ist sowieso jener, der mehr im Verband der Handwerker als hier im Landtag sitzt und dafür auch noch doppelt bezahlt wird.

Wir sind wieder bei einem Thema angelangt, bei dem ich zur ganzen Verbandsstruktur überleiten kann. Auch die Gelder möchte ich ansprechen, die diejenigen kassieren. Weil gerade Wahlkampf ist, sieht man, wozu diese Gelder benutzt werden. Das ist versteckte Parteipolitik, die da betreiben wird! In Südtirol haben wir in den großen Verbänden alles Funktionäre sitzen, die gleichzeitig auch zum großen Teil Funktionäre der Volkspartei sind. Man möge mir erklären, wie man das auseinanderhalten kann. Das geht dann so weit, dass man heuer beispielsweise bei bestimmten Privatsendern nicht einmal eine Werbung schalten kann, weil man keine Parteiwerbung macht. Sehr wohl lässt man aber zu, dass die Verbände Werbung schalten, wo natürlich die Exponenten, die natürlich auch Landtagskandidaten sind, unter dem Deckmantel der Verbandszugehörigkeit mit dem Geld ihrer Mitglieder und teilweise auch der Steuerzahler werben können. Ich sehe nicht ein, dass wir als öffentliche Verwaltung diesen Verbänden so viel Geld in die Hosentaschen stecken, wie wir es bei den Verbandssitzen gemacht haben, wenn sie umgekehrt nicht imstande sind, ein bisschen Objektivität zu wahren und wirklich den Nachweis zu erbringen, dass sie im Interesse der Mitglieder da sind und nicht um sich selbst in Szene zu setzen, wer den besseren oder schöneren Verbandssitz hat, um Parteipolitik zu machen. Das muss endlich einmal aufhören! Aber nein, wir machen es ja umgekehrt. Wir versprechen einem Verband, dass die öffentliche Verwaltung für den Bau des Verbandssitzes mit einem bestimmten Ausgangspreis 50 Prozent zahlt. Damals waren es 8 Milliarden Lire. Das Land hat den Verbänden der Kaufleute und der Handwerker jeweils 4 Milliarden Lire gegeben. Was ist herausgekommen? Sie haben so gebaut, wie man in Südtirol in der öffentlichen Verwaltung baut, nämlich das Beste vom Besten, das Schönste vom

Schönsten, mit der Auswirkung, dass die Baulichkeit nicht 8 Milliarden, sondern 19 Milliarden gekostet hat. Was hat das Land gemacht? Das Land hat den Beitrag erhöht und nach wie vor 50 Prozent gegeben, nur 50 Prozent von 8 Milliarden Lire sind 4 Milliarden und 50 Prozent von 19 Milliarden sind halt 9,5 Milliarden. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Das ist der reinste Selbstbedienungsladen, geschätzte Damen und Herrn der Landesregierung, wie Ihr mit dem Haushalt umgeht! Das ist Klientelismus per excellence! Das ist Vetternwirtschaft pur, die wir seit jeher beklagen! Sie ist nicht besser, sondern schlechter geworden.

SMG. Gerade die Ereignisse der jüngsten Tage sind sehr interessant, wenn man sie ein bisschen anders beleuchtet, als es die Landesregierung jetzt versucht zu tun. Ich möchte das mit den Misserfolgen in Verbindung setzen, die die Landesregierung in autonomiepolitischer Hinsicht eingefahren hat. In den letzten Jahren ist autonomiepolitisch nichts weitergegangen. Die Landesregierung gibt der neuen Regierung in Rom die Schuld und sagt, dass man mit Mitte-Rechts nichts machen kann. Die Gründe sind aber sicherlich auch hier vielfältiger. Warum ist die SMG im letzten Jahr vor allem in die Schlagzeilen geraten? Weil die Freiheitlichen die Frage gestellt haben, was Direktor Engl eigentlich verdient. Das war eine so brisante Frage, dass man tagelang natürlich nichts gesagt hat, dann über die "Wirtschaftszeitung" in die Offensive gegangen ist, um ein Gehalt zu nennen, das keiner überprüfen kann. Wenn wir gefordert haben, dass die Gehälter der Verbandsfunktionäre offen zu legen sind, dann verlangen wir nichts anderes als das, was wir in einem Rechtsgutachten des Landtages bestätigt bekommen haben. Die Pflicht zur Offenlegung der Gehälter wäre eigentlich da. Die Landesregierung erklärt uns aber, dass das private Vereine seien. Ist die SMG ein privater Verein, wenn sie zu 50 Prozent dem Land gehört? Was ist der Handwerker- und Kaufleuteverband oder wer auch immer, die jede Menge öffentliche Beiträge bekommen? Wo ist hier noch der Schutz des Privaten? Wo kann man sich hier hinter der Privacy verstecken? Das ist nichts anderes als der Versuch, den Leuten nicht die Wahrheit sagen zu wollen, weil sie genau wissen, dass dann auch die Mitglieder auf die Barrikaden gehen würden. Wie gesagt, die meistdiskutierte Frage in der SMG war das Gehalt des Direktors.

Jetzt geht es um die Diskussion betreffend die Aussagen Berlusconi und Stefanis im Zusammenhang mit der Deutschland-Italien-Geschichte. Hier wird etwas sehr klar sichtbar, das aber auch interessant ist. Wir haben im letzten Jahr Hurra geschrien, als endlich der Name Südtirol in der Verfassung verankert wurde. Gleichzeitig gehen wir her und schreiben freiwillig den Namen "Italia" in die Südtirol-Werbung! Das muss man mir erklären. Hier ist die Landesregierung gefordert. Wenn die SMG nicht schaltet oder nicht weiß, was sie tut oder wirklich eine Dummheit macht - anders kann ich es nicht bezeichnen -, dann müsste der zuständige Landesrat darauf einwirken, welcher sich aber vor die SMG stellt. Der Landeshauptmann stellt sich vor die SMG und das macht die Sache erst richtig schwerwiegend. Den Leuten muss man erklären, wie man einerseits Autonomie, Selbstständigkeit verlangt und auf der anderen Seite selber das aufgibt, was man hat. Der Abgeordnete Zeller hat eigentlich nur das ausgedrückt, was, so denke ich, der Großteil der Südtiroler empfindet, gar nichts ande-

res. Wenn wir hergehen und uns freiwillig an Italien ketten, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn gleichzeitig eine Identifikation mit diesem Staat entsteht.

Was mich persönlich sehr geärgert hat und was ich partout nicht verstehen kann, war die Auszeichnung der Landesregierung an einen hohen Finanzbeamten, der – die Argumentation möge man sich bitte auf der Zunge zergehen lassen – den österreichischen Behörden Paroli geboten hat. Der Landeshauptmann von Südtirol zeichnet einen italienischen Finanzbeamten aus, weil er den Österreichern Paroli geboten hat. Schöne Grüße ans Vaterland! Eines sind die Worte. Ich habe nichts gegen irgendwelche Verdienste, nur muss man auch hier die Wahrheit sagen. Die österreichischen Behörden haben nie bestritten, dass der Ötzi-Fund auf italienischem Territorium stattgefunden hat. Gott sei Dank hat das deutsche Ehepaar Simon diese Gletscherleiche gefunden, ansonsten würden wir sie heute nicht in diesem Zustand haben, wie sie vorgefunden wurde. Dass wir Südtiroler hergehen und einen hohen Funktionär des italienischen Staates dafür auszeichnen, dass er den österreichischen Behörden Paroli geboten hat, diese Argumentation verstehe ich nicht. Dann dürfen wir uns nicht aufregen, wenn der Klestil dem Fini eine Medaille umgehängt hat. Wo ist hier der Unterschied? Diese Gefühle, die hier zum Ausdruck kommen, merkt man offensichtlich nicht mehr.

Die Europaregion Tirol wird sehr oft genannt, getan wird aber das Gegenteil. Hier ist der Landeshauptmann selber der Meister in der Aushöhlung nicht der Region Trentino-Südtirol, sondern der Europaregion. Weil es auch in diese Amtsperiode fällt, erinnere ich an die ganze Geschichte mit der Hypo Tirol. Das war wirklich ein Tiefschlag in der gemeinsamen Tirolpolitik, wie man ihn schlimmer nicht vorstellen hätte können. Hier kann man nicht die Schuld auf das Bundesland Tirol schieben, denn auch hierzulande werden alle Versuche so ausgerichtet, dass man auf jeden Fall eine eigene Identität entwickelt. Das Ziel ist eine eigene Südtiroler Identität. Wenn man diese so forciert und so weiter betreibt wie bisher, dann können wir beides gleichzeitig eben nicht machen. Wir können nicht einerseits von Gesamttirol reden und auf der anderen Seite Druck ausüben und alle Weichen in Richtung Eigenständigkeit stellen. Jetzt sieht man es an diesen Diskussionen, bei denen man nicht weiß, was man wirklich ist. Die Reaktion von Südtiroler Seite auf diese Deutschland-Italien-Geschichte ist nichts anderes als Ausdruck schlechten Gewissens. Warum muss sich diesbezüglich die SMG überhaupt zu Wort melden? Warum hat sie sich überhaupt zu Wort gemeldet? Weil sie Rückmeldungen bekommen hat und weil deutsche Bundesbürger gesagt haben: "Wieso sollen wir zu Euch fahren, wenn wir von Italien, wozu Ihr unbedingt gehören wollt - und das wird uns tagtäglich bei der Werbung dokumentiert - so dargestellt werden?" Das ist das schlechte Gewissen der Landesregierung! Das hat man ja zugegeben. Das ist das Eingeständnis in diese Richtung.

Verkehr. Ich kann mich nur wundern, wenn man aus der Zeitung erfahren muss, dass der Tourismuslandesrat einen Protestbrief an die EU-Kommissarin De Palacio schickt, in dem er sich über das Verhalten des Tiroler Landeshauptmannes aufregt. Redet Ihr nicht miteinander, bevor Ihr solche Dinge macht? Man kann nicht von Zusammenarbeit, von Europaregion Tirol reden und sich dann auf internationaler Ebene gegenseitig angreifen. Was sollen dann Außenstehende von uns denken? Es mögen gute Gründe auf der Seite der Südtiroler liegen und es mögen gute Gründe auf

der Seite des Bundeslandes Tirol liegen. Dass wir aber den Verkehr dazu benutzen, um uns auf europäischer Ebene gegenseitig anzuschwärzen, ist nicht gerade ein Zeichen guter Zusammenarbeit. Natürlich sind davon unsere Frächter betroffen. Man muss im Vorfeld und nicht über die Zeitungen eine Ausnahmeregelung treffen. Das sind einfache Dinge, die man so nicht hinnehmen kann.

Jetzt komme ich zum Brennerbasistunnel, weil es zumindest das große Verkehrsthema ist. Mangels eines rechtswirksamen oder verbindlichen Verkehrsplanes konzentrieren wir uns auf Einzelprojekte. Auf ein sehr, sehr großes Projekt wird auch von unserem Land besonderer Druck ausgeübt, nämlich auf den Bau des Brennerbasistunnels, der, nach meinem Dafürhalten, nicht notwendig ist, weil er nicht das bringt, was wir wollen. Ich erinnere an Folgendes, und das gilt für alle Kolleginnen und Kollegen des Landtages. Wir haben einen Beschluss gefasst. Die Eisacktaler SVP-Abgeordneten, die draußen sehr große Worte spucken, sind jetzt nicht da. Wenn es um den Verkehr geht, werden immer wieder ganz bewusst die SVP-Abgeordneten des Eisacktales angesprochen. Das sage ich nicht, weil ich zufällig auch aus dem Eisacktal komme, sondern ich will ihnen nur vorhalten, wie unglaublich sie sind. Wohlgemerkt, auf ihren Antrag hin haben wir beschlossen, dass der Brennerbasistunnel nur dann gebaut werden darf, wenn er insgesamt eine Verbesserung bringt. Jetzt erklären dieselben Abgeordneten, dass dieses Projekt eine Verschlechterung ist. Wo ist dann die Konsequenz? Dann müsste man sagen, unsere Zustimmung ist nicht mehr gegeben, weil die Prämissen nicht stimmen, weil die Voraussetzung nicht stimmt, aber weit gefehlt. In der Vorwahlzeit wird man zwar Versammlungen machen und darüber schimpfen, wie schlecht das Projekt ist und wie stark die Beeinträchtigung durch Lärmeinwirkung sein wird, man wird aber nicht dagegen sein. Dasselbe wird auch im Unterland passieren. Was man im Unterland aufführt, ist sowieso ein Musterbeispiel, das, ich würde fast sagen, nicht der Volksverdummung, aber des Erweckens des Eindruckes der Volksverdummung gleich kommt, das heißt man kämpft, obwohl man weiß, dass es nichts zu kämpfen gibt. Ich wage zu behaupten, dass südlich von Auer die Bahn nicht in den Tunnel kommt. Dafür gibt es einfache Gründe. Es gibt logistische Gründe und vor allem Finanzgründe. Man möge mir oder den Südtirolern erklären, wie der Brennerbasistunnel finanziert werden soll, wenn er vollkommen in den Berg verlegt wird. Man möge uns sagen, ob die Trentiner still sein werden – die Südtiroler wollen alles in den Boden verlegen –, wenn ab Salurn alles überirdisch verläuft. Ich bin bei x-Versammlungen dabei gewesen, bei denen Techniker der Bahn technisch argumentiert haben. In der Politik geht es auch um den politischen Willen, aber irgendwo muss auch das Geld herkommen. Die Finanzierung des Baues des Brennerbasistunnels ist noch nicht gesichert, geschweige denn jener der Zulaufstrecken. Man möge mir erklären, ob man ernsthaft daran glaubt, dass der Staat Italien, der nicht weiß, wo er das Geld hernehmen soll, um die elementaren Bedürfnisse zu befriedigen, nämlich die Renten zu zahlen, Geld bereitstellen kann, um den Brennerbasistunnel zu bauen, die Meerenge von Messina zu überbrücken und diese ganz großen Projekte, von denen wir lesen, zu verwirklichen. Man möge den Leuten glaubhaft machen, dass man auf uns in Südtirol alleine hören will. Bei uns wird alles so gemacht, wie wir es wollen. Auch ich wünsche mir das, wenn der Brennerbasistunnel kommt. Ich sage es noch einmal. Für mich

braucht es den Brennerbasistunnel nicht, weil die Kapazitäten auf der bestehenden Linie ausreichen, um diesen zusätzlichen Verkehr aufzunehmen, mehr dürfen wir nicht durchlassen. Wir müssen endlich imstande sein, die Verkehrspolitik international so abzusprechen, dass wir sagen, der Alpenraum verträgt nicht mehr Verkehr. Das ist unser Problem. Wir leben im Alpenraum. Der Landeshauptmann von Tirol sagt, die Gesundheit sei wichtiger als die Wirtschaft. Das habe ich bei uns von niemandem gehört. Er sagt es wahrscheinlich aber auch nur, weil in Tirol demnächst Wahlen stattfinden. Er macht dasselbe wie Herr Wendelin Weingartner. Kaum zu einem anderen Thema wird so viel gelogen wie beim Thema Verkehr, wobei die Leute genau wissen, dass es so nicht kommen wird. Vor den Wahlen macht man aber den Leuten Versprechungen. Das ist keine Politik, meine Damen und Herren! Das mag wahlstrategisch gut ankommen. Wir werden aber für das, was wir hier in dieser Frage sagen, ganz gewaltig büßen, vielleicht nicht mehr diejenigen, die hier sitzen, aber unsere Nachfolger. Das sage ich mit aller Deutlichkeit. Hier nur wahlstrategische Parolen auszugeben, davor möchte ich warnen.

Wir leben in einem Land, von dem viele meinen, dass dort Milch und Honig fließen. In diesem Land ist es hingegen zur größten Verschuldung seit dem 2. Weltkrieg gekommen. Das ist eine Tatsache. Viele Südtiroler leben auf Pump und wissen nicht, wie sie die Raten zahlen sollen und dergleichen Dinge mehr. Autonomiepolitische Fortschritte hat es, wie gesagt, keine gegeben, im Gegenteil. Es hat starke Rückschritte gegeben. Von den politischen Versprechungen dieser Legislaturperiode wurde herzlich wenig umgesetzt. Bei der Toponomastik sind wir keinen Schritt weiter gekommen. Beim Sprachunterricht sind wir dabei, einen enormen Fehler zu machen, indem wir das Autonomiestatut brechen. Ich möchte jetzt nicht auf die pädagogische Diskussion des Sprachunterrichtes eingehen, sondern ausschließlich auf den Umstand, dass wir aus freien Stücken das Autonomiestatut brechen. Ich warne davor. Eines ist der Sprachunterricht und das andere ist, mit welchen Argumenten wir, wenn wir das machen, morgen anderen entgegentreten werden, die auch das Autonomiestatut brechen. Wie bitte? Wir schaffen freiwillig einen Präzedenzfall, den wir nicht machen müssen, der aber, nach meinem Dafürhalten, ein blanker Unsinn ist. Niemand hat heute etwas dagegen, dass die jungen Menschen mehr und besser Sprachen lernen – ich wiederhole auch das –, dann aber muss man das Hauptaugenmerk auf die Ausbildung der Zweitsprachenlehrer lenken. Solange die Zweitsprachenlehrer nicht in der Lage sind, die zweite Sprache zu unterrichten, können wir damit anfangen wann wir wollen. Wir möchten, dass die Kinder die Sprache richtig lernen, dass sie sie von Leuten unterrichtet bekommen, die diese Sprache können, und nicht, dass falsch erklärte Deutsche die deutsche Sprache unterrichten, die von der deutschen Sprache sehr wenig Ahnung haben.

Post und Bahn, privatisierte Betriebe. Tagtäglich bekommen wir Kritik und Klagen, dass Dinge nicht funktionieren, die eigentlich versprochen worden waren. Leute werden versetzt, Leute von außen kommen zu uns, ohne natürlich die Zweisprachigkeit nachweisen zu können, und dergleichen Dinge mehr. Dienste werden eingeschränkt. Ich habe gestern einen Brief, welcher nach Vahrn adressiert war, bekommen. Er war in Vahrn aufgegeben worden. Das Postamt ist von meiner Wohnung Luftlinie

200 Meter entfernt. Er hat zehn Tage gebraucht um anzukommen. Die Post kann man vergessen! Der öffentliche Dienst, den die Post erfüllen muss, wird nicht gewährleistet. Bisher sperrt man Postämter auf Zeit zu, und hier hat die Landesregierung, leider Gottes, unsere Anregung nicht aufgegriffen, die wir mehrmals vorgebracht hatten. Wenn wir diese Entwicklung kennen und wenn die Einsparung bei der Post in einem Ausmaß stattfindet, dass sie sich tot spart, dann muss man dem entgegenwirken. Ich weiß, das Land getraut sich jetzt nicht mehr die Post zu übernehmen, weil es natürlich zu viel kosten würde. Man weiß nicht mehr, wo man das Geld hernehmen soll. Man sollte dann aber prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, gerade über Nahversorgungsbetriebe, über kleine Geschäfte in den Orten den elementaren Postdienst versehen zu lassen. Das würde eine Aufwertung für diese kleinen Geschäfte sein und gleichzeitig auch zur Aufrechterhaltung eines wichtigen sozialen Dienstes beitragen.

Mit einem Auge haben wir natürlich auch die Region im Auge, wenn wir im Südtiroler Landtag Politik machen. Auch hier ist bemerkenswert, was in Vorwahlzeiten gesagt wird. Vor Wahlen spricht die SVP immer von Abschaffung, und während der Legislatur reicht auch die Aushöhlung. Mit dem Delegierungsgesetz hat man auch einen großen Schritt in diese Richtung gemacht. Wir haben das ausdrücklich unterstützt. Solange ich aber im römischen Parlament keinen Akt seitens der Volkspartei sehe, dass man die Region auch wirklich abschaffen will, glaube ich ihr nicht, und das können ihr auch die Menschen in diesem Land nicht glauben.

Es ist uns nicht gelungen über den EU-Konvent, den wir nicht vergessen sollten, in die Europäische Verfassung eine Verankerung der Region hineinzubringen, wie wir es hier beschlossen haben. Wir sind hier keinen Schritt weitergekommen und die europäische Entwicklung trägt unseren Wünschen mit der neuen Verfassung kaum bis gar nicht Rechnung.

Es ist nicht gelungen, wie beabsichtigt, die 19 Enel-Kraftwerke zu übernehmen, wofür wir im Haushalt Geld vorgesehen und wofür wir uns auch beachtlich verschuldet haben. Wir wissen nicht, wie die ganze Entwicklung mit dem Wasser weitergeht. Gerade wir Freiheitlichen haben seit Jahren immer wieder Beschlussanträge zum Schutz des einheimischen Wassers eingebracht, die auch angenommen worden sind. Weil heuer das internationale Jahr des Trinkwassers ist, erinnere ich daran, dass vor wenigen Tagen auch Bundeskanzler Schüssel bei der Europäischen Union die Forderung deponiert hat, über das Wasser weiterhin verfügen zu können, und dass es diesbezüglich auch in Zukunft Einstimmigkeit braucht. Ob das zu halten ist, werden wir angesichts der Tatsache sehen, dass die Wasserproblematik weltweit dramatisch zunimmt. In dieser Trockenperiode sehen wir es beispielsweise auch in Oberitalien. Wenn Kraftwerke geschlossen werden müssen, dann wird die Stromabschaltung, die wirklich Merkmal einer Bananenrepublik ist, ... Es kann nicht sein, dass ein Staat, wenn einmal eine Knappheit auftritt, nicht in der Lage ist so vorzusorgen, dass man mit internationalen Abkommen diesen Engpass überbrücken kann. Das kann man mir nicht erzählen! Die Landesregierung hat darauf sehr schnell reagiert und protestiert, was in Südtirol jeder getan hat und auch sehr, sehr gut versteht.

Einen Satz zur Sanität, weil die Sanität der Geldverschlinger Nummer 1 ist. Auch hier kann ich nicht die Euphorie teilen, die Landesrat Saurer immer wieder an

den Tag zu legen versucht mit der Aussage, dass wir bessere Leistungen und bessere Dienstleistungen bieten, weshalb bei uns das Sanitätswesen ein bisschen mehr koste. In Zukunft werden wir uns der Diskussion über einen möglichen einzigen Sanitätsbetrieb nicht verschließen können. Ich bin schon dafür, dass wir in der Peripherie bleiben. Das ist auch aus politischen Gründen für notwendig erachtet worden, und das hat auch einen Sinn. Wenn wir uns aber bestimmte Dinge nicht mehr leisten können, dann werden wir über so genannte heilige Kühe reden müssen, die vielleicht auch geschlachtet werden müssen. Ich wage zu behaupten, dass wir die ganzen Sprengel, die wir eingerichtet haben, nicht aufrecht erhalten werden können. Das ist eine tolle Sache, wenn wir sie uns leisten können, aber bitte! Schaut Euch einmal den sozialen Gesundheitssprengel in Sand in Taufers an, der als Bau ein Wunderwerk ist. Ich wünschte mir, dass in Südtirol auch die Dienste so vortrefflich wären wie diesen ganzen Baulichkeiten, da hat man aber weit gefehlt. Wenn ein Sanitätssprengel – in Kardaun gibt es einen Gesundheitssprengel - nur an einem Tag in der Woche für eine halbe Stunde zum Beispiel für eine Blutabnahme offen ist, ... Wenn jemand von Steinegg oder von wo auch immer in den Sanitätssprengel nach Kardaun, wo nur bestimmte Dinge gemacht werden können, fahren muss, dann fährt er gleich nach Bozen. Wenn das nur eine Zwischenstation ist, um die Patienten an das Krankenhaus weiterzuleiten, dann kann man sich einen solchen Dienst gleich ersparen! Es ist, wie gesagt, eine tolle Sache, wenn man es sich leisten kann. Wo spart man? Gehe ich wieder zu den Leuten und lege ihnen ein Ticket auf oder sage ich ihnen, wir sparen einmal auch bei den Strukturen, was in diesem Land aber offensichtlich unvorstellbar ist. Wir müssen ja zeigen, dass wir es haben. Wenn der Landeshauptmann heuer erstmals beim Gemeindetag gesagt hat "Schluss mit den Prestigeprojekten", dann konnte ich mir ein syphisantes Lächeln nicht verkneifen. Wir sind 1993 unter anderem mit diesem Schlagwort "Schluss mit Prestigebauten" auch angetreten, nur hat der Landeshauptmann gesagt "Schluss mit Prestigebauten für Projektanten". Ich sage "Schluss auch mit Prestigebauten für Politiker". Man kann nicht immer nur den Projektanten die Schuld geben, denn die Projekte werden schließlich immer noch von den Politikern genehmigt. Natürlich haben sich auch einige Projektanten ein Denkmal setzen wollen und teilweise auch setzen können, aber die Verantwortung haben die Politiker, denn das, was hier eingesetzt wird, sind Steuergelder. Das ist überhaupt die Grundsatzdiskussion, die die Südtiroler noch nicht so begriffen haben, dass man ihnen alles, was sie bekommen, zuerst schon genommen hat. Das ist ihr Steuergeld.

Ich komme auf die Steuerhoheit zu sprechen, von der ja auch in der Erklärung des Landeshauptmannes zu Beginn der Legislatur und auch zu Beginn dieses Haushaltsjahres die Rede ist. Wir haben keinen Schritt in diese Richtung gemacht. Der Landeshauptmann wird wahrscheinlich sogar beten, dass die Steuerhoheit nicht so schnell kommt, denn besser kann es ihm nicht gehen. 365 Tage Nikolaus zu spielen, ist angenehmer als Steuern einzuheben. Ich appelliere ein weiteres Mal. Zu diesem Thema haben wir wieder eine Tagesordnung eingebracht. Wir sind noch dabei, Unterschriften für die Senkung der Autosteuer zu sammeln, weil wir nur zwei Steuern größeren Ausmaßes, nämlich die Autosteuer und die IRAP, selber einnehmen können. Die Autosteuer, die ungefähr 45 Millionen Euro ausmacht, könnten wir um 10 Prozent

senken. Das wären ungefähr 8 Milliarden Lire, was leicht zu verkraften wäre. Es wäre aber ein Signal an die Bevölkerung zu sagen, wir verlangen von Euch Opfer, wir sind aber die ersten, die auch bereit sind, Euch dort zu entlasten, wo wir die Möglichkeit haben. Es wird nicht mehr ziehen, auf alle Ewigkeit auf den römischen Staat, auf den bösen Steuereintreiber zu schimpfen, dann aber das Geld in Hülle und Fülle wie ein Füllhorn einfach auszuschütten. Das werden die Leute irgendeinmal durchschauen und sie werden es dann durchschauen, wenn das Land die Steuern selber einheben muss. Ich kann mir nur wünschen, dass dies sobald als möglich geschieht.

Ich möchte einen Satz zur EU-Erweiterung sagen. Auch hier versucht man in euphorischer Manier nur die möglichen positiven Dinge darzustellen und vergisst vollkommen die negativen Begleiterscheinungen, vor allem was die Sicherheit anbelangt. Ich weiß, dass wir als Land keine Zuständigkeit auf diesem Gebiet haben, es erfüllt mich aber mit Sorge mit ansehen zu müssen, wie die Europäische Union auf diesem Gebiet auf der Stelle tritt. Hier bräuchte es eine viel, viel stärkere Zusammenarbeit. Hier, muss ich sagen, fühle ich mich auch mit der grundsätzlichen Ausrichtung einverstanden, die die italienische Regierung vertritt, mit der ich sonst sicherlich lange nicht in allen Punkten einverstanden sein kann, in dieser Frage aber sehr wohl.

Ich möchte mit einer Thematik abschließen, die mir sehr am Herzen liegt und die den Südtirolern immer mehr bewusst wird, nämlich mit der Einwanderungsfrage. Ich weiß, dass die Landesregierung, vor allem der Landeshauptmann, es lieber hätte, diese Thematik aus dem Wahlkampf auszublenden, weil sie Emotionen und was weiß ich weckt. Es kommt darauf an, wie man sich mit dieser Frage auseinandersetzt. Ich glaube, hier erzähle ich niemandem etwas Neues, wenn ich an meine vielen Beschlussanträge der vergangenen Jahre erinnere. Wir haben immer eine grundsätzliche Ausrichtung gehabt. Die Südtiroler Wirtschaft braucht Arbeitskräfte von außen. Die wird sie sich holen und die soll sie sich auch holen. Ich verlange aber von der Wirtschaft, dass sie sich an der Unterbringung dieser Zuwanderer beteiligt und dass die entsprechenden Lasten nicht wieder dem Steuerzahler aufgehalst werden, wie man es am liebsten machen würde. Nur billige Arbeitskräfte zu holen, das ist nicht Teil einer sozial ausgewogenen Politik, die so gerne auch von der Südtiroler Volkspartei verkündet wird. Ich sage ganz klar und deutlich, Südtirol zuerst. Zuerst müssen wir mit allen Möglichkeiten die eigenen Leute versorgen, betreuen und ihre Sorgen ernst nehmen, und zwar dort, wo wir die Möglichkeit haben, sollen wir auch andere unterstützen. Wir sollen sie vor allem dort unterstützen, wo sie herkommen. Es ist keine gute Politik, alles hereinzulassen und dann nicht zu wissen, wie man damit umgehen soll, und auf diesem Weg sind wir. Ich habe immer davor gewarnt und gesagt: Machen wir doch nicht die gleichen Fehler, die beispielsweise Deutschland gemacht hat. Wir sind auf dem besten Weg, die gleichen Fehler zu wiederholen. Fehler zu machen, ist menschlich, einen Fehler aber zweimal zu machen oder nachzumachen, ist sträflich. Wenn wir sehen, wie derzeit die Diskussion in Deutschland verläuft, wo man eine Reihe von Sozialleistungen streichen muss, weil sie nicht mehr zu bezahlen sind, ... Auch dort war die Argumentation nach dem Krieg so. Deutschland hat diese Arbeitskräfte gebraucht und hat sie regelrecht angeworben. Heute sind es die Nachkommen dieser Generationen von Ausländern, die in den Arbeitslosenlisten eingetragen sind. Auch müssen zum

Beispiel Renten bezahlt werden für Personen, die beispielsweise in der Türkei leben. Ich habe in einer Anfrage nachgefragt, ob das auch bei uns so ist. Man muss den Menschen erklären, dass ein Türke, der in Deutschland oder vielleicht auch in Italien arbeitet, in der Türkei sieben Kinder hat und für diese die Familienzulagen bekommt. Wie erkläre ich das unseren Leuten? Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Das hat damit zu tun, dass es sozial niemals gerecht sein kann. Es gibt eine Grenze, die nicht überschritten werden darf, um auch die Toleranzgrenze der eigenen Leute nicht zu strapazieren. Damit kommt dann alles einher, was die Folge der Einwanderungspolitik ist.

In diesem kleinen Land Südtirol mit der Problematik der drei Sprachgruppen haben wir in den Schulen mittlerweile über 60 verschiedene Nationalitäten. Wie sollen wir diese integrieren? Ich erinnere an den Satz, den der deutsche Innenminister Otto Schily gesagt hat. Otto Schily ist sicherlich nicht im Verdacht, ein Freund der Freiheitlichen oder meiner Person zu sein. Er hat gesagt: *"Die Integration ist mehr oder weniger gescheitert. Die beste Form der Integration ist die Assimilierung"*. Das sagt der deutsche Innenminister aufgrund von Erfahrungen, die Deutschland gemacht hat. Wenn man über diese Themen redet, dann mögen sich das bitte alle Angehörigen der "linken Reichshälfte" hinter die Ohren schreiben, die so gerne mit Attributen und Stempel, die man einem aufdrücken will, herumlaufen.

Religion. Ich habe nichts gegen die Religionsfreiheit, aber die Forderung nach Moscheen wird auch bei uns kommen, und sie ist schon da. Wir sagen dazu ein ganz klares Nein. Die Leute müssen wissen, wie weit Zuwanderer bereit sind, die angestammten Traditionen, Gegebenheiten anzunehmen, ohne dass sie deshalb die eigenen aufgeben müssen. Das verlangt niemand, aber sie werden in Südtirol kaum jemanden finden, der sagt, bitte baut ihnen eine Moschee. Gebetsräume ja, Moscheen nein. Es braucht klare Aussagen der Politik, damit die Leute nicht allein gelassen werden.

Die ganze Einwanderungsproblematik wird uns über den Kopf wachsen, wenn wir uns ihr nicht stellen. Hier kann man nicht Ausflüchte suchen, und das tun, was der Landeshauptmann versucht hat zu tun, nämlich das Einwanderungsproblem aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das bleibt nicht heraus, weil die Leute darüber reden wollen. Ich sage, wenn wir nicht wollen, dass dieses Thema reines Wirtshausgespräch oder nur Stammtischgespräch ist, dann müssen wir es auf die politische Tagesordnung setzen und nicht Leuten, die darüber reden, den Vorwurf machen, dass sie dem Stammtisch folgen. Ich habe einmal bei einer Diskussion, als man mir Populismus vorgeworfen hat, gesagt, dass ich in Südtirol keinen größeren Populisten als den Landeshauptmann kenne. Populist im positiven Sinne, weil er das Ohr am Volk hat. Andere dürfen es offenbar nicht am Volk haben. Wir sagen nur das, was die Bevölkerung empfindet. Die Politik hat aber die Verantwortung, die Diskussion in die richtigen Bahnen zu lenken und auch die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das erreicht man nicht mit Wegschauen, das erreicht man nicht mit Verschweigen, sondern nur mit ganz klaren Vorschlägen. Jeder Zuwanderer, der nach Südtirol kommt, muss wissen, dass er gerne gesehen ist, wenn er hier arbeitet und wenn er sich an die Sitten und Gebräuche des Landes hält, ohne deshalb seine eigenen aufgeben zu müssen. Das kann man, denke ich, von jedem Zuwanderer erwarten. Wenn man dem nicht mit klaren

Zahlen begegnet, dann bleibt der Eindruck, dass es den Zuwanderern in Südtirol teilweise besser geht als den Einheimischen, denn der Zuwanderer bekommt, wenn er hier ansässig ist, sofort eine Wohnung und ein Südtiroler braucht weiß Gott wie viele Punkte, wie viele Jahre Ansässigkeit und dergleichen Dinge mehr. Hier gibt es keine Gleichheit. Man hat es sogar geschafft – ich war dagegen -, auch die konventionierten Wohnungen für die Ausländer zu öffnen. Das geht mir zu weit. Das muss ich ganz klar und deutlich sagen. Deshalb soll die Wirtschaft, die Kräfte hereinholt, auch ihren Teil zur Unterbringung leisten. Ich weiß, dass es eine sehr sensible Thematik ist, die wir aber bei jeder Gelegenheit ansprechen werden.

Es waren die Freiheitlichen, die den Beschlussantrag eingebracht haben, mit welchem wir die Zuständigkeit über die Saisonarbeiter eingefordert haben. Es waren die Freiheitlichen, die als erste ein Flüchtlingsheim verlangt haben, die einen Integrationsvertrag vorgeschlagen haben. Es ist zu wenig, liebe Damen und Herren der Volkspartei, nur unsere Anträge abzulehnen und zu glauben, dass man mit der Nicht-Diskussion ein Problem löst. Man kann andere Vorschläge machen, Vorschläge aber nur ablehnen, weil sie von der falschen Seite kommen, wird Euch gewaltig auf den Kopf fallen. Das sage ich Euch voraus.

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Weil Südtirol ein Tourismusland ist und weil jetzt die Ferien beginnen, komme ich noch einmal auf die SMG zurück. Ich habe sehr aufmerksam gelesen, wie die SMG gezielt um Gäste wirbt, und diese Werbung muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die SMG wirbt gezielt um Gäste, die ein monatliches Nettoeinkommen von über 2.000 Euro haben. Wenn dem so ist, dann werden wir in Zukunft nicht mehr viele Gäste haben. Das ist eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, nur mehr die Vier- und Fünf-Sterne-Hotels zu bedienen. Damit würden aber die Privatzimmervermieter und die Pensionen mit 2 und 3 Sternen ausgeschlossen. Wenn ich mir die Gästesicht, die nach Südtirol kommt, anschau, dann ist sie zum Großteil nicht in dieser Kategorie zu Hause. Wenn das die Philosophie ist, die auch die Landesregierung unterstützt, dann, muss ich sagen, wird mir um den Tourismus in Südtirol Angst und Bange. Dann wird der Gast ausbleiben, weil er entweder weniger als 2.000 Euro verdient oder weil er sich im verbauten Südtirol nicht mehr unbedingt wohl fühlt.

Ich schließe mit einer Bemerkung zur Raumordnung, auch weil ich einen Gesetzentwurf zur Rettung der Südtiroler Kulturlandschaft eingebracht habe. Ich habe diesen ganz besonders auch im Auftrag oder auf Wunsch des alten Kämpfers Alfons Benedikter eingebracht, der mir bei der Ausarbeitung zur Seite gestanden ist. Wenn man sich anschaut, was mit der Raumordnung geschieht, dann ist das wirklich Ausdruck von schlechter und schlechtester Politik. Mit jedem Haushaltsgesetz beschließen wir Änderungen zur Raumordnung. Hier werden einfach Klienten bedient, hier wird Vetternwirtschaft in Reinkultur betrieben! Das ist nicht Politik, das ist Wahlkampf pur und Versorgung der eigenen Klientel! Davon muss man endlich einmal abgehen.

Wir haben sehr viel Geld verteilt. Wir haben sehr viel gebaut. Wir haben auch sehr viel zerstört. Wir haben in Brixen gesehen, wie es geht. Die öffentliche Verwaltung braucht nicht einmal mehr eine Konzession, um ein Haus abzureißen. Den Bürger nimmt man immer mehr an die Kandare.

Ich schließe womit ich angefangen habe. Der Bürger in diesem Land hat keine Freiheit. Ich zitiere noch einmal Rousseau: *"Freiheit bedeutet nicht tun und lassen zu dürfen, was man will, sondern nicht tun zu müssen, was man nicht will"*.

PÜRGSTALLER (SVP): Was die Verteilung der Mittel anbelangt, hat es dieses Mal Diskussionen in der Landesregierung gegeben, und zwar ganz einfach deshalb, weil natürlich, wie immer und überall, die Wünsche größer waren als die verfügbaren Mittel, die letztendlich ausgewiesen wurden. Was mich aber schon ein bisschen stutzig macht und ganz einfach verwundert, ist, dass laufende Ausgaben, vor allem was den Gesundheitsbereich anbelangt, nicht abgedeckt werden.

Ich glaube, es ist nicht unbedingt eine seriöse Haushaltspolitik, wenn man von vornherein hergeht – das ist bereits beim letzten Haushalt geschehen – und die laufenden Ausgaben im Gesundheitsbereich um einiges kürzt, obwohl man in Kenntnis ist, dass es eine ganze Reihe von Vertragsabschlüssen gegeben hat. Im letzten Jahr wurden zum Beispiel 44,8 Millionen rein an Vertragskosten für das Personal im Sanitätsbereich ausgewiesen, die nicht gedeckt werden. Für mich ist es nicht nachvollziehbar. In allen anderen Bereichen kommen die Zusatzkosten für das Personal ganz einfach in den entsprechenden Haushalt zwingend hinein, währenddem diese im Sanitätsbereich sozusagen nicht eingeschrieben werden, wobei wir auf der anderen Seite große Pläne verabschieden, wie zum Beispiel den Gesundheitsplan, den Sozialplan und dergleichen. Dieser wird hier genehmigt, der andere wird in der Landesregierung genehmigt und bei der Umsetzung soll auf einmal das eine und das andere nicht entsprechend berücksichtigt werden können.

Mehr Kosten haben wir ganz einfach durch die verschiedenen Personalaufnahmen gehabt, sei es was Bad Bachgart, die Reha-Klinik in Sinich, das Reha-Zentrum Gelmi in Salurn, die Psychosomatik, die Strahlentherapie und die Kinderneuropsychiatrie anbelangt. Dies alles sind ganz einfach Fakten, die nicht vom Tisch weggewischt werden können, indem man dazu ganz einfach nein sagt bzw. die entsprechenden Mittel nicht zur Verfügung stellt. Man nimmt auch nicht zur Kenntnis, dass es natürlich auch im Sanitätsbereich 8 Prozent Inflation gegeben hat. Man nimmt nicht zur Kenntnis, dass im Alten- und Pflegeheimbereich die entsprechenden Kosten ansteigen, weil mehr und mehr Pflegefälle hinzu kommen, und streicht ganz einfach die entsprechenden Mittel. Ich muss sagen, es ist langsam an der Zeit, dass wir eine Prioritätendiskussion führen, ob wir die Mittel dort ansetzen, wo sie der Bürger in seinen konkreten Dienstleistungen zu spüren bekommt, oder ob wir weiterhin die Mittel dort einsetzen, wo wir so breitest wie möglich versuchen jeden und jede zufrieden zu stellen. Dies sind ganz kurze Bemerkungen zur Mittelzuteilung, wo im Gesundheitsbereich bei weitem nicht die Erwartungen erfüllt wurden. Das nächste Jahr wird es wieder ein Loch geben und dann wird wieder die ungute Diskussion weitergeführt werden, dass in der Sanität nicht ordentlich gewirtschaftet wird. All die Diskussionen, die hier auch von Seiten der Regierungsbank geführt werden, sind äußerst ungute Diskussionen, weil von vornherein ein Assessorat in eine Rolle gezwängt wird, aus der es ganz einfach nicht herauskommen kann.

Was die verschiedenen Felder im Haushalt bzw. was auch die konkrete politische Umsetzung der einzelnen Maßnahmen im Wirtschaftsbereich anbelangt, muss ich sagen, dass ich dort das Gefühl habe - und darüber kommen wir nicht recht hinweg -, dass wir mehr Verbandspolitik und zu wenig konkrete Wirtschaftspolitik betreiben. Wenn ich von Verbandspolitik rede, dann ist das für mich eine Art Fürsorgepolitik. Wenn wir uns die einzelnen Haushaltsmittelzuteilungen ein bisschen genauer anschauen, dann hat das mit konkreter Wirtschaftsförderungspolitik wenig zu tun, sondern hier geht es darum, Strukturen aufrecht zu erhalten, die für mich zum Teil äußerst fragwürdig sind. Ich glaube, dass die Zeit angebrochen ist, in der wir von dieser Förderung nach dem Gießkannensystem, das immer angesetzt wird - man möge sich nur einmal die ganzen Beschlüsse anschauen - Abschied nehmen - sie hat sicher ihren Sinn gehabt, auch das muss einmal gesagt werden - und übergehen zu einer konkreten Schwerpunktförderung. Jetzt müssen wir danach trachten, den Sonnenschein zu genießen, und uns auf den Regen vorzubereiten, und dieser wird eintreffen. Wir brauchen unbedingt verstärkt mehr Kooperation zwischen den Betrieben. Heute ist es zum Teil ein Absurdum, mit welchen Maschinenparks einzelne Betriebe heute noch unterwegs sind, wo doch von vornherein absehbar ist, dass sie in Zukunft rote Zahlen schreiben werden.

Was Innovation und Forschung anbelangt, sind verschiedene Bestrebungen im Gange. Wir müssen aber viel intensiver in diese Bereiche hinein investieren. Ich habe mir die Mühe angetan, die verschiedenen Projekte, die gefördert werden, was Forschung und Innovation anbelangt, anzuschauen. Ich komme nicht umhin, hier ganz leichte Kritik anzubringen, dass hier indirekt eine Art Wirtschaftsförderung wahrgenommen wird, dass aber bei weitem das konkrete Ziel verfehlt wird. Was die Internationalisierung der Betriebe anbelangt, so müssen wir uns darum verstärkt bemühen, wenn wir morgen einigermaßen dem europäischen Wirtschaftswettstreit standhalten wollen. Was die Ökologisierung der Betriebe anbelangt, muss ich sagen, dass einige konkrete Erfolge erzielt wurden, dass aber noch sehr viel Arbeit zu verrichten ist.

Was die Einwanderer anbelangt, bin ich der Auffassung, dass wir unbedingt darauf achten müssen, die Wirtschaft viel mehr in die Verantwortung zu nehmen. Es ist ganz einfach zu wenig herzugehen und im Frühjahr und im Herbst zu schreien: "Diese Quote und jene Quote muss von außereuropäischen und ausländischen Mitarbeitern erfüllt werden". Auf der anderen Seite werden die gesamten Kosten sozialisiert. Wenn wir heute - die letzten Zahlen belegen es - vor allem im Institut für geförderten Wohnbau einen dramatischen Anstieg von Wohnungen haben, welche wir den ausländischen Mitarbeitern zuweisen müssen, dann sage ich ganz einfach, dass die Hausaufgaben von Seiten der Wirtschaft nicht wahrgenommen werden. Es kann nicht so sein, dass der Gewinn sehr wohl auf private Sparkonten fließt, die Kosten dagegen letztendlich sozialisiert werden.

Was die urbanistischen "Bauchtänze", würde ich fast sagen, anbelangt, frage ich mich, welche Haltung eigentlich die Landesregierung einnimmt. Auf der einen Seite hören wir vom Schutz des Handels in den Ortszentren, denn jede Struktur eines größeren Einkaufszentrums usw. zerstört letztendlich unsere Handelswelt in den Städten und in den Dörfern draußen, auf der anderen Seite gibt es dann auf Seiten der ver-

antwortlichen Landesräte solche, welche der Electronia u.dgl. das Wort reden und letztendlich wiederum Einkaufszentren in Gewerbegebieten zulassen würden. Ich frage mich, ob der zuständige Landesrat Fisch oder Fleisch ist. Wenn er den Handel schützen will, dann kann er ganz einfach nicht solche Gefälligkeitsgutachten abgeben. Wenn er hingegen eine Öffnung betreiben will, dann wird er dies konkret sagen müssen. Ich bin der Auffassung, dass es in Südtirol vor allem in den Städten sehr wohl verträglich wäre, die eine und andere größere Einkaufsstruktur zu haben. Wir dürfen nicht mehr den Kopf in den Sand stecken, wenn wir feststellen, dass so und so viele unserer Bürgerinnen und Bürger in die benachbarten Provinzen fahren, um dort einzukaufen, weil es bei uns ganz einfach zu teuer ist. Da kann das schönste Herumreden nicht helfen, denn der Bürger kann das Geld, das er in der Tasche hat, nur einmal ausgeben. Wir als Politiker sind hier gefordert, in erster Linie den Bürger und in zweiter Linie die verschiedenen Wirtschaftszweige zu schützen. Das, was wir mit dem letztthin verabschiedeten Handelsplan gemacht haben, ist nichts anderes als eine Protektion der bestehenden Handelsstruktur. Derzeit sehen wir, was im Lebensmittelbereich stattfindet. Die ASPIAG hat – man kann daran herumreden, wie man will - letztendlich das Monopol. Sie bestimmt die Preise. Das kann doch nie und nimmer für ein Land, in welchem wir leben und in dem wir in den letzten Jahren einen Kaufkraftverlust von bis zu 10 Prozent gehabt haben, förderlich sein. Dabei kann auch der schönste Aufruf von Berlusconi: *"Konsumiert mehr, gebt mehr Geld aus!"* nicht helfen, wenn das Geld ganz einfach nicht da ist. Demzufolge nochmals die Aufforderung an die Landesregierung, für klare Verhältnisse zu sorgen. Was wollen sie? Sie können nicht alles wollen. Sie müssen klar Position beziehen.

Nachdem ich bereits dieses Thema angeschnitten habe, komme ich zur Belastungspolitik. Was Gebühren, Steuer und Tarife anbelangt, stelle ich fest, dass in den letzten Jahren eine Verteuerungswelle eingesetzt hat, mit der das Einkommen der Bürger ganz einfach nicht Schritt halten kann. Die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung, die Einkommen der Rentner und Rentnerinnen sind in etwa dieselben geblieben, währenddem die Kosten sei es im Wohnungsbereich, auf welchen ich noch später zu sprechen komme, sei es im Lebensmittelbereich und sei es bei den verschiedenen anderen Lebensunterhaltskosten ganz gewaltig gestiegen sind. Hier spielt die öffentliche Hand auch eine ganz klare, maßgebliche Rolle. Natürlich kann ich sagen: "90 Prozent der Ausgaben für die Dienste müssen einfach abgedeckt werden". Auf der anderen Seite muss ich aber danach trachten, dass die Summe all dieser Belastungen für den einfachen Bürger verträglich ist. Wenn ich sie am Herrn Pürgstaller festmache, dann wird man sagen, dass er das bezahlen kann, weil er ein ordentliches Gehalt bekommt. Wenn ich aber einen einfachen Arbeiter mit 800 € Gehalt hernehme, dann muss ich sagen, dass für diesen die Kosten nicht mehr zu verkraften sind. Letztthin kommen immer mehr Leute zu mir in die Sprechstunde, die mir sagen, dass sie 800 oder 900 € bekommen. Dann legen sie mir den Zettel vor und weisen mir nach, welche Ausgaben sie haben. Sie fragen mich dann, wie sie über die Runden kommen sollen. Es erschreckt mich nicht, dass wir ungefähr 24.000 Haushalte unter der Armutsgrenze haben. Wir treiben sie teilweise unter die Armutsgrenze! Wir müssen auch mit den Maßnahmen zurück halten, welche von der öffentlichen Hand für die Allgemeinheit

erbracht werden. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir jeden Eckwinkel fein sauber herausputzen und jede Straße zehnmal asphaltieren würden, es würde aber auch fünfmal genügen. Die Kosten sind für den Bürger teilweise nicht mehr erschwinglich. Hier trifft es vor allem die Arbeiterschaft ganz massiv.

Was die ICI betrifft, kann sie jeder in seiner Gemeinde erledigen. Die Gemeinden können nicht anders. Sie müssen irgendwo die Kosten decken. Was ist die logische Folgerung? Der entsprechende ICI-Satz wird angehoben. Wer bezahlt die ICI? Die ICI wird letztendlich von den Arbeitern und von verschiedenen Selbstständigen bezahlt. Wer draußen vor der Tür bleibt, das sind die landwirtschaftlichen Betriebe. Ich frage mich aber, ob diese nicht gleichwertig die Leistungen in Anspruch nehmen, und das ist eine Ungerechtigkeit. Dies werde ich Jahr für Jahr anprangern, denn wir können die Leute nicht ungerecht behandeln. Sehr wohl habe ich Verständnis für manchen Kleinbauern im Berggebiet, welcher entsprechend gefördert werden muss. Für all jene aber, die in der Talsohle leben, welche zum Teil in ihren Mercedes unterwegs sind, habe ich kein Verständnis. Dass diese von diesen Steuern ausgenommen sind, während jeder andere Kleinbürger oder Arbeiter die Steuern zu entrichten hat, ist eine Ungerechtigkeit und darf so nicht als gegeben hingenommen werden.

Wir müssen aufpassen, dass uns nicht der Mittelstand ganz einfach durch den Raster fällt. Auf der einen Seite verdient er zu viel, um bei den Förderungen berücksichtigt zu werden, auf der anderen Seite zu wenig, um Schritt halten zu können. Wenn zwei Personen in einem Haushalt arbeiten - dies muss so sein, ansonsten schaffen sie ganz einfach ihren Alltag nicht -, dann fallen sie fast bei allen Förderungen, auch wenn sie die Einkommensgrenze nur um 5 € sozusagen überschreiten, durch. Ich frage mich schon, wie zum Beispiel ein Lehrerehepaar oder dergleichen, welche nicht weiß Gott welches Gehalt haben, ihre Kinder auf die Universität schicken wollen. Die können es ganz einfach nicht, weil die Mittel nicht da sind! Hier, glaube ich, müssen wir ein bisschen mehr Gerechtigkeit hineinbringen, was insgesamt die Förderungspolitik angeht. Das heißt, wir müssen eine Art Interpolation, nicht fertige Stufen machen und sagen: "Aus, und darüber gibt es nichts mehr!" Wenn wir Interesse daran haben, den Mittelstand noch einigermaßen zu erhalten, dann müssen wir neue Lösungen anbieten.

Ein nächstes Thema, welches der Belastungspolitik entgegengesetzt werden muss, ist eine effiziente Konsumentenberatung. Wir haben eine Verbraucherzentrale, die, aus meiner Sicht, sehr gute Dienste leistet. Natürlich wird sie nicht immer zum Gefallen des einen oder anderen Landesrates Botschaften versenden, das ist auch klar. Wenn ich Situationen aufzeigen muss, dass es mal da und mal dort schmerzt, dann ist das ebenfalls klar. Ansonsten müssen wir hier sozusagen eine Alibi-Struktur hinstellen. Aus diesem Grund, glaube ich, ist es ein Recht der Bürger, eine Verbraucherzentrale zu haben, die sie sei es im Finanzbereich, im Lebensmittelbereich, im Wohnungsbereich u.dgl. bestens informiert. Das sind konkrete Maßnahmen, mit denen wir den Bürgern mehr Sicherheit geben und mit denen wir dem Bürger helfen, mit seinem Einkommen ein entsprechendes Auskommen zu haben.

Wohnbau. Die Landesregierung muss gelobt werden, weil sie sich entschieden hat, so rasch wie möglich 3.000 Wohnungen zu bauen und dass sie versucht, bis

zum Jahre 2006 diese Programme konkret umzusetzen. Ich traue es mich auch offen zu sagen, dass es ein politischer Fehler war, dass man Bozen aus ethnischen Motiven ausgetrocknet hat. Die Lasten haben wir heute insgesamt zu spüren. Hier, glaube ich, kann es nicht zielführend sein, eine ethno-politische Linie zu fahren, sondern wir sind aufgerufen, für alle Bürger, welche in diesem Land leben, die Grundrechte zu sichern, und dazu gehört auch das Recht auf Wohnen. Wenn wir das Recht auf Wohnen wahrnehmen, dann gibt es ein paar Situationen, die haarsträubend sind. Die Preise für die Gründe sind ganz einfach zu teuer. Wenn man in der letzten Zeit für den geförderten Wohnbau 330 € 340 € und 350 € pro Quadratmeter verlangt, dann ist nicht mehr in Einklang zu bringen, dass ich auf der einen Seite nur dieses Einkommen haben darf und auf der anderen Seite mit den Preisen für den geförderten Baugrund ins Unendliche gefahren wird. Hier zwickt sich das ganz einfach. Wir sollten zu einer alten Formel zurückfahren, wonach der Grundpreis im Verhältnis zu den offiziellen Baukosten einen gewissen Prozentsatz nicht übersteigen darf. Hier wird zum Teil ganz einfach Spekulation betrieben. Es darf uns auch nicht verwundern, wenn in letzter Zeit eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Betrieben ganz einfach die Gemeinden mit Anfragen überschwemmen, dass dies und jenes Grundstück als Baugrund auszuweisen wäre. Das ist mittelfristig auch der Ruin der Landwirtschaft, wenn wir hier nicht konkret etwas entgegensetzen.

Was die Förderungskriterien anbelangt, muss ich eines anprangern. Wir wissen, dass die Selbständigen – diesbezüglich gibt es Zahlenmaterial – ein um 40 Prozent niedrigeres Einkommen angeben als die Angestellten. Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, wieso wir hier nicht Gerechtigkeit schaffen. Also fordere ich konkret ein, dass die Freibeträge von 25 auf 40 Prozent angehoben werden, und zwar nicht um eine Gesellschaftsgruppe zu bevorzugen, sondern um ganz einfach Gerechtigkeit zu schaffen. Hier, glaube ich, muss die Landesregierung auf alle Fälle noch ihre Hausaufgabe machen.

Was die konventionierten Wohnungen anbelangt, Folgendes. Was in diesem Bereich passiert, sind die großen Sünden der heutigen Zeit. Wie hier Leute mit Schwarzgeld erpresst werden, schlägt ganz einfach dem Fass den Boden aus. In letzter Zeit, gerade durch meine Aktion damals bedingt, kommen viele Leute zu mir und sagen, dass sie, wenn sie nicht 20 oder 30 Millionen Schwarzgeld hinblättern, überhaupt keine Chance hätten, eine konventionierte Wohnung zu erhalten und dass ihnen einfach gekündigt würde. Einmal werde Eigenbedarf, einmal etwas anderes angemeldet. Dann kommen die richterlichen Verfügungen. Das, was hier passiert, darf von uns nicht geduldet werden. Deswegen wäre es höchst an der Zeit, dass wir hier einen konkreten Riegel vorschieben. Der Riegel könnte, aus meiner Sicht, so ausschauen, dass die Verträge über das Institut oder im Beisein des Institutes abgeschlossen werden, und dass auch die Zahlungen dort erfolgen. Alles andere, was wir heute vollziehen, ist letztendlich eine Förderung. Zum anderen werden die Ziele total verfehlt, weil entweder die Wohnungen nicht besetzt oder mit Leuten besetzt sind, die nicht die entsprechenden Voraussetzungen haben.

Transit und Verkehr. Ich hoffe, dass beim Transportplan mehr Konkretes herauskommt. Wir dürfen nicht die Augen vor der großen Problematik verschließen,

die entlang der Verkehrsachse sei es im Eisacktal, sei es im Unterland und sei es im Wipptal konkret zu Tage tritt. Hier, glaube ich, sollten wir es auch schaffen, mit Nordtirol etwas konkreter zusammenzuarbeiten und nicht nur darüber zu schimpfen und womöglich bei EU-Kommissarin De Palacio zu intervenieren, sondern hier wäre, wenn wir schon den politischen Auftrag haben, eine konzertierte Handlung Voraussetzung. Mich wundert, dass wir einerseits mit Nordtirol Beschlüsse fassen, was wir alles unternehmen würden, um die entsprechende Situation zu verbessern, es dann aber, wenn die andere Seite konkrete Schritte setzt, es bei uns den großen Aufschrei gibt und sonst relativ wenig. Die Bevölkerung erwartet sich ganz konkrete Maßnahmen.

Was den Brennerbasistunnel anbelangt, möchte ich meine persönliche Stellungnahme abgeben. Ich stehe hinter dem Brennerbasistunnel nur dann, wenn sich die Situation konkret verbessert. Das heißt für mich, dass die Strecke unterirdisch geführt werden muss. Es ist für mich nicht zulässig, dass zum Beispiel dieser Teil in Waidbruck oberirdisch geführt wird. Wir brauchen das Einvernehmen der Gemeinden, aber nicht, indem wir sie schnell in Kenntnis setzen. Auch ich wäre der Meinung, dass wir unter Einbeziehung der Bevölkerung mehr Zeit, auch einen Monat, zu untersuchen, wie ein Jahrhundertprojekt realisiert werden soll. Wir wissen zum Beispiel vom Aushubmaterial relativ wenig. Da kursieren die unmöglichsten Zahlen. Bei der ersten Vorstellung in Mauls hat man von einer Aufschüttung des Niggertals in einer Höhe von maximal 5 Metern geredet. Mittlerweile ist man bei einer Höhe von 15 Metern angelangt. Sobald das Ausführungsprojekt kommt, könnten es auch mehr sein. Wir haben hier nicht konkretes Zahlenmaterial genug. Die UVP hat zwar eine gewisse Vorarbeit geleistet, die Aufgabe ist aber, dass wir mit den Gemeinden zusammenarbeiten. Diese sind bereit, dieses Projekt anzugehen und entsprechend umzusetzen.

Was uns Eisacktalern vor allem wichtig ist, ist, dass es verbindliche Entscheidungen gibt, dass der Güterverkehr tatsächlich unter dem Berg durchgekartt wird, dass die EU klare Rahmenbedingungen schafft, dass eine entsprechende Umschichtung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene erfolgt. Unlängst habe ich mich mit Politikern aus der Schweiz unterhalten, die gesagt haben, dass sie auf der Schiene tolle Infrastrukturen geschaffen haben, dass sie aber momentan Angst davor haben, dass die EU nicht die entsprechenden Richtlinien setzt und dass der Verkehr in Zukunft trotzdem auf der Straße erfolgen und ihre Schienenstruktur nicht entsprechend ausgelastet wird, so wie es geplant war. Hier, glaube ich, ist es wiederum Aufgabe der Landesregierung, in Zusammenarbeit mit allen anderen Ländern dafür zu sorgen, dass die EU tatsächlich jene Entscheidungen trifft, die einerseits den Alpenraum schützen und andererseits auch die Probleme des Verkehrs lösen.

Bei einigen Punkten, welche im Haushalt angeführt sind, bekomme ich ein gewisses Bauchweh, und zwar dort, wo wir als Land hergehen und uns da, dort und überall beteiligen. "SinfoNet" ist ein Beispiel davon. Ich habe meine Ausführungen zur "SinfoNet" bereits einmal zum Besten gegeben. Ich halte davon nicht recht viel. Diese Beteiligung wäre aus meiner Sicht ganz einfach zu streichen. Ich muss sagen, dass die Beteiligung bei einem solchen Unternehmen nicht im Interesse des Bürgers ist und auch nicht im Interesse des Bürgers sein darf. Eine solche Beteiligung kann nur im Interesse der Gesellschaft sein. Dass wir mit solchen Beteiligungen anfangen, ist für

mich nicht nachvollziehbar. Auf der einen Seite ist beschlossen worden, dass die Landesregierung die Beteiligungsart und die Höhe der Beteiligung an Gesellschaften eigenständig beschließen kann, und auf der anderen Seite gehen wir her und nehmen es bei den Gemeinden, wo wir das schon vollzogen hatten, wieder zurück, weil wir dem Gemeinderat mehr Kompetenz geben wollen. Hier gehen wir her und lagern so ziemlich alles langsam vom Landtag in die Landesregierung aus. Auch dieses Parlament hier hat seine Verantwortung und hat diese Verantwortung entsprechend wahrzunehmen. Dessen sollten wir uns bewusst sein.

Ich habe einen Abänderungsantrag zur Raumordnung, was die Erweiterungszonen in Auffüllzonen anbelangt, eingebracht. Mein Anliegen war, eine Möglichkeit zu schaffen, dass eine Dachwohnung ausgebaut werden kann. Nun gibt es unterschiedliche Aussagen von Seiten des zuständigen Amtes. Die einen sagen, dass das heute schon möglich ist und dass es bereits die Genehmigung gibt. Andere sagen, dass das nicht durchführbar ist. Wir haben es geschafft, dass die Landwirtschaft letztendlich bis zu 1.500 Kubikmeter und die Handwerker bis zu 150 Kubikmeter zusätzlich - wobei gesagt wurde, zur Unterbringung ihrer Angestellten - verwirklichen können. In allen Fachzeitschriften wird auch von Seiten der Landesregierung und der Landtagskollegen gesagt: "Ja, auch wenn sie diese selbst nutzen, dann wird es wohl so sein". De facto sind es aber 150 Kubikmeter mehr. Ich frage mich, wieso derjenige, der sich im geförderten Bauland befindet, nicht auch das Recht hat, eine kleine Wohnung, eine Einliegerwohnung zu verwirklichen, damit auch der Generationenwechsel stattfinden kann. Wenn wir alle alten Leute in die Pflegeheime abschieben, dann werden wir ganz einfach von den Kosten erschlagen werden. Deshalb sollte die Vorsorgepolitik so ausschauen, dass wir diesen Generationenwechsel, wie er in der alten Tradition bei den Bauernhöfen schon immer umgesetzt wurde, auch bei anderen Strukturen zulassen. Ich freue mich, dass der zuständige Landesrat tätig und diese Sache regeln wird. Somit bin ich auch bereit, den Abänderungsantrag mit dem klaren Versprechen zurückzuziehen, dass hier konkret etwas angegangen wird.

Was die Erweiterung der Gewerbegebiete anbelangt, muss ich nur einen Satz dazu sagen. Nachdem ich den Abänderungsantrag zur Umwandlung der Erweiterungs- und Auffüllzonen eingebracht habe, hat Landeshauptmann Durnwalder in der Presse gesagt, dass die Einliegerwohnung große Spekulation sei. Was ist dann, wenn wir jetzt hergehen und die Gewerbebeerweiterungsgebiete rückwirkend für andere sozusagen auch dem privaten Markt zuführen? Was ist, wenn wir die qualitative und quantitative Erweiterung für Betriebe zulassen, die momentan nicht vorgesehen war? Was ist letztendlich mit der ganzen Angelegenheit in Schludern? Das sind konkrete Spekulationsobjekte und nicht solche, dass einem einfachen Arbeiter - das sind nur einfache Arbeiter - in der Erweiterungszone eine Kleinwohnung für die Eltern möglich gemacht wird.

Was ich auch als Abänderungsantrag eingebracht habe, ist, dass bei landwirtschaftlichen Betrieben, die ausgesiedelt werden, die Konventionierungspflicht wieder eingeführt werden soll, welche einfach draußen vor der Tür geblieben ist. So ist es. Das ist mir auch von den entsprechenden Verantwortlichen bestätigt worden. Wenn man mir nachweist, dass es anders ist, dann muss man mir den Nachweis erbringen.

Heute ist es de facto so, dass nur mehr eine 40- bis 60-Prozentregelung und nicht die Konventionierungspflicht für die gesamte Kubatur besteht. Ich würde ... Bitte?

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

PÜRGSALLER (SVP): Für beides. Das ist klar. Wenn ich beides aus-siedle, dann dürfte es wohl klar sein, dass für beide die entsprechende Konventionierungspflicht besteht. Auch für die Gewerbegebiete haben wir die Konventionierung auf die gesamte Struktur gemacht. Wieso soll es dann hier eine differenzierte Behandlung geben? Vielleicht sollten wir uns darüber noch ein bisschen unterhalten.

Zum Schluss möchte ich noch ganz kurz auf ein paar soziale Aspekte eingehen. Dieses Jahr ist das Jahr der Menschen mit Behinderung. Wenn wir heute in der Zeitung gelesen haben, dass die Vorsitzende des Arbeitskreises Eltern Behinderter gesagt hat, dass es außer schöne Worte nicht recht viel mehr gegeben hat, dann müssen wir uns diesen Vorwurf gefallen lassen. Sehr wohl wurde das eine und das andere umgesetzt. Wo wir unbedingt tätig werden müssen, ist ganz einfach in der Integration dieser Menschen, was die Arbeit anbelangt. Wo wir auch tätig werden müssen, ist die Anhebung der Einkommensgrenze von Behinderten. Was wir heute machen, ist, dass wir sie mit diesen niedrigen Einkommensgrenzen ganz einfach zu Sozialhilfeempfängern stempeln, denn kaum verdienen sie zwei Lire mehr, werden sie von allen Förderungen ausgeschlossen. Einerseits animiert sie das nicht dazu, arbeitende Tätigkeit zu verrichten, und auf der anderen Seite belasten sie den öffentlichen Haushalt. Ich glaube, hier müssen wir einige Hausaufgaben erledigen.

Was die Pflegeversicherung anbelangt, Folgendes. Die Verantwortung ist hier ganz klar festzumachen. Ich finde es unverantwortlich, was die Partei Alleanza Nazionale im Landtag aufgeführt hat. Ich weiß nicht, ob sie dieses Spiel noch weiter betreiben wird, was unverantwortlich gegenüber all jenen Menschen ist, die mit Pflegefällen konfrontiert sind. Sie werden teilweise in Unkosten getrieben, denen sie ganz einfach nicht gewachsen sind. Nur wer einen solchen konkreten Fall in der eigenen Familie oder auch in der Nachbarschaft erlebt hat, kann erahnen, mit welcher Belastung diese Familien konfrontiert sind. Wie es aussieht, soll diese Pflegeversicherung nicht umgesetzt werden. Ich muss dazu sagen, dass ich sehr wohl diesen Vorschlag, wie er jetzt vorliegt, auch mittragen könnte, wenngleich ich mir sehr wohl eine gerechtere Lösung gewünscht hätte, welche den Beitrag am Einkommen und am Vermögen ausgerichtet hätte. Der derzeit vorliegende Vorschlag beinhaltet doch eine soziale Staffelung, nachdem in einem zweiten Moment eine Reihe von Korrekturen, was die Berechnung des Lebensminimums anbelangt, eingefügt worden sind.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, und zwar die Armut. Hundert Tage vor den Wahlen spricht jede und jeder davon, dass die Familie unterstützt werden müsse, weil sie die Keimzelle unserer Gesellschaft sei. Ihr gehöre unsere größte Aufmerksamkeit, das müsse getan werden, jenes müsse getan werden. Ich frage mich, was dann konkret geschieht. Seit einiger Zeit liegt in der Landesregierung ein Maßnahmenpaket auf, welches behandelt werden muss. Die Leute draußen warten auf Entscheidungen. Wir können sie nicht immer nur auf morgen und übermorgen vertrösten,

sondern diese Leute sind heute mit den Belastungen draußen konfrontiert. Familien mit zwei und mehr Kindern zu Lasten leben mit einem erhöhten Risiko, was die Armut angeht. Dies hat niemand anders als die entsprechenden Ämter des Landes festgestellt. Wenngleich von Seiten der Region ein paar kosmetische Korrekturen eingeleitet wurden, fehlen ganz einfach die entlastenden Maßnahmen von Seiten des Landes, von Seiten der Landesregierung.

Ich freue mich, dass die Unterhaltsvorschussstelle umgesetzt wird. Nicht nur AlleinerzieherInnen haben das Recht, sozial abgesichert zu werden, sondern es ist vor allem die Familie, die unsere Unterstützung braucht. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Geburtenraten zurückgehen. Es darf uns auch nicht wundern, dass wir immer mehr Singlehaushalte u.dgl. haben, wenn wir die Rahmenbedingungen nicht so schaffen, dass Familie auch Zukunft haben kann. In diese Richtung, glaube ich, muss unsere größte Aufmerksamkeit gerichtet werden. Ich bin voll der Erwartung, so wie es eigentlich versprochen und angekündigt wurde, dass noch vor den Wahlen von Seiten der Landesregierung entsprechende Beschlüsse gefasst werden, damit die Familien sagen können, dass auch sie in diesem Land ernst genommen werden.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

HERMANN THALER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Das Wort hat die Abgeordnete Kury zum Fortgang der Arbeiten.

KURY (GAF-GVA): Mir sind Zweifel gekommen, ob man vergessen hat, uns den Austritt des Kollegen Pürgstaller aus der SVP-Fraktion mitzuteilen. Ist Kollege Pürgstaller noch innerhalb der SVP-Fraktion angesiedelt oder hat er in der Zwischenzeit eine neue Fraktion gegründet? Mir sind aufgrund seines Beitrages diesbezüglich Zweifel gekommen.

PRÄSIDENT: Ich kann Ihnen von Seiten des Präsidiums des Südtiroler Landtages mitteilen, dass bis vor zehn Sekunden kein Antrag auf Gründung einer neuen Fraktion eingegangen ist. Somit ist der Abgeordnete Pürgstaller noch Mitglied der Südtiroler Volkspartei im Südtiroler Landtag.

Das Wort hat der Abgeordnete Seppi.

SEPPI (Unitalia - Movimento Sociale - F.T.): Pregherei la collega Kury di non anticipare il mio intervento. Evidentemente ci sono delle ragioni per cui lei stessa prende posizione sull'ordine dei lavori, anche se non è strettamente legato all'ordine dei lavori il suo intervento, però va sottolineato, perché mi ha tolto le parole di bocca, ma è normale vedere la solita SVP che mostra, come "Giano Bifronte", la famosa statua che aveva due facce, una che guardava a destra e l'altra a sinistra, e i cosiddetti "mercenari della politica" saltano sempre fuori in campagna elettorale. Adesso mancherà alla SVP qualcuno che dirà che gli zingari vanno "gasati", poi il quadro è chiuso.

Finite le elezioni, il buon Pürgstaller tornerà a mettersi in linea con le direttive del presidente Durnwalder, e appena uscirà dal seminato si prenderà la solita tirata d'orecchie che non gli consentirà di muoversi ulteriormente. Questo è il classico gioco delle tre carte, collega Kury, ma noi sappiamo che questo "Sammelpartei" è di tutto e di più. Ne prendiamo atto, e spero che ne prendano atto anche gli elettori. Non penso che i ragionamenti del collega Pürgstaller possano ledere in qualche modo gli interessi elettorali del suo partito o di quelli della sinistra, perché la sinistra che lui rappresenta è del tutto inesistente, inopportuna e serva delle direttive del partito.

Questo andava detto, perché i percorsi politici di qualcuno non sono un'autostrada, dal punto di vista di linearità ideologica e politica, ma sono tortuosi quanto le strade tipo quella della Mendola, ci sono tornanti ogni due km, o ogni 200 metri, girano su se stessi e in mezzo a mille piroette cercano di fare quelle sceneggiate che possono essere interessanti al "Circo Barrum" ma non al teatro della politica.

Veniamo all'oggetto della discussione. Questo assestamento di bilancio ci dà modo non tanto di stare nel merito della solita questione legata allo spostamento di poche centinaia di miliardi di lire, ma di contestare aspramente un indirizzo politico, generale di questa Giunta, che non va nella direzione da noi auspicata, anzi si muove in direzione opposta a quello che sarebbe un indirizzo sociale, economico, umano, morale e anche ideale fondamentale. Contestiamo che si possa procedere con un assistenzialismo continuo e gratuito nei confronti di categorie che non lo meritano, quando invece troviamo persone sempre più povere che fanno parte del tessuto sociale dell'Alto Adige, come operai e pensionati, che non riescono più a sopravvivere con il loro stipendio. Mi riferisco al fatto che vengono sovvenzionati in maniera esagerata e inconcepibile categorie come i nomadi, i cui campi sono stati realizzati spendendo miliardi da parte del comune, devastati da uno scorrettissimo sistema gestionale esterno, campi nomadi che hanno eluso la promessa fondamentale di delibera. Io ero in consiglio comunale quando il sindaco di Bolzano disse di non volerli più sulle strade, e di voler fare dei campi. Abbiamo speso miliardi e gli zingari si stanno stanziando di nuovo al di fuori di questi. Vorrei che si intervenisse per eliminare le presenze al di fuori dei campi, specialmente quella pazzesca presenza che esiste sulla strada che da Frangarto va al vecchio deposito di immondizie, occupata fino davanti a Castel Firmiano da una carovana la quale non solo stanziava ma alleva, in mezzo ai rottami lasciati dalla vecchia discarica, galline e animali domestici. Siamo a livello spaventosi. Né il comune, né la Provincia fanno qualcosa. Si continua a sovvenzionare mentre nelle case di riposo si continua a pagare, si continuano a spendere quattrini dei figli dopo una vita di lavoro, si continua a dare risorse a chi non le merita e si lascia la gente che davvero ha la necessità dopo una vita di lavoro in condizioni penose. Non per nulla viviamo, purtroppo, nella città più cara d'Italia, ma anche in questa direzione non si fa nulla per correggere il tiro.

Qualcuno potrebbe accusarmi di populismo, ma è davvero quello che penso. Non credo sia vero quando si dice che gli extracomunitari sono favoriti nell'assegnazione di case popolari. Agli extracomunitari e agli zingari case popolari non ne vanno più assegnate! Ne andranno assegnate solo quando 2100 domande di cittadini italiani, tedeschi e ladini presenti in Alto Adige saranno evase, cioè quando

non ci sarà più bisogno di case. Forse allora si potrebbe ragionare sulla possibilità di dare case a zingari ed extracomunitari. Fino a quel momento non è possibile darle, perché la precedenza assoluta va data alla nostra gente. Abbiamo 2100 famiglie che lavorano da una vita e se siamo in grado di fornire case popolari al popolo, significa che sono tre generazioni che lavoriamo per farlo. Non è possibile che persone come gli zingari, che non contribuiscono in alcun modo alla ricchezza della nostra popolazione, possano accedere ad agevolazioni di questo tipo. Non è possibile dare ad extracomunitari che vengono da fuori, con tutto il rispetto se lavorano, le risorse che vanno prima di tutto finalizzate ad accontentare le richieste della nostra gente. Non possiamo andare avanti ancora con dei prezzi degli immobili che sono arrivati a livelli insopportabili, al di fuori di ogni potenziale ragionamento economico legato all'intrinseco valore degli immobili. Non si fa nulla in questa direzione, anzi si favoriscono in tanti modi le condizioni di non concorrenzialità sul mercato, rilasciando concessioni in una certa cronologia, in modo che sul mercato non esiste la possibilità, da parte dei potenziali acquirenti un appartamento nuovo, di trovare diverse possibilità di acquisto, quindi il mercato stagna su prezzi che sono diventati impossibili. Su questo c'è anche da ripensare ai contributi che vengono dati dalla Provincia, perché nel momento stesso in cui ci siamo accorti che i contributi non servono più per aiutare nessuno, perché di fatto gli immobili da quando esistono i contributi sono aumentati di tutto quello che viene dato dalla Provincia, significa solamente che li stiamo dando ai nostri concittadini non per agevolarli ma per finanziare le immobiliari, le imprese di costruzione e ancora di più i proprietari dei terreni. C'è da ripensare ad una nuova logica di questo tipo, perché siamo arrivati al fallimento di questo, bisogna ripensare a tutto un palinsesto che fa acqua da tutte le parti.

Permane una totale disattenzione nei confronti dei nostri pensionati, delle famiglie operaie. Esistono persone che sopravvivono con 8, 900 euro al mese, in una città in cui i pomodori si vendono a 4 euro sul mercato ortofrutticolo. Siamo in una situazione davvero tragica, e l'avvento dell'euro ha peggiorato ancora di più a livello nazionale una situazione grave, ma a Bolzano ha peggiorato una situazione catastrofica. Non ci sono stati correttivi in questa direzione, non c'è un controllo dei prezzi da parte dell'autorità pubblica che possa essere consono a garantire l'utente e il consumatore. Non esistono, se non fumose, associazioni dei consumatori, che ogni tanto fanno delle denunce ma non servono a niente, perché non sono finalizzate ad uno scopo preciso. In comune abbiamo fatto una proposta seria che va finalmente a creare dei presupposti perché il rincaro praticato sulla vendita al minuto rispetto ai prezzi all'ingrosso non sia una libera scelta del rivenditore, ma sia inserito in determinati canoni controllabili. Il mercato degli alimentari è ormai controllato solo da due "famiglie", e non aggiungo altri aggettivi perché si capisce benissimo cosa intendo. Se l'autorità che ha la possibilità e la competenza per agire in questa direzione non farà nulla, fallirà in pieno un suo compito e in questo momento sta forse contribuendo a creare la situazione in cui stiamo vivendo, perché noi viviamo in un'economia drogata al punto tale che nel momento stesso in cui si deve per forza confrontare con l'economia nazionale non solo esterna ma addirittura con quella europea, diventa fallimentare al punto tale che quelle zone più importanti dal punto di vista commerciale

della provincia di Bolzano sono in crisi totale. L'altro giorno è stato posto in vendita, da parte di un vecchissimo commerciante di Bolzano, un negozio dei portici che trattava pelli. Stanno chiudendo tre o quattro esercizi pubblici nel centro storico e anche tre o quattro negozi di abbigliamento. Non ci sono ragioni per arrivare a questo se non legate ad una economia che non si regge più. Il turismo non è più quello di una volta, ci sono sistemi che si stanno muovendo e stanno generando una rivoluzione nel mercato, e la Provincia è disattenta a queste problematiche, non fa nulla per affrontarle, come non fa nulla per affrontare problemi legati ad altre questioni.

Allora anche il cittadino, che da una parte si trova foraggiato per ottenere contributi per costruire un bar, se poi non lavora, è posto nelle condizioni di dover chiudere da affitti che sono arrivati a livelli spaventosi, da costi che sono arrivati alle stelle, dalla concorrenza stessa che sta ponendo sul mercato del lavoro l'ente pubblico Provincia o Comune. Chi è quell'impiegato che oggi va in un'azienda privata quando la Provincia dà 6, 700 mila lire in più al mese? Per fortuna per lo meno in questo modo gli impiegati pubblici possono vivere, ma d'altra parte esiste un'economia nella quale i dipendenti non hanno più autonomia per sopravvivere con quello che percepiscono e i datori di lavoro non sono più in grado di far fronte ad un'azienda con dei costi così elevati. Su queste tematiche c'è una totale inattività, un totale disinteresse che ritengo non possa perdurare oltre. Noi continuiamo a chiederci se è giusto o meno creare ferrovie nuove, palazzi nuovi, quando i problemi della gente sono distanti da questo tipo di programmazione politica.

Vediamo anche un'incapacità gestionale. Siamo l'unica provincia che vorrebbe applicare la tassa sulla salute. Forse adesso non si applicherà più, me lo auguro. L'assessore Di Puppò in Giunta dice che dovrebbe essere proporzionale alle entrate del contribuente. E' ora di finirla con questo ragionamento, non solamente legato alla tassa della salute che non deve esistere per nessuno, ma per nessun altro ragionamento deve esistere una concezione di questo tipo! Non posso cambiare gli orientamenti nazionali, ma posso tentare in quest'aula di portare avanti un ragionamento che critichi il sistema attualmente in vigore. Un contribuente in provincia di Bolzano paga in proporzione al proprio reddito, come nel resto d'Italia. Se un cittadino guadagna 500 milioni all'anno, paga 260 milioni di Irpef, se uno ne guadagna 35, paga 8 milioni di Irpef. A questo punto la parità è fatta. Non possiamo continuamente ragionare con questo sistema cattocomunista che ha inquinato determinate menti dal punto di vista economico, secondo cui il cittadino deve essere continuamente penalizzato quando guadagna una lira in più di un altro, nel momento stesso in cui, per il fatto di averla guadagnata, ha già scontato il suo debito, ha già pagato il suo contributo, in proporzione. Allora l'accesso ai servizi pubblici se deve essere pagato, no alla tassa della salute, ma se anche questa ci dovesse essere, e sarebbe una cosa catastrofica, inconcepibile e fallimentare dal punto di vista politico, perché non si può pensare che la sanità della provincia più finanziata d'Italia debba aver bisogno di cose di questo tipo per autofinanziarsi, quando nelle altre province non lo si fa. Ritengo sia inconcepibile anche su una eventuale tassa sulla salute ragionare in questi termini. Il cittadino i conti con il fisco li fa con l'Irpef, e poi ha chiuso ogni tipo di differenziazione. Tutte le tasse in cui la Provincia ha possibilità di incidere con decisioni dirette, devono essere fisse, a prescindere dal reddito del citta-

dino. Al limite potrà esserci qualcuno che, vivendo nell'indigenza o con stipendi bassissimi, ne sia esentato, ma dal momento in cui per iscrivere un figlio a scuola bisogna pagare in base al reddito, e per avere il ticket sulle medicine si paga in base al reddito, per avere insomma tutti i servizi si paga in base al reddito, una persona quando ha pagato il suo debito con l'Irpef, ha raggiunto la sua uguaglianza di diritti rispetto a chiunque altro. Ma anche in questa direzione non si muove nulla. Rimaniamo con la mentalità che bisogna castigare sempre chi guadagna di più. Non è giusto però, è giusto che chi guadagna di più paghi di più, ma nel momento che ha pagato non si deve più continuare a farlo pagare, altrimenti conviene, come in certi casi di persone che sono alloggiati in appartamenti Ipes, licenziarsi dal lavoro per non pagare l'aumento dell'affitto. Siamo a ragionamenti di questo tipo che andrebbero analizzati per trovare delle soluzioni intelligenti e non delle cose che non hanno né capo né coda e creano solo confusione a livello amministrativo e personale.

Anche il fatto che imprese locali di qualsiasi tipo non siano più in grado di vincere un appalto per una qualsiasi opera pubblica, perché non in grado di porsi in gara con imprese che vengono da fuori, e intendo da tutta Europa, sono problemi seri su cui fare analisi. L'economia drogata dell'Alto Adige non sta portando buoni frutti nel momento in cui questa economia si deve confrontare con chi viene dall'Italia e dall'estero. Non possiamo continuare a pensare che la ricchezza dell'Alto Adige si crei solo con la fiscalizzazione di chi deve dare a chi viene da fuori determinati appalti, perché in Alto Adige non si è in grado di vincere. Le imprese altoatesine non devono essere favorite in alcun modo, come ho sentito dire in quest'aula in altre occasioni, devono essere poste sullo stesso piano degli altri, ma bisogna creare i presupposti affinché diventino concorrenziali con gli altri e non che rimangano chiuse in un recinto in cui solo le sovvenzioni della Provincia le fanno sopravvivere o eventuali sistemi nuovi più o meno consentiti gli consentono di vincere qualche appalto. Bisogna uscire da queste logiche, bisogna spendere le risorse che abbiamo non per sovvenzionare ma per creare i presupposti di concorrenzialità. Questo è un dato che viene richiamato da diverso tempo ma che non viene sanato e non si creano nemmeno i presupposti per farlo.

Ho fatto cenno prima ad un problema legato ai giovani, che non trovano sbocchi, che in questo tipo di sistema non trovano posti di lavoro adeguati agli studi fatti. L'Alto Adige che dovrebbe essere punto di incontro tra varie culture, storie e scuole di pensiero, produce una ricchezza in quest'ottica che non può essere sfruttata sul posto. Vediamo che sempre più giovani che studiano, che hanno appreso determinate discipline tecniche e umanitarie devono uscire da questa provincia per trovare lavoro, perché qui non c'è lavoro, la possibilità di sviluppare una determinata qualità professionale, in quanto le strade sono chiuse, le imprese non hanno queste possibilità e quindi la provincia di Bolzano diventa sempre più provinciale e sempre meno città aperta ad un incontro vero e ad una possibilità di avanzamento della prospettiva europea. Allora ci sono giovani sempre più allo sbando dal punto di vista sociale, sempre più dediti all'alcolismo, e questo purtroppo si nota in tantissimi paesi della provincia. Ci sono ragioni di sicurezza personale e morale, ragioni di stabilità che nascono su un tessuto sociale minato, perché se è vero come è vero – e sono stufo di sentire questa

risposta – che questo tipo di problema è caratteristico ormai a livello nazionale ed europeo, è altrettanto vero che il più alto numero di alcolisti, drogati, suicidi, quindi di atti estremi che possono arrivare a concludere determinati percorsi di una vita pesante, sono in Alto Adige. Ci sarà un motivo legato all'Alto Adige, una ragione che deve essere approfondita, analizzata, davvero posta in discussione con seminari, invito di psicologi, studiosi, persone che siano in grado di dare delle risposte sociali! Noi non possiamo più vivere in una provincia che presenta da una parte bilanci di questa dimensione enorme rispetto al resto d'Italia e d'Europa e dall'altra parte avere una gioventù posta allo sbando totale e quasi generalizzato. Ritengo non si faccia nulla in questa direzione, perché si tende, in questa mentalità provinciale, a chiudere in se stessi la problematica, quando è così grave, per cercare di nasconderla, perché ci si vergogna di averla. Ricordo questa mentalità paesana che quando purtroppo in alcune famiglie nasceva un bambino che non era nelle sue normali condizioni veniva immediatamente relegato nel "Jesusheim" di turno, perché non si sapesse che esisteva. Ci si vergogna di questa realtà, di questo modo di essere e di queste problematiche, specialmente quando queste sono legate al territorio. Questo significa che siamo un popolo che deve ancora svilupparsi, aprirsi, capire che davanti a certe logiche si devono prendere per mano, condurre verso la soluzione. Non si può far finta che non esistano, perché questo è un compito che dobbiamo lasciare ai debosciati, a coloro che non sono in grado di capire la realtà nella quale sono inseriti. E in quest'ottica non si fa nulla.

Viviamo in una provincia che, per quanto riguarda la convivenza fra diversi gruppi etnici e linguistici, dovrebbe essere ricca di incontri culturali, di possibilità di confronto, di distribuzione di risorse economiche che creino potenzialità per tutti e che, nel rispetto reciproco, creino i fondamenti per un futuro migliore. Queste sarebbero le ragioni pure che si dovrebbero leggere tra le righe. Invece purtroppo osserviamo sempre più una chiusura in questa direzione, una totale differenziazione, e mi spiace anche affermare che esistendo tre etnie diverse, ci sarebbe anche da ricavarne una ricchezza, perché ritengo che i momenti delle etnie e dei gruppi linguistici siano finiti. Tutti i cittadini sono uguali, a prescindere dalla lingua di cui parlano, dalla cultura e dalla tradizione di cui sono figli. I cittadini sono uguali, quindi questa grande differenziazione non la vedo, anzi non la presumo nemmeno, in un'ottica di collaborazione e di assimilazione. Comunque questo ragionamento esiste ed è sul tappeto da anni. Invece c'è sempre una chiusura, una presa di posizione di non volontà di creare i presupposti per vivere meglio assieme. Mi auguro che i giovani si muovano in questa direzione, che abbiano un'apertura diversa. Non credo che possano esistere situazioni positive nella "Mischkultur" ma non credo nemmeno che si debbano creare presupposti di differenziazione etnico-linguistica sulla base del fatto che uno è nato in Alto Adige e uno proviene da un'altra parte. Questi ragionamenti dovrebbero essere affrontati da persone che hanno la possibilità di farlo, perché più in alto sono, più in grado sono di essere ascoltate. Invece si nota, come espressione di questo ragionamento in negativo quello che è accaduto l'altro giorno quando il deputato Karl Zeller ha fatto le dichiarazioni che ha fatto. Ritengo siano negative, perché in qualche modo cancellano il lavoro fatto, quei progressi fatti in una strada di collaborazione comune e ripropongono sempre, all'approssimarsi di ogni campagna elettorale, lo scontro fra

nazionalismi diversi. Voglio dire che quell'area germanofona che Zeller voleva difendere non è la sua area, perché i sudtirolesi, cioè gli altoatesini di madrelingua tedesca, stanno alla Germania tanto quanto i calabresi stanno al nord Italia. Cioè i sudtirolesi di madrelingua tedesca sono considerati "terroni" dai germanofoni. Di conseguenza devono stare molto attenti a pensare di difendere determinate prese di posizione, quando sono prese da coloro che con i sudtirolesi non hanno ideologicamente, mentalmente e forse nemmeno dal punto di vista nazionalistico nulla a che vedere. Non hanno voluto storicamente nulla a che vedere. Sono i terroni della Germania o di quell'area tedesca di più grande influsso. Di conseguenza Zeller non deve difendere la Germania, perché non ho mai visto un calabrese difendere un "lumbard". Volevo arrivare a dire questo, perché il popolo altoatesino di madrelingua tedesca non pensi di essere posto nelle condizioni di dover difendere un'area che li disconosce da tempo.

Devo ammettere, e forse questa è un po' la fortuna politica del collega Pius Leitner, che benché aspramente critico nei confronti della politica sviluppata dalla SVP, ho sempre considerato che qualche punto di positivo ci sia. Ho pensato che questa positività possa proprio essere quella che in qualche modo allontanava o comunque teneva a bada, in maniera anche molto sottile, determinate possibilità di inquinamento del tessuto sociale, culturale e religioso della nostra popolazione da parte di popolazioni estranee a questa realtà che in qualche modo venissero a creare inquinamento culturale, storico, tradizionale e specialmente religioso. Ho sempre pensato che la SVP fosse quella che in fondo in fondo poteva rappresentare Haider in Carinzia, una politica sottile che in qualche modo tenesse lontane determinate presenze o comunque le tenesse limitate a determinati numeri. E' tanto vero quello che dico che una decina d'anni fa il presidente Durnwalder diceva "800 e poi basta". Si parlava di portare una presenza di extracomunitari in Alto Adige. Lui, sollecitato in senso negativo da coloro che erano addirittura critici sulla presenza di 800 extracomunitari in Alto Adige, fece una dichiarazione nella quale disse "800 e poi basta". Ma da buon politico della vecchia scuola democristiana nazionale, che qualche volta dimentica, benché sia conosciuto a tutti come uomo dalla memoria elefantiaca, e fa finta di dimenticare, perché il popolo altoatesino sollecitava questo tipo di intervento: non li vogliamo, o li vogliamo in maniera talmente infinitesimale da non produrre danni alla tradizione, alla cultura e alla nostra storia. Non siamo arrivati a più di 800, ma a più di 8000, siamo un numero tale che messi assieme, gli irregolari con i regolari, non siamo più nemmeno in grado di contarli. I giardini della stazione sono pieni, ma nessuno di voi, membri della SVP, quando li attraversa, dice che non è un accampamento, che questi sono giardini nei quali una signora con il proprio bambino o una persona anziana possa andare tranquillamente a passeggio. Non devono essere accampamenti di persone sfortunate, nelle condizioni penose di non avere da mangiare perché hanno raggiunto l'Alto Adige magari con la promessa di lavorare per il Bauernbund a raccogliere le mele. Ma alla fine questi cosa fanno? Quando gli interessi economici del Bauernbund sono arrivati al punto da mettere in crisi le condizioni ideali di un partito politico che aveva comunque come suo scopo fondamentale quello di difendersi da determinati inquinamenti e continua a combattere gli extracomunitari quando ormai questi vanno a letto con le figlie dei contadini per cui raccolgono le mele, ritengo che sia ora di fare una riflessione pe-

sante in questa direzione, perché ormai vi sono più extracomunitari in giro senza lavoro che contadini dell'Alto Adige posti nelle condizioni di raccogliersi i propri frutti. Fino all'altro giorno le mele chi le raccoglieva, quando non c'erano gli extracomunitari? Non lo so! Cascavano già da sole?! So solo che per mettere i contadini nella condizione di guadagnare 30, 40 milioni in più all'anno, avete messo l'Alto Adige in ginocchio, avete posti in discussione valori come la storia, cultura, religione. Questo passaggio gravissimo toglie alla SVP anche l'ultimo lato positivo che aveva. E dà spazio a persone che hanno a cuore questi ragionamenti, come li hanno a cuore Pius Leitner o forse la collega Klotz, perché queste realtà vanno denunciate. Ormai il "dio denaro" ha scavalcato, dal punto di vista economico, ogni ideologia di fondo, anche quando questa stessa ideologia era fondamento primario di un partito politico, era espressione primaria di una linea ideale.

C'è molto da fare e da riformare. Forse ci sarà un cambiamento di rotta, quando la situazione arriverà al limite, perché non vedo la volontà di cambiare, la voglia di incidere in determinate condizioni sociali e lavorative che stanno creando seri problemi. Me lo auguro, perché l'unica cosa che può succedere è che si ricominci da capo sulle macerie di una situazione che deve in qualche modo cambiare. Non possiamo credere si possa continuare così, che possano dare ancora possibilità di sviluppo ad una provincia soffocata da se stessa, che si sta autostrozzando, si sta portando al suicidio economico, perché non è in grado di affrontare le problematiche serie, vere e non è in grado di spendere il proprio denaro in una direzione costruttiva al futuro economico, produttivo della nostra terra.

Assessore, manovre economiche di questo tipo hanno un significato puramente contabile, estremamente labile, poco importante se non nel quadro di un'amministrazione che in qualche modo deve far quadrare i conti, ma non hanno valenza positiva dal punto di vista costruttivo, di progresso, di quelle forme di sviluppo che possono portare benessere non solo economico, ma anche umano e sociale per la nostra gente. Ritengo che i poveri in Alto Adige saranno sempre più poveri e i ricchi sempre più ricchi. E' una situazione che non vede una controtendenza.

Concludo dicendo che non entro nel merito dell'assestamento, perché sono questioni numeriche poco importanti nella problematica generale che ho sviluppato. Penso ci si avvicini ad un appuntamento elettorale che non vedrà cambiare nulla, ma creerà ancora i presupposti affinché il clientelismo, situazioni poco consone al miglioramento della vita per la nostra gente, la faranno da padrone.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Willeit zum Fortgang der Arbeiten.

WILLEIT (Ladins): Leider ist der Saal noch leerer geworden. Nachdem es bereits 12.35 Uhr ist, möchte ich vom Recht Gebrauch machen, meinen Debattenbeitrag ohne die notwendige Unterbrechung aufgrund der vorgesehenen Mittagspause leisten zu können. Wenn sich niemand mehr zu Wort meldet, möchte ich am Nachmittag mit meinem Beitrag beginnen.

PRÄSIDENT: Das Wort hat die Abgeordnete Klotz zum Fortgang der Arbeiten.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident! Wir waren bereits gestern in ähnlicher Situation. Ich habe heute dem Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei gesagt, dass wir nicht bereit sind, den Haushalt zu genehmigen oder dass wir als Minderheiten nicht bereit sind, anwesend zu sein, während andere von der Mehrheit wahrscheinlich irgendwo bei einer Großveranstaltung weilen und Wahlkampf betreiben. Darum ersuche ich Sie, die Sitzung jetzt zu schließen. Wenn um 15 Uhr nicht genügend Abgeordnete da sind, werden wir wiederum beantragen, die Sitzung vorzeitig zu schließen. Es ist nicht einzusehen, dass diejenigen, die immer da sind, jetzt auch diesen Nachtragshaushalt, den sich die Mehrheit vor allem im folgenden Wahlkampf auf die Fahne schreiben wird, mit ihrer Anwesenheit garantieren sollen, während die anderen, wie gesagt, auf Wahlkampf sind.

PRÄSIDENT: Laut Geschäftsordnung hat jeder Abgeordnete im Südtiroler Landtag das Recht, die vorgesehene Redezeit einer Stunde ohne Unterbrechung ausnützen zu können. Der Abgeordnete Willeit hat diesen Antrag gestellt. Jetzt ist es 12.38 Uhr. Wenn aber jemand der Abgeordneten bereit ist, seine Rede zu unterbrechen, das heißt jetzt zu sprechen und mit seiner Rede um 15 Uhr fortzufahren, dann bin ich gerne bereit, die Sitzung weiterzuführen. Als nächster hat sich der Abgeordnete Minniti vorgemerkt. Nachdem auch der Abgeordnete Minniti nicht bereit ist mit seiner Debatte zu beginnen, unterbreche ich die Sitzung bis 15 Uhr.

ORE 12.39 UHR

ORE 15.06 UHR

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENT: In Fortsetzung der Generaldebatte zu den Landesgesetzentwürfen Nr. 150/03 und Nr. 151/03 erteile ich das Wort dem Abgeordneten Holzmann.

HOLZMANN (AN): Mi rivolgo alla Giunta per corrispondenza. Vorrei sapere a chi parlo ...

PRÄSIDENT: Abgeordneter Holzmann! Solange niemand von der Landesregierung im Saal ist, bin ich gerne bereit, die Sitzung zu unterbrechen. Ich habe Verständnis dafür, dass ein Mitglied der Landesregierung anwesend sein sollte.

Das Wort hat der Abgeordnete Holzmann.

HOLZMANN (AN): Il mio intervento sarà piuttosto breve, anche perché trattandosi di un bilancio di assestamento, quindi tecnico ancorché arrivi a fine legislatura, non ci sarebbe molto da obiettare. Ad ogni modo però alcune cose vanno dette.

La prima considerazione che vorrei fare è la seguente. La Provincia di Bolzano, rispetto a tutte le altre regioni e province a statuto speciale, è quella che ha il maggior trasferimento di risorse economiche dallo Stato in relazione al numero di abitanti, soltanto dopo la valle d'Aosta. Possiamo dire che in base al numero di abitanti siamo la seconda realtà nazionale per quanto riguarda i trasferimenti dello Stato. Nonostante questa enorme risorsa che dovrebbe consentirci di gestire le nostre competenze in maniera più che decorosa, evidentemente nella gestione si è speso troppo in alcuni settori e alla fine si è stati costretti a ricorrere nuovamente all'imposizione di tasse o balzelli vari nei riguardi dei nostri concittadini. Mi riferisco ai ticket sulla sanità o al disegno di legge che prevede la tassa sulla vecchiaia, che fissa un esborso abbastanza cospicuo, circa 180 euro pro capite, per i cittadini della nostra provincia. Se una provincia come la nostra, che è la seconda in Italia per risorse, deve ricorrere ad una ulteriore spremitura dei suoi cittadini contribuenti, cosa dovrebbero fare le altre regioni a statuto ordinario che hanno certamente molte meno risorse di noi? Cosa dovrebbero fare i nostri colleghi assessori della regione Campania, o Basilicata, o Molise, svantaggiate dal punto di vista economico? Dovrebbero andare a rapinare le banche per andare avanti! Eppure riescono decorosamente ad esercitare la loro funzione. Il problema è che forse c'è stato un dispendio eccessivo di risorse in settori meno strategici, perché la funzione di un ente territoriale come una provincia autonoma è quella di gestire le proprie competenze garantendo ai cittadini le prestazioni e i servizi al minor costo possibile ma con degli standard qualitativi il più possibile elevati. Se prendiamo in esame i servizi che la Provincia dovrebbe garantire, in primis la sanità, visto che assorbe circa il 20% delle risorse di bilancio, quindi è certamente più importante se non altro per l'entità dei fondi che assorbe. Noi abbiamo sì delle buone strutture e attrezzature, ma nel complesso non possiamo dire di avere una buona sanità, per tante ragioni che sono legate proprio alla nostra particolarità. Quindi si spende molto, perché le convenzioni con Innsbruck costano decine e decine di miliardi l'anno perché non abbiamo la qualità necessaria nel personale medico soprattutto negli alti livelli. Questo discorso non è nuovo, in più occasioni abbiamo sollevato il problema dovuto alla pretesa di richiedere l'attestato di bilinguismo per il personale medico che non ci consente di operare adeguate selezioni di personale. Conseguentemente abbiamo una sanità mediocre a livello di qualità, proprio perché ci siamo autoimposti dei limiti che poi influiscono sulla qualità di un servizio estremamente importante e delicato come questo. Non si vuole mettere in discussione la proporzionalità etnica, ma quanto meno chiediamo una maggiore elasticità, come peraltro viene già adottata dall'amministrazione provinciale in altri campi, pensiamo ad esempio al personale paramedico che viene addirittura da paesi extraeuropei, vorremmo che un altro tipo di elasticità riferita ai nostri medici, quelli nazionali per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano e a quelli europei per quanto riguarda il gruppo linguistico tedesco, venisse adottato, in modo da darci una sanità di alto livello così come le cospicue risorse che noi investiamo richiederebbero. Fra l'altro la sanità assorbe circa il 20% del nostro bilancio. Nella regione Veneto assorbe circa l'85% del bilancio, ma non perché questi spendano più di noi, anzi spendono meno pro capite, ma perché queste regioni, anche se economicamente molto sviluppate, attive, intraprendenti, che contribuiscono in maniera de-

cisiva alla produzione della ricchezza nazionale, non hanno le nostre stesse competenze, quindi si limitano a gestire il gestibile. L'assessore ai lavori pubblici della regione Veneto non ha nemmeno una lira per fare un lavoro pubblico, può fare le leggi per regolamentare questo settore, ma non ha quattrini per fare le opere pubbliche. Questa è la sostanziale differenza fra una regione economicamente assai sviluppata come il Veneto, per non parlare poi della Lombardia che è una regione con 9 milioni di abitanti e che è il vero traino dell'economia nazionale. Queste regioni così sfortunate, riescono comunque a gestire meglio di noi un settore così delicato come la sanità. Forse non avranno strutture così lussuose, forse non avranno apparecchiature così moderne, però certamente il fatto che molti pazienti preferiscano orientarsi altrove per certe patologie, significa che nonostante il nostro grande impegno non abbiamo una sanità adeguata alle esigenze che la collettività richiede. Questo lo diciamo come premessa.

L'altro ragionamento che subito si collega a questo è il seguente. Se noi abbiamo un settore delicato che non funziona, ci siamo autoimposti dei limiti e tutto sommato non riusciamo neanche a gestirlo senza dover ricorrere ad una ulteriore spremitura del cittadino, significa che abbiamo speso di più in altri settori. Cominciamo allora a realizzare cosa si potrebbe risparmiare. Innanzitutto, mi dispiace che non sia presente l'assessore ai lavori pubblici, il quale comunque è responsabile di questo settore ma non è responsabile delle conseguenze che oggi constatiamo, essendo molto recente la sua nomina. Abbiamo una forte esposizione per quanto riguarda la realizzazione di opere pubbliche. Quando il committente è la Provincia solitamente queste vengono realizzate con grande ricerca di materiali pregiati, anche sovradimensionati rispetto alla necessità. Non si può pensare di costruire un ospedale come quello di Merano mettendo i materiali al triplo di quanto si fa nel resto d'Italia, come costi intendo. Questo modo di pensare crea delle conseguenze che sono quelle che pochi istanti fa elencavo. Nel settore delle opere pubbliche c'è un eccessivo dispendio di risorse, perché si pretende sempre il massimo livello possibile di rifinitura, di progettazione, di realizzazione e non si bada a spese. Questa è la sostanza. E' vero che le opere pubbliche non devono essere realizzate con materiali scadenti, ma fra lo scadente e l'eccellente ci sono infinite vie di mezzo. Fra una cosa decorosa e una cosa lussuosa forse c'è da chiedersi se la ricerca del lusso sia uno dei compiti della nostra Provincia. Non credo che dobbiamo pensare a stucchi veneziani e marmi pregiati in una struttura ospedaliera. Un ospedale si richiede che sia funzionale, efficiente, ordinato, pulito, razionale ma non che abbia dei marmi che costano il triplo di altri marmi, che abbia stucchi veneziani che io personalmente a casa mia non ho. Non è questo che l'ospedale deve dare. Deve avere strutture, persone che siano in grado di usare le attrezzature ultramoderne di cui spesso ci dotiamo e che altrettanto spesso andiamo a trovare nei magazzini inutilizzate perché il personale non è in grado di usufruirne. C'è da fare un ragionamento complessivo, anche sulle grandi opere.

In questi giorni sul giornale si è tornato a parlare della ferrovia Merano-Malles. Qualcuno ha detto anche che ci sarà una sorta di inaugurazione prima delle elezioni, non sappiamo che cosa si inaugurerà, perché ci sarà ancora un po' di tempo da aspettare perché questa ferrovia sia operativa. Non mi dilungo oltre su questo punto

perché valutazioni ne abbiamo fatte in moltissime altre occasioni. Ribadiamo che per noi è un'opera pressoché inutile, e ce ne accorgeremo quando entrerà in esercizio e dovremo andare a ripianare i deficit. Ci sono tantissime altre opere pubbliche sovradimensionate, pensiamo alla Casa della cultura di Vipiteno, ad esempio, una struttura di grandissime dimensioni, eccessiva per un comune così piccolo, di nemmeno 6000 abitanti, con un circondario anche abbastanza piccolo. Un'opera pubblica che è venuta a costare quasi come il teatro di Bolzano, che serve una città di 100 mila abitanti, un circondario di altri 50 mila abitanti. Su questo qualche riflessione andrebbe fatta, le risorse potrebbero essere impiegate meglio senza dover ricorrere ad ulteriori tassazioni sul cittadino sotto forma di ticket sulla sanità, tassa sulla vecchiaia e di conseguenza questo enorme flusso di denaro che dallo Stato viene trasferito alla Provincia potrebbe essere gestito molto meglio.

Un altro argomento annoso è quello della scuola. Nella mia veste di commissario dei sei recentemente mi sono imbattuto in due situazioni un po' sorprendenti. La prima, che una norma di legge di rango sub-costituzionale garantiva sostanzialmente la inamovibilità del sovrintendente scolastico e dei due intendenti di lingua tedesca e ladina. In Italia non esiste nessuno, forse solo il Governatore della Banca d'Italia, che goda di questo privilegio. Il magistrato viene garantito, ma non credo sempre nella sua funzione, perché comunque viene sottoposto ad una sua magistratura interna, il CSM, che può disporre un suo trasferimento. Qui il sovrintendente risulta inamovibile non solo per la sua carica, il suo grado, il suo livello retributivo, ma anche per la funzione. Non poteva essere spostato da quel posto! Se uno di questi tre intendenti fosse impazzito, non poteva essere sostituito da nessuno e avrebbe potuto continuare vita natural durante a svolgere la sua funzione, perché protetto da una norma di legge. L'altra norma di legge in cui mi sono imbattuto, altrettanto strana, era quella che fissava un limite massimo di orario per gli insegnanti di religione. Una cosa veramente incomprensibile. Innanzitutto la nostra provincia è l'unica che ha istituito il ruolo degli insegnanti di religione. Bene farebbero anche le altre regioni italiane, ma lo sottolineo perché vuol dire che c'è nei riguardi degli insegnanti di religione una considerazione che è arrivata al riconoscimento del loro ruolo. La cosa che non trovavo giusta era che una norma di rango sub-costituzionale stabilisse che non potevano superare un certo orario di lavoro settimanale, che era di 18 ore, quando sappiamo che gli altri insegnanti ne fanno 24. Per quale ragione non erano soggetti alla normale contrattazione sindacale che fa nascere poi i contratti di lavoro che vengono firmati e che sono impegnativi per tutti? Per quale ragione gli altri insegnanti devono lavorare 24 ore e quelli di religione solo 18? Nessuno ha saputo spiegarmelo. Comunque mi sono preoccupato di rimuovere queste due anomalie che erano presenti in virtù di precedenti norme di attuazione, e sono stato anche sufficientemente convincente da convincere anche gli altri commissari, quelli di nomina degli enti territoriali, dalla regione alla provincia, ad approvare questi due emendamenti.

Per quanto riguarda la scuola, uno dei limiti era proprio il fatto che i massimi vertici erano inamovibili. Forse la scuola si è un po' avvitata su se stessa in questi anni, non ha prodotto quello che ci saremmo aspettati. Talvolta ci siamo trovati di fronte a dichiarazioni da parte delle massime autorità scolastiche un po' sorprendenti.

Ho sollevato la questione, pubblicamente, sull'opportunità che la massima autorità scolastica scenda direttamente in campo politicamente, perché non lo trovo deontologicamente corretto. Quando parla la sovrintendente, parla da sovrintendente o parla da esponente di partito o da aspirante candidata? Su questo bisognerebbe fare un po' chiarezza e se fossi in lei qualche problema di coscienza me lo sarei posto. Non lo ha fatto, perché si è vantata per aver appoggiato l'attuale sindaco di Bolzano con un gruppo di insegnanti. Anche questo trovo sia una cosa assolutamente fuori luogo: nella sua veste di sovrintendente organizzare gruppi di insegnanti, di persone a lei in qualche misura sottoposte, per interferire nelle scelte politiche. Ma ultimamente pare sia scesa in campo anche per le prossime elezioni provinciali, direttamente o indirettamente, ma fatto sta che non ha negato il suo impegno, il suo ingresso in una lista, il suo appoggio ad una lista, e questo mi sorprende e amareggia, perché una persona che ha responsabilità a questo livello dovrebbe astenersi da questo tipo di scelte. Sappiamo che sono diritti costituzionali, che i cittadini hanno diritto di candidarsi, non è una questione legata ad una legge che gli impedisce di farlo, è una questione di carattere deontologico.

Parlavo prima della figura del sovrintendente e degli intendenti inamovibili e quindi privilegiati e in sede di questo della sovrintendente addirittura connessa con la politica, per formulare una riflessione sul fatto che la scuola fosse rimasta troppo ferma in questi anni. Due o tre anni fa la stampa aveva riportato con grande enfasi un'ipotesi dell'attuale sovrintendente per migliorare l'apprendimento della seconda lingua attraverso lo scambio di moduli scolastici tra scuole di lingua italiana e di lingua tedesca. Ebbene, questa formulazione un po' nebulosa mi aveva indotto di andare direttamente alla fonte per cercare di comprendere bene di cosa si trattasse. Mi sono reso conto che non c'era un progetto, c'era solo un'idea molto vaga, non veniva nemmeno precisato il periodo per il quale si sarebbero dovuti trasferire alunni di una scuola media di lingua italiana in una scuola media di lingua tedesca dall'altra parte della provincia, perché questi moduli scolastici erano talmente vaghi ed astratti che nemmeno la sovrintendente che aveva lanciato questa proposta sulla stampa era in grado di dire se si sarebbe trattato di una settimana, un mese, sei mesi, o altro. Di fronte alle mie obiezioni di carattere tecnico, non certamente politico, perché siamo convinti che si possa fare di più e meglio per favorire l'apprendimento della seconda lingua, anche lei si è resa conto che forse quella proposta andava migliorata. Però è stata "sparata" sulla stampa. Ecco la nostra perplessità legittima, che certe uscite della sovrintendente abbiano più uno scopo politico che non didattico. Alla fine chi ci rimette è la scuola, perché anche quando si parla di scuola trilingue, si dà una connotazione eccessiva rispetto a ciò che invece in realtà si dovrebbe fare. Una scuola dove si insegnano due lingue straniere oltre alla lingua madre non è una scuola trilingue, altrimenti nel resto d'Italia avremmo sempre avuto scuole bilingui, perché si è sempre insegnato la seconda lingua. Non è questa la fattispecie, però molto spesso siamo portati a leggere sulla stampa prese di posizione da parte della sovrintendente che ci lasciano un po' allibiti, tante belle parole, tanti bei progetti, ma nella realtà poca concretezza. Anche qui ci sarà molto da lavorare nella prossima legislatura. Non so chi avrà questa responsabilità di occuparsi della scuola, mi auguro che chiunque esso sia

abbia la forza anche per imporre le proprie scelte anche a colei che nella scuola fino a questo momento non ha dato prova di grande spirito innovativo o quanto meno di voler risolvere determinati problemi.

Sono sicuramente fra coloro che non vuole fare eccessivamente carico alla scuola di responsabilità per quanto riguarda l'apprendimento della lingua. Come ogni materia anche una lingua straniera, come può essere l'inglese e il tedesco, richiede impegno, studio, preparazione che magari non tutti sono disposti a dare. Non è sempre giusto dare la colpa alla scuola, sicuramente però la scuola qualcosa di più e meglio dovrebbe sforzarsi a fare. Questo presuppone anche scelte diverse. Abbiamo criticato le scelte degli "amici" degli amici, chiamati a grandi responsabilità nel mondo della scuola, sulla base di quali professionalità? Ispettori scolastici che in realtà ispettori non sono ma svolgono le funzioni senza alcuna qualificazione, senza alcun concorso, e da anni svolgono quelle funzioni. E' una cosa grave, perché poi quando gli insegnanti si rivolgono agli ispettori per avere delle risposte, se la persona è qualificata e la risposta gliela dà, il lavoro va avanti e prosegue, se l'ispettore scolastico è poco qualificato e la risposta non riesce a darla o la dà poco correttamente, ne risente nuovamente la scuola. Ed è ciò che crediamo stia accadendo. Nella scelta di persone che hanno grandi responsabilità nel mondo della scuola, sarebbe meglio privilegiare un concorso anziché la nomina di amici, conoscenti che vanno ad occupare posti di grandissima responsabilità senza averne la qualità, o per lo meno senza avere nessuna esperienza. Ci sono casi di ispettori scolastici in vari ambiti, uno potrebbe essere quello delle scuole materne, tanto per intenderci, che hanno assunto questo incarico senza sapere nulla delle scuole materne. E poi vengono fuori i casi di Appiano, degli asili sottodimensionati, dei locali non adatti, delle metrature insufficienti, delle finestre assenti, dell'illuminazione carente, locali malsani che vengono realizzati con il beneplacito dell'ispettore scolastico, il quale non è in grado tecnicamente di fare il suo mestiere in maniera adeguata.

Terminata questa vena polemica, un'altra riflessione andrebbe fatta su un'altra iniziativa della Giunta provinciale che negli ultimi anni si è un po' troppo sbilanciata nel cercare di acquisire competenza, senza verificare bene dove poi tutto ciò portasse. Un caso emblematico è stata l'assunzione della competenza sulla scuola. La cosiddetta provincializzazione della scuola ha comportato un onere che nella nostra provincia è molto elevato, 500-600 miliardi di lire l'anno credo che costi pagare gli insegnanti, soldi che mancano alla Provincia, con quali vantaggi? Quello di dire che gli insegnanti li pagate voi con un contratto integrativo? Se doveste fare così con ogni categoria, rimarremmo all'asciutto nel giro di un quarto d'ora! Avevamo criticato già a suo tempo questa ricerca ad ogni costo di strappare competenze dallo Stato anche a costo di non avere un'adeguata contropartita economica. In cuor loro molti assessori, anche della SVP, credo si siano un po' pentiti di questa situazione che appesantisce il bilancio, la spesa corrente e imprigiona quella parte politica che consente di agire attraverso leggi. Imbriglia un po' tutto e rende tutta la macchina più lenta e meno efficace nella propria azione politica.

Un'altra operazione che ci ha lasciato molto perplessi è stata quella di voler acquisire le centrali idroelettriche dell'Enel - che poi non verranno più vendute - e cre-

are una società che non doveva occuparsi della produzione di energia elettrica. Non è questo uno dei compiti della Provincia. Il nostro compito è gestire le risorse, dare servizi, invece ci siamo andati ad impelagare in un progetto che prevedeva una spesa di 1.200 miliardi, e poi abbiamo difficoltà a reperire 30 miliardi e dobbiamo mettere i ticket sulla sanità! Mi sembra un atteggiamento poco lungimirante. La colpa non la faccio all'assessore Laimer, la Giunta provinciale è un organo collegiale, quindi non voglio colpevolizzare l'assessore. Però ci lascia perplessi il fatto di dover pensare di impegnarci per 1.200 miliardi per andare a fare una cosa che non ci competerebbe a rigor di logica, e poi al tempo stesso andare a mettere il ticket sulla sanità per recuperare 30 miliardi che ci mancano.

Queste sono osservazioni che abbiamo già fatto in altre circostanze, quindi non vorrei dilungarmi oltre. Certamente ci si potrebbe impegnare meglio in settori e forse i cittadini ci riconoscerebbero meglio la nostra azione. Uno di questi settori è quello dell'edilizia sociale. E' vero che si è fatto, è vero che si farà, il Presidente della Giunta provinciale ha preso degli impegni anche per i prossimi anni, però l'edilizia sociale è connessa anche alle competenze sull'urbanistica. Quindi anche lì bisogna ricercare la possibilità di agire meglio sul territorio. Non basta trasferire fondi all'Ipes perché costruisca case o liberare fondi alle cooperative per coloro che riescono ad avere un terreno, perché molti un terreno non riescono ad averlo, noi dovremmo imporre ai comuni l'adozione di regolamenti che li impegnino a concedere i terreni entro un tempo massimo, che possono essere due, tre anni! Una persona oggi fa fatica ad iscriversi in una cooperativa, perché si apre per lui un punto interrogativo non soltanto perché costretto comunque ogni anno a sopportare dei costi amministrativi anche se tutto rimane fermo, ma soprattutto perché si sta impegnando in un futuro che non sa quando avverrà a realizzare una casa, potrebbe essere fra 2 anni, 3 anni, 5 anni, 8 anni. Non si sa. Non c'è un termine in molti comuni, come ad esempio a Bolzano. Di conseguenza molti non utilizzano questa grossa opportunità, e sono costretti a rivolgersi al mercato privato. Ma l'urbanistica agisce sul territorio determinando spesso un innaturale innalzamento dei costi dei terreni. Oggi a Bolzano un appartamento lo si paga un milione e 300 mila lire al m³, vuol dire 4 milioni al m², un costo che è fuori da ogni logica. Non mi paragono con altre città del Veneto o Lombardia, ma soltanto guardando a Trento, città capoluogo di provincia, anche questa con problemi di spazio ecc. Lì costa dal 25 al 30% in meno acquistare un appartamento. Allora c'è qualcosa che non va nella nostra politica urbanistica, così come non va nelle aree produttive. Sappiamo che a Bolzano ci sono molti operatori economici in attesa di un terreno che non sanno quando potranno averlo. Sono situazioni gravi che incidono sulla nostra economia. Sappiamo che il nostro bilancio si basa sulle imposte che vengono pagate. Se le nostre aziende lavorano bene, ci fa piacere per i loro dipendenti, ma anche come amministratori della cosa pubblica perché i nostri bilanci crescono. Se invece non si danno delle risposte adeguate a queste aziende che sono costrette a vivere nella precarietà, talvolta in due o tre sedi diverse, con costi e dispersione di risorse, si impedisce loro uno sviluppo che in realtà potrebbe esserci e potrebbe essere utilizzato da tutti attraverso il bilancio pubblico.

Queste sono le ultime osservazioni che faccio in questo intervento sul bilancio. Credo che nella prossima legislatura, visto che ormai questo è l'ultimo bilancio di cui discutiamo, coloro che avranno questa responsabilità dovranno interrogarsi sull'opportunità di allentare le briglie ai comuni, lasciare i comuni liberi di poter gestire, entro un certo limite, lo sviluppo del proprio territorio, lasciare la libertà ai comuni di assecondare la loro aspirazione di crescita. Questo oggi non avviene, perché la Provincia attraverso una sua competenza primaria ha l'ultima parola su tutti i piani urbanistici, e molto spesso quest'ultima parola stronca. In altre occasioni ho riferito del piano urbanistico che era attualmente in vigore a Bolzano, che era partito da un'ipotesi di 60 ettari ed era arrivato a 27. Questi ettari che mancano sono quelli che consentono di mantenere i costi dei terreni a 4 milioni al m², quelli edificabili ovviamente, e quelli per attività produttive ad un milione al m², cifre assolutamente fuori mercato rispetto alla provincia a noi più vicina e rispetto ad aree più interessanti e meglio allocate dal punto di vista geografico come quelle del Veneto, tanto è vero che aziende storiche della provincia di Bolzano se ne sono andate, tipo la Zuegg, la Menz & Gasser. Questo non è un bene per noi. Altre aziende si sono spostate all'estero con altri rami della loro attività, pensiamo a Thun, Senfter, Finstral, altre aziende sono andate in Austria. Per quale motivo ci lasciamo sfuggire questa opportunità di crescita, di occupazione, di ricchezza? Forse perché non siamo in grado di dare sempre la risposta adeguata nel momento adeguato. Talvolta la risposta arriva anche, ma molto in ritardo, come sulle infrastrutture strategiche della nostra provincia: università e aeroporto sono stati realizzati sì, ma con 20 anni di ritardo. Se fossero stati realizzati 20 anni prima, oltre ad averne beneficiato, avrebbero anche concorso al progresso di questa nostra provincia. Quindi lentezza qualche volta nella visione strategica. E qui veniamo al punto fondamentale. Qual è la visione strategica dell'Alto Adige per i prossimi 30, 40 anni? Come vorremmo noi che fosse l'Alto Adige? Su quali settori economici vorremmo che si basasse la nostra economia e la nostra vita? Desidereremmo che fra 40 l'Alto Adige fosse una provincia come quella di adesso, un'economia agricolo-turistica che viene preservata come settore che coabita, strategica che deve essere sostenuta economicamente, oppure pensiamo ad un'economia più differenziata, a nuove zone industriali o ad ampliamenti delle zone industriali che ci sono oggi? Sono domande importanti, perché si trascinano dietro tutto. Pensare ad un'economia di tipo industriale, commerciale o artigianale significa pensare a vie di comunicazioni più agevoli, a nuove strade, a strade più larghe, a maggiori collegamenti con gli aeroporti, con le ferrovie. Questa visione strategica nei prossimi 30, 40 anni non c'è, quindi non sappiamo nemmeno cosa fare con le nostre infrastrutture. E' un po' avvilente dover assistere a discussioni tipo "Alemagna sì, Alemagna no", "terza corsia sì, terza corsia no", "Valdastico sì, Valdastico no". Fra l'altro qui non si può parlare della Valdastico perché attraverso le competenze provinciali e la mentalità provincialistica che fatalmente tende a consolidarsi, ognuno guarda a casa propria, però queste domande dovrebbero trovare delle risposte. Non ci si può nascondere soltanto dietro la tutela dell'ambiente. Noi abbiamo bisogno di uno sviluppo compatibile con il territorio, che deve essere immaginato in qualche modo. E chi lo può fare? Chi ha il compito di porsi questa domanda: come vorremmo che fosse l'Alto Adige fra 30, 40 anni? L'abbiamo essenzialmente noi, ma

non credo che la risposta competa direttamente a noi, ma ci sono decine e decine di persone che hanno la qualità per poter rispondere, ognuno per le proprie competenze, ad una domanda come questa. E' vero che i desideri possono anche non realizzarsi, è vero che l'economia ci ha abituati a cambiamenti anche molto repentini, ma è anche vero che un progetto può essere anche flessibile, può adattarsi alla mutevole realtà a cui siamo abituati, ma se un progetto non c'è, è difficile poter gestire bene le enormi competenze che ci sono state date. Abbiamo strutture di ricerca ad esempio come l'accademia europea dove lavorano circa 80 persone, struttura che assorbe parecchie risorse, dove si dedicano a studi che ci lasciamo piuttosto perplessi. L'area di ricerca sulle minoranze linguistiche la capirei se fossimo una realtà dove ci fosse una forte conflittualità, dove lo Stato dovesse esercitare il suo potere in maniera autoritaria, dove i diritti delle minoranze fossero conculcati, ma non si può dire nulla di tutto questo in relazione all'Alto Adige. Credo che qui siamo un esempio, per quanto riguarda le minoranze, a livello mondiale. E siamo stati talmente bravi che nessuno ha imitato questo modello fino ad oggi! Tutti ci dicono "bravi", però si guardano bene dall'applicarlo nel loro Paese. Se la situazione è questa, che senso ha un'area di ricerca sulle minoranze linguistiche? Speriamo forse di trovare qualcuno che sta meglio? Se mi vengono posti gli esempi delle isole Åland dove abitano quattro gatti in mezzo all'oceano, a cui hanno detto: arrangiatevi, fate quello che volete, non credo ci siano altre minoranze così ben tutelate e in una realtà anche economicamente così ben sostenuta. Un'area di ricerca sulle minoranze linguistiche mi sembra un dispendio di energie. Perché non impiegare questi cervelli ad esempio per cercare una risposta a questa domanda fondamentale: Come vorremmo che fosse l'Alto Adige fra 40 anni? Questa è la domanda vera, perché trascina dietro l'economia, i lavori pubblici, le infrastrutture strategiche, la scuola e tutto quello che ne consegue. Certo se avessimo un'economia che dovesse svilupparsi in un terziario avanzato dove i prodotti dell'ingegno non hanno bisogno di autocarri per essere trasportati, le idee viaggiano nell'etere, non hanno bisogno di camion, di autostrade, non inquinano, però in questo settore si fa poco. Nel settore delle libere professioni si fa nulla. Sono settori che vengono completamente dimenticati. Continuiamo ad investire nell'industria, nel turismo, nell'artigianato e nel commercio, però questi settori che potrebbero rappresentare il futuro della nostra provincia anche in termini occupazionali, o comunque nel valore aggiunto, non sono, allo stato attuale, considerati. Anni fa avevamo un piano di sviluppo territoriale, il cosiddetto LEROP, che però è rimasto lettera morta, non ha ispirato a sua volta altri piani. Ne consegue che molto spesso i programmi di settore sono un po' isolati e scollegati dal contesto generale. Perché non avere un piano di riferimento generale dal quale far partire poi i vari piani di settore? Spesso abbiamo l'impressione che si preferisca non avere tutto questo, perché si pensa sia meglio impiegare le risorse in una sorte di distribuzione "ad personam" in modo da soddisfare un po' tutti e quindi avere una popolazione felice e contenta. Qualcuno dice che l'Alto Adige è rimasto addormentato dal denaro. Non è che noi non vorremmo che l'Alto Adige non avesse le risorse, magari potessimo averne ancora tante per il futuro, sappiamo che se però si adotterà un sistema di tipo federale per quanto riguarda la gestione delle risorse e quindi con capacità impositiva, probabilmente le risorse sarebbero inferiori. Ma non è questo il punto, quanto di ge-

stirle bene. Tante volte avere tanti soldi non significa spenderli bene, averne un po' di meno significa molto spesso spenderli meglio. Non è un problema di quantità ma di qualità di queste risorse. Non abbiamo ancora una visione lungimirante in questa provincia e ci limitiamo alla distribuzione ad personam, un po' a ciascun contadino, al commerciante, quando ne ha bisogno all'artigiano, al commerciante, e quindi sono più o meno tutti contenti, cosa andiamo a cercare? Ma il futuro si costruisce oggi, non il giorno prima che si è creato un problema. Possibilmente deve essere affrontato prima che si crei, e forse queste parole che dico nel disinteresse generale fra qualche anno me le andrò a riprendere e ci verrà in mente che non erano del tutto sballate come dichiarazioni conclusive di questo intervento. La visione strategica è importante e manca. Speriamo che nella prossima legislatura si comprenda questo problema, perché da qui dovrebbe nascere tutto, i piani di settore, la politica economica, la nuova scuola del domani, le nuove generazioni che si orientano a nuovi settori e mercati, però allo stato attuale abbiamo ancora la tendenza a vivere alla giornata, che ci ha portato purtroppo ad invadere campi non di stretta competenza nostra. Il cittadino non si aspetta che la bolletta a casa gli arrivi con marchio "SEL" o "Edison" o "Enel". A lui interessa pagarla a un prezzo giusto e basta. Non vedo per quale ragione per poter mettere il nome "Sel" sulla bolletta che arriva all'utente si debbano impegnare 1.200 miliardi in mutui da pagarsi in periodi molto lunghi e quindi con un ulteriore appesantimento del bilancio e conseguentemente un suo ingessamento pressoché definitivo. Mettiamo in guardia rispetto a queste fughe in avanti, perché alla fine chi ne pagherà le conseguenze saranno proprio i rappresentanti della Giunta, che avranno le mani legate, non avranno abbastanza denaro per soddisfare tutti coloro che si aspettano da loro la classica e ormai d'abitudine distribuzione annuale.

Con questa ultima considerazione concludo il mio intervento. Il nostro atteggiamento è negativo su un bilancio non ricco, straricco che però ha richiesto dei correttivi da parte della Giunta, che ha comportato ulteriori sacrifici per la popolazione dell'Alto Adige. Crediamo che questo non sia giusto, con risorse economiche di questa entità.

WILLEIT (Ladins): Ich werde mir die zur Verfügung stehende Zeit nehmen, um einige begründete Überlegungen zu machen. Mir ist auch bewusst, dass diese Wortmeldungen weitgehend nur Bedeutung für das Protokoll haben, weil das, was von Seiten der Opposition vorgebracht wird, sehr oft nur protokollarische Bedeutung hat. Ich stelle fest - dem entspricht auch das Verhalten meiner Vorredner -, dass dies vielleicht einer der letzten Gelegenheiten darstellt, um einige allgemeine politische Betrachtungen zu machen. Ich denke, dass wir in der Zeit der Wahlpropaganda genügend Gelegenheit finden werden, politische Betrachtungen anzustellen. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied zwischen der Propaganda am Dorfplatz, in der Zeitung und den Wortmeldungen in diesem Saal. Die Wortmeldung in diesem Saal erfolgt grundlegend auf gleicher Ebene. Also nehme ich an, dass wenigstens meine Worte so viel aussagen wie jene meiner Kollegen. Die politische Betrachtung und die Wortmeldung in der Zeit der Wahlpropaganda im freien demokratischen Land erfolgt hundertprozentig auf total ungleicher Ebene. Der eine spricht von der Kanzel aus, er spricht mit der Bi-

bel in der Hand. Er spricht mit seiner Abbildung auf allen heiligen und unheiligen Figuren und täuscht hundertprozentig vor, alles getan zu haben, alles zu tun und alles am besten zu tun. Er hat die eigenen Medien, er hat die Medien der anderen. Er hat die eigenen Mittel, er hat die Mittel der anderen. Diese Feststellung betrifft einige, betrifft die Mehrheit, vor allem die stärkste Gruppierung. Ich will damit sagen, dass der bevorstehende Wahlkampf, nennen wir ihn so, nicht auf gleicher Ebene erfolgt. Die "Par conditio" ist nirgends einbezogen. Von jeder Seite wird, wo nur möglich, jeder Raum ausgenützt und den anderen versperrt.

Ich habe es bereits gesagt. Auch die bezahlte Berichterstattung in den Tageszeitungen ist eine reine Wahlpropaganda. Diese bezahlte Werbung in den Tageszeitungen, die bezahlte Anführung der Assessoren in den Broschüren, in den Einladungen usw. ist nichts anderes als Wahlpropaganda. Wir haben im noch gültigen Wahlgesetz eine sehr strenge Norm, was diese Art von Benützung der öffentlichen Mittel anbelangt, die nirgends eingehalten wird. Hoffen wir, dass bei der Wahlgesetzgebung des Landes, also bei der Genehmigung des Landesgesetzes über die Wahlen dieser Aspekt gründlich durchdacht wird. In anderen Ländern gilt ein totales Verbot, sich so der öffentlichen Mittel zu bedienen, um persönliche Parteipropaganda zu betreiben. Bis jetzt habe ich von der Wahlpropaganda gesprochen, dass dies nicht nur für die Wahlzeit gilt, sondern es dürfte jedem klar sein, dass wir in unserem Land ein Medienmonopol haben, hinter dem sich der liebe Ministerpräsident Berlusconi verstecken kann. Ich schaue mir die italienischen Programme und ich schaue mir auch die deutschen Programme in Südtirol an. Herr Berlusconi kommt bei weitem nicht an die Präsenz des Landeshauptmannes heran. Der Landeshauptmann ist nicht allein. Wir haben ein Medienmonopol, wir haben eine Medieneinseitigkeit sondergleichen. Wir haben keine kritische Bewertung, keine kritische Information, und Nicht-Information heißt falsche Information. Wenn ich die Hälfte der Informationen weglasse, dann ist das falsche Information. Warum drücke ich die Finger auf diese Taste? Um zu sagen, dass es, aus meiner Sicht, der Schwachpunkt Nr. 1 unseres Landes ist. Vielleicht spreche ich gegen mich selbst. Für mich ist das wirklich ein Schwachpunkt. Dass die Medien auch sprachgruppenmäßig völlig unterschiedlich verteilt sind, das wissen wir. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Ich brauche nicht 4 Minuten 10 oder 4 Stunden gegenüberstellen. Ich brauche keine Wochenzeitschrift gegen alle möglichen Zeitschriften. Ich brauche diese Vergleiche gar nicht zu machen, denn sie sind wohlbekannt.

Jetzt rede ich extra vom Schwachpunkt Nr. 2. Es gibt auch starke Punkte, die ich vielleicht nicht erwähne. Dieser zweite Schwachpunkt ist sicherlich von mehreren Vorrednern berührt worden. Aus meiner Sicht ist die politische Einseitigkeit, das politische Übergewicht, die politische Ausschließlichkeit, möchte ich fast sagen, wirklich ein Schaden. Sie hat zur Folge, dass zwischen Mehrheit und Minderheit kein wirklicher Dialog, keine echte gemeinsame Prüfung stattfindet, geschweige denn eine gemeinsame Entscheidung zustande kommt. Die Kontakte bzw. Gespräche erfolgen oft nur über die Presse. Was da herauskommt, weiß jeder.

Man regt sich auf, wenn Frau Biancofiore dies und jenes sagt. Ob sie es richtig macht, über ein Gefängnis in Eppan oder in Bozen zu sprechen, das weiß ich nicht. Ich persönlich bin gegen eine Verlegung eines größeren Gefängnisses in die Periphe-

rie. Etwas hat sie aber sicherlich richtig gemacht. Sie hat gezeigt, wie man präpotent vorgehen kann. Sie hat gezeigt, wie der Staat vorgehen kann. Sie hat damit aber auch gezeigt, wie das Land vorgehen kann und vorgeht. Sie hat gesagt, der Staat kann mit dem eigenen Grund und Boden, mit dem eigenen Vermögen tun, was er will. Das Land hat dies mittels Gesetz festgeschrieben: "Ich tue, was ich will, ich frage weder Dich noch die Gemeinde, ich tue, was ich will. Ich brauche nicht enteignen, ich brauche nicht lange Gemeinnützigkeitserklärungen einholen, ich brauche nicht lange Lizenzen einholen. Ich tue, was ich will." Meine Damen und Herren! Wenn das so wäre, dann wären wir von der Demokratie weit weg. Demokratie bedeutet nichts anderes, als dass der Bürger auf der gleichen Ebene wie der Staat steht. Darf ich vielleicht sagen, ich tue alles, was ich will, ich tue mit meinem Hab und Gut, was ich will. Das darf ich beim besten Willen nicht tun. Auch der Staat darf es nicht tun und auch das Land soll es nicht tun dürfen. Das war jetzt eine Zwischenbemerkung in der Sache.

Die politische Ausschließlichkeit hat, wie gesagt, negative Auswirkungen auf die Demokratie und auch auf das Verhältnis der Sprachgruppen. Welche ist die Folge davon gewesen? Die Folge ist eine sterile zeit- und kraftaufwendige Konfrontation in der gesamten Legislaturperiode in allen wichtigen Bereichen wie Toponomastik, Statutenreform, Wahlgesetz, regionale Kompetenzen gewesen. Es hat keinen Moment der nüchternen, besonnenen Gegenüberstellung gegeben. Das hat es, leider Gottes, nicht gegeben. Das betrifft im allgemeinen die Politik, welche, in wenigen Worten ausgedrückt, aus meiner Sicht, die Politik gegenüber der ladinischen Sprachgruppe war. Es war eine Politik, bei der einige konkrete Schritte nach vorwärts gemacht wurden. Im Grunde genommen war es aber eine Politik der Integration, der Trennung und der Unterordnung, und zwar die Art der Berufung des Assessors von außen, nicht die Berufung selbst, der Versuch der Genehmigung der Verabschiedung eines Wahlgesetzes mit Wahlhürde, die Reform des Autonomiestatutes mit Einschränkungen, die nicht einmal die römische Regierung, aber sehr wohl unsere Regierung und sehr wohl die Trentiner Regierung wollte. Meine Damen und Herren! Das kann ich Ihnen schwarz auf weiß beweisen. Sprachgruppenregelung, Radio- und Fernsehen sprechen eine klare Sprache. Ich möchte kein Wort mehr zu dieser umfangreichen Thematik sagen, die mich wohl am nächsten betrifft.

Es ist doch zu einer kleinen demokratischen Aussprache zwischen Mehrheit und Opposition gekommen, und diese betraf einzig und allein jene über die Neufassung der Geschäftsordnung. Da hat man sich nolens volens eher leicht zu einem Konsens durchgerungen. Ich glaube, wenn man öfters über diese Dinge auf derselben Ebene gesprochen hätte, dann hätte man vieles anders und besser gemacht. Nicht gut genug arbeiten heißt nicht, dass nicht gearbeitet wurde. Ich glaube, der Landtag selber hat gearbeitet. Er hat alle Gesetze, die von der Mehrheit vorgelegt wurden, behandelt und auch genehmigt, sagt mir Kollegin Klotz. Die Mehrheit aber ist auch aus meiner Sicht etwas träge, etwas nachlässig in ihrem Vorschlag gewesen, und die Vorschläge der Minderheit wurden eben nicht gebührend berücksichtigt. Ich glaube, die Minderheiten haben Anregungen genug gebracht. Es wäre die Gelegenheit gewesen, viele gute Dinge zu genehmigen.

Nun komme ich auch zur Finanzpolitik. Die Finanzpolitik des Landes ist auch, aus meiner Sicht, von Schwerpunkten, von Prioritäten gekennzeichnet. Ich weiß nicht, woher Kollege Pöder diese Schuldenrechnung nimmt. Sicherlich hat er das durchgerechnet. Auch Kollege Leitner hat heute in einer anderen Richtung von der Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung gesprochen. Diese beiden Sachen müssen gebührend durchdacht werden. Trotzdem würde ich sagen, dass unser Haushalt, unsere Finanzen reich sind. Sie sind sehr reich und vor allem genügend. Aufgeteilt werden sie allerdings nach einem uralten fixen Schema. Ich habe auch in der Verteilung der Mittel keine wesentlichen Neuerungen in den letzten zehn Jahren gesehen. Der Aufbau, die Transparenz des Haushaltes hat sich geändert, sonst aber nichts.

Klar ist – es wurde bereits unterstrichen –, dass in den letzten Jahren die unternehmerische Tätigkeit – ich nenne sie so – des Landes selber, das Vermögen des Landes selber, die Beteiligung des Landes selber an Gesellschaften in den Vordergrund gerückt sind. Ohne Land geht nichts mehr. Ich habe gestern gestaunt, als es in einer Nachrichtensendung hieß, ohne Landesunterstützung ließe sich nicht einmal ein Fußballtrainingslager finanzieren, könnte also nicht einmal eine auswärtige Mannschaft nach Südtirol eingeladen werden. Wenn sogar solche Dinge nicht mehr möglich ist, dann wissen wir wirklich, von wem wir abhängen.

Eine zweite Sache, die nicht abzustreiten ist, sind die Zentralisierungstendenzen nicht nur von Seiten des Staates, nicht nur von Seiten der Region, sondern auch von Seiten der eigenen Betriebe. In diesem Finanzgesetz finden wir es wieder. In jedem Gesetz haben wir diese Zentralisierungstendenz gesehen. Von den eigenen Betrieben werden die Funktionen vom Land übernommen. Sie werden nicht den Betrieben überlassen, nein. Sie werden von den Gemeinden, in diesem Gesetz von den Schulen, vom Sonderbetrieb für Zivilschutz, sie werden vom Land übernommen. Was bleibt wohl den Herren Autonomien, den Frauen Autonomien, oder wie sie heißen? Ihnen bleibt wenig Autonomie, nämlich Durchführungsfunktion und nicht Entscheidungsfunktion.

Diese Zentralisierung findet den ersten Niederschlag in der Gesetzgebung selbst, und zwar durch die Übertragung, durch die Delegierung von Kompetenzen an die Exekutive und durch die viel zu kurz andauernden Gesetze. Die Gesetze werden zu Verordnungen, denn sie haben nicht die Zeit, erprobt zu werden, sie haben nicht die Zeit, sich zu bestätigen. Es vergeht gar kein Jahr, es vergehen nicht einmal sechs Monate und schon werden die Gesetzesbestimmungen geändert, das nichts anderes als Übergangsregelungen, ungewisse Regelungen, Willkürregelungen bedeutet. Dasselbe finden wir, wie gesagt, in diesem Finanzgesetz. Wir ändern dieses und das andere Gesetz, lauter Gesetze, die wir als Ganzes vor nicht allzu langer Zeit genehmigt, abgeändert haben und jetzt werden sie schon wieder geändert und nochmals geändert. Das ist keine gute Art und Weise, Gesetze zu beschließen! Gesetze müssen dauerhaft sein. Sie können nur das sein, denn man muss wohl schauen, ob sie wirklich taugen oder nicht taugen. Für die zeitweilige, für die kurzfristige Entscheidung haben wir die Verordnungen.

Ich glaube, man kann in unserer Finanzpolitik auch nicht ein Übergewicht der wirtschaftlichen Bereiche – ich würde es so sagen – abstreiten. Nur möchte ich

beanstanden, dass die Bewertungen und die Behandlungen nicht immer die richtigen sind, wie zum Beispiel die Einteilung des Landesgebietes in entwickelte und unterentwickelte Gebiete. Bereits die Einteilung selbst erscheint in einigen, in vielen Punkten mangelhaft. Schlimmer ist aber, dass man dem Umstand nicht Rechnung trägt, dass die entwickelten Gebiete in anderer Hinsicht vielleicht unterentwickelt sind, dass die entwickelten Gebiete belasteter sind, dass sie einer größeren Konkurrenz, dass sie einer viel stärkeren Spekulation, dass sie größeren Kosten ausgesetzt sind, dass sie bessere Infrastrukturen brauchen. Diesem Umstand hat man bis heute nicht Rechnung getragen. Ein klares Beispiel, das ich des Öfteren vorgebracht habe, ist die Gleichbehandlung des geförderten Wohnbaues.

Dass die sozialen Belange des Öfteren auf der Strecke geblieben sind, ist bereits unterstrichen worden. Was mich bei den verschiedenen steuerlichen Neubelastungen für soziale Dienstleistungen stört, ist die mangelhafte Überprüfung der Frage, ob es überhaupt notwendig ist, dass man diese Versicherungen, dass man diese Leistungen, dass man den Behinderten oder den Kranken wirklich diese Tickets abnehmen muss, oder ob man nicht auch andere Gelder dafür bestimmen könnte. Auch ich unterstreiche, dass die Gesamtsteuerbelastung mehr als hinreichend ist, dies wenn die Steuern auch bezahlt werden. Die Steuerbelastung ist mehr als hinreichend, denn sie erreicht und übersteigt sicherlich die 50 und, ich sage immer noch, die 60 Prozent des Einkommens von jedem. Mit diesem Geld könnte man wirklich diese Dienste bezahlen.

Dass die großen Probleme des Transportes nicht gelöst wurden, wundert einem nicht. Dass dies mit der Planung zusammenhängt, würde ich nicht unbedingt sagen, sicherlich auch, aber man hat sicherlich hinreichende Konzepte. Was ich dagegen bemängeln möchte, ist, dass man für die Sicherheit des Verkehrs, für die Sicherheit der Straßen zu wenig getan hat. Ich glaube, der letzte Tote war vor kurzem wegen des Zustandes der Straße in einem Tunnel zu verzeichnen, bei dem ich persönlich seit Jahren die Errichtung der Beleuchtung fordere.

Was die Gesundheit anbelangt, glaube ich, wird zu wenig der Umstand betrachtet, dass einige Bauten völlig veraltet sind. Diese müssen saniert werden. Darunter fällt das Krankenhaus von Bozen, was jedem bekannt ist. Ob die großen Kosten nicht eher durch eine Rationalisierung der Dienste, nicht eher durch eine Rationalisierung der Verwaltung als durch neue Einnahmen gedeckt werden könnten, ist eine Frage. Ich glaube schon.

Ich will nicht die verschiedenen Forschungsanstalten ansprechen, aber etwas kann dazu sicherlich gesagt werden. Sicherlich fehlt eine Koordination, eine Koordination. Sicherlich fehlt auch ein Konzept dahingehend, was wirklich gebraucht wird, welche Anstalt wirklich gebraucht wird, was jede Anstalt zu tun hat, was sie komplementär zur anderen, neben der anderen zu tun hat, und nicht eine über der anderen. Auch in diesem Gesetz finden wir wieder eine Anstalt, eine autonome Körperschaft für die Führung der Fachschule für Gesundheitsberufe. Hundertprozentig wird das keine autonome Anstalt werden. Nur, das Land wird wieder im Statut und im Gesetz festschreiben, dass die Schule autonom ist. Dann wird alles das Land besorgen. Wenn wir die Dinge betrachten, wie sie sich bis heute entwickelt haben, dann ist das wohl klar.

Ein Wort möchte ich zur Schule sagen. Um das Thema der zusätzlichen Italienischstunde in der deutschen Schule, der Anzahl der Deutsch-Stunden in der italienischen Schule, der Muttersprache in der ladinischen Schule kümmert man sich eigentlich recht wenig. Es scheint ziemlich gleich zu sein, ob eine oder überhaupt keine Stunde Muttersprache in der Oberschule gelehrt wird. Ich möchte mich nur dahingehend ausdrücken, dass die Gespräche, dass die Beurteilungen über die Notwendigkeit der Mehrsprachigkeit, über die Folgen der Mehrsprachigkeit nicht so einfach sind, wie sie von den Erwachsenen oft dargestellt werden. Sie selber haben das nicht zustande gebracht. Ich kenne ganz wenige Leute, die zwei Sprachen können. Sprechen kann man sie sehr wohl, aber schreiben und vor allem richtig schreiben, wie viele können das? Ich persönlich kenne wenige. Warum? Das soll kein Vorwurf sein, weil auch nur eine Sprache zu erlernen eine schwierige Sache ist. Ich würde in der Auferlegung von Stunden, in der Auferlegung von Fächern vorsichtiger sein. Ich würde langsam vorgehen.

Was die verschiedenen Schulen anbelangt, muss ich wohl auch sagen, dass das Ganze auf Gegenseitigkeit beruhen sollte. Ansonsten erfolgt, gewollt oder ungewollt, eine Unterordnung der einen Sprache unter der anderen. Auf keinen Fall sollte die Schule von der Kultur getrennt werden. Das, glaube ich, darf nicht geschehen.

Damit habe ich einige Sachen durchstreift und möchte nun ganz kurz etwas aus dem Finanzgesetz herausholen, vorwegnehmen. In der Artikeldebatte werde ich dann mit meinen Wortmeldungen umso sparsamer umgehen. Ich möchte doch einige allgemeine Betrachtungen machen.

Im Artikel 5 wird wieder einmal die Beteiligung an den Gesellschaften, die Erhöhung des Kapitals an der SEL-AG, vorgesehen. Ich persönlich frage mich – und auf diese Frage möchte ich eine Antwort haben –, was diese tut. Was hat sie? Wofür braucht sie dieses ganze Geld? Wie viele Zentralen sind von der SEL-AG oder vom Land inzwischen erworben worden? Von welcher Gesellschaft, oder sind es inzwischen mehrere Gesellschaften, werden diese verwaltet? Ich erwarte mir diesbezüglich eine Antwort.

Artikel 5-ter. Ich weiß, dass man seit Legislaturbeginn vom Gesetz über die Kindergärten spricht. Das müsste kommen und es kommt nicht. Es kommt sicherlich nicht, weil die Legislatur zu Ende geht. Inzwischen soll der Staat mit seinen Reformen die Schuld haben. Ich weiß nicht, was da alles herauskommt. Auf jeden Fall ist dieses Gesetz nicht gekommen und es wird wohl auch so schnell nicht kommen.

Beim Artikel 6 komme ich nochmals über die Beteiligungen zu sprechen. Ich weiß nicht, ob sich das die Kolleginnen und Kollegen durchgesehen haben. Das ist eine allgemeine Ermächtigung an die Landesregierung, sich an allen Gesellschaften bis zu einem bestimmten Anteil zu beteiligen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Hier hat man scheinbar als Information oder als Bedingung für den Landtag hineingeschoben, dass der Landtag auch eine Kontrolle ausüben sollte. Ich setze aber nicht allzu viel auf die Möglichkeit einer nachträglichen Kontrolle. Wennschon müsste es eine Ermächtigung, eine präventive und nicht eine sukzessive Kontrolle sein. Ansonsten hat sie wenig Sinn. Auf jeden Fall wird hier diese Ermächtigung erteilt. Offensichtlich hat man als Land immer noch zu wenig Beteiligungen!

Artikel 7: Autonomie der Schulen. Dazu habe ich mich bereits ausgedrückt. Diese Autonomie der Schulen wird höchstwahrscheinlich beim Maiausflug landen. Wenn man sich das anschaut, dann wird da nicht recht viel mehr übrig bleiben. Wir wissen, wem die Zuständigkeiten über das Personal, über die Gebäude usw. gebührt. Nun kommen die Dienste, die Einrichtungen, die Führungskosten, die Lehrmittel usw., was alles ans Land übergeht. Ich möchte wissen, was noch von Autonomie übrig bleibt.

Im Artikel 8 ist eine interessante Norm enthalten, die, seitdem ich mich in diesem Saal zu Wort melde, erstmalig ist. Wenn etwas unsere Finanzgebarung oder Politik gekennzeichnet oder wirklich hervorgehoben hat, dann war es das Verbot Schulden zu machen, das Verbot überhaupt, passive Posten am Ende zu schreiben. Es musste immer gleich ausgehen. Nun schreiben wir hinein, dass die Vereine Schulden machen können. Das Land wird auch diese Schulden bezahlen, wenn die Vereine Fehlbeträge haben. Jenen, die den Haushalt vorbereiten, liegen sicherlich Anträge von einigen großen Vereinigungen, die nicht so privat sind, wie man meint, vor, welche sagen, dass sie durch die Jahre 200, 300, 400 Millionen, vielleicht eine Milliarde Fehlbetrag erwirtschaftet haben, und welche jetzt das Land bitten, diesen Fehlbetrag zu begleichen. Das hat man bis heute nicht getan! Ich kann mich aber an ein Beispiel von Meran erinnern, wo seinerzeit Landesrat Ferretti den Antrag gestellt hat, einer Vereinigung den Fehlbetrag von 400 Millionen zu begleichen. Das, glaube ich, ist seitdem nicht mehr geschehen, und jetzt taucht diese Form wieder auf. Das ist eine der schlechtesten Formen. Unter der Form der einmaligen Beiträge hat man das einige Male getan.

Beim Artikel 10 habe ich bereits gesagt, dass auch der Sonderbetrieb für Zivilschutz vom Land betreut wird. Der Bereich der Verträge wird neu geregelt, obwohl wir sie ständig neu geregelt haben.

Eine sehr gute Bestimmung hat mich überrascht, die man im Artikel 15 findet, nämlich dass die Gemeinderäte über die Verwendung der Investitionsmittel entscheiden. Die Entscheidung oder Verwendung der Mittel, die der einzelnen Gemeinde im Rahmen der Zweckbestimmung laut Artikel 2 zugewiesen werden, ist dem Gemeinderat vorbehalten. Ich hoffe, dass das wirklich Investitionsmittel sind. Ich glaube, da greift man etwas in die Gemeindeordnung ein und legt diese Ratszuständigkeit fest, mit welcher ich vollkommen einverstanden bin.

Nicht ganz einverstanden hingegen bin ich mich mit der Übertragung der ausschließlichen Zuständigkeit an die Bezirksgemeinschaften, was die Instandhaltung der Radwege anbelangt. Es können doch auch andere Gemeinschaften von Gemeinden sein. Warum sollte nur die Bezirksgemeinschaft in Frage kommen? So interpretiere ich diese Bestimmung.

Artikel 18-bis. Äußerst interessant ist der Vorschlag des Abgeordneten Pürgstaller, nämlich dass Erweiterungszonen zu Auffüllzonen werden. Bis heute war es umgekehrt. Formell war es so. Wenn Auffüllzonen, wenn die privaten Baugründe nicht verwendet, nicht verplant, nicht baureif gemacht wurden, dann konnten sie enteignet werden. Das ist eine Bestimmung, die wahrscheinlich nie zum Tragen gekommen ist. Nun ist das Ganze umgekehrt. Ich möchte sehen, ob sich das bewährt.

Zu den übrigen Bestimmungen will ich mich nicht äußern.

Zum Artikel 19-bis, der die Landesraumordnung betrifft, möchte ich etwas sagen. Ich hoffe wirklich, dass wenigstens eine Bestimmung aufrecht bleibt. Hier gibt es wirklich etwas zu ändern, und zwar nicht allein was die Kriterien, sondern was auch die Gerechtigkeit anbelangt. Ich habe dazu bewusst den einzigen Abänderungsantrag eingebracht. Ich mache es nicht so wie Alleanza Nazionale und auch nicht wie die Union für Südtirol, die viele Änderungsanträge hinterlegt haben, um sie dann nicht zu behandeln, sondern um irgendetwas zu erreichen. Jedem steht das frei, das weiß ich. Das ist aber keine schöne Vorgangsweise, denn die Mehrheit ist prompt zur Stelle da. Sie macht ja das. Vielleicht hat sie sich schon vereinbart. Ich glaube, dass es nicht notwendig ist, große Aussprachen zwischen den Minderheiten zu machen.

Worum es bei der Wohnbauförderung geht, werde ich zur gegebenen Zeit genau erläutern.

Was die Landesfachhochschule für Gesundheitsberufe anbelangt, wird eine autonome Körperschaft höchstwahrscheinlich nur auf dem Papier und nicht in der Wirklichkeit geschaffen.

Schließlich bekommen wir wieder einmal Bestimmungen über die Religionslehrer und über das Ehrenamt auf den Tisch. Auch diesbezüglich werde ich meine Stellungnahme zur gegebenen Zeit abgeben.

Ich glaube, dass ich damit alles, was ich in der Generaldebatte zu diesen Gesetzentwürfen sagen wollte, gesagt habe. Alles Übrige werde ich in der Artikeldebatte ansprechen.

DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani): A più riprese, negli interventi che si sono susseguiti, è stato richiamato il concetto dell'ultimo bilancio, occasione di una sintesi e valutazione complessiva dell'attività svolta in questa legislatura. Uno dei giudizi più ricorrenti, e chiaramente esposti in termini negativi, è stato il concetto della continuità, che per noi invece ha un valore di grande positività, nel senso che quel disegno che era stato tratteggiato per la nostra provincia, legislatura dopo legislatura, anno dopo anno, legge dopo legge, via via si è andato trasformando in realtà. Certo possiamo anche dire che c'è motivo di soddisfazione per la Giunta provinciale nel trattare la questione all'ultimo bilancio di questa legislatura, nel registrare risultati conseguiti con questa politica della continuità attraverso le legislature che si sono via via susseguite con questa maggioranza.

I dati economici parlano non solo in termini chiari, ma anche fortemente chiarificatori rispetto lo scenario che ci circonda. Se pensiamo all'anno 2002, i dati che stanno affluendo ci dicono, secondo l'istituto di ricerca della Camera di Commercio, che abbiamo visto un incremento del PIL pari al 2%, secondo l'Astat intorno all'1,7%, ma non v'è dubbio che fosse anche attorno all'1,5% rispetto al dato nazionale che è stato ridotto allo 0,4% o a quello europeo dello 0,7%, non si può certo non riconoscere che la realtà economica altoatesina ha registrato un dinamismo in più.

Anche le previsioni per il 2003, corrette, con il DPF, dall'1,1% allo 0,8% nelle comunicazioni che il Governo ieri ha fatto alle regioni e province autonome,

parlano per l'Alto Adige di una crescita che ancora supererà l'1. Quindi non abbiamo previsioni al di sotto dell'1%.

Anche la forza lavoro occupata è aumentata del 2,2% nel corso del 2002, ed è aumentato anche il tasso di occupazione raggiungendo il 58,2%. Il tasso di disoccupazione è rimasto invariato, io dico a livelli patologici, perché quando è così basso abbiamo grossi problemi nel reperimento delle qualificazioni del personale, è fermo al 2,2%. Il dato nazionale è all'8,9% e quello europeo è al 7,6%. Per quanto riguarda le imprese, ricordo le preoccupate parole del consigliere Holzmann, ma anche quelle del consigliere Seppi, circa l'esodo delle aziende. E' vero, abbiamo registrato delle delocalizzazioni oppure la realizzazione di nuove unità produttive di aziende altoatesine in altre regioni e in altri Paesi, ma questa è una dinamica che non possiamo costringere o impedire, ma ciò che valutiamo è il saldo finale di questa operazione. Ebbene, abbiamo registrato nel 2002 un saldo attivo di 300 unità, con un incremento dell'1,9.

Anche per quanto riguarda l'interscambio con l'estero abbiamo registrato un aumento del 4,5% per le esportazioni, ed abbiamo registrato anche un aumento delle importazioni del 7,2%. A livello nazionale questi dati hanno registrato un decremento del 2,6 e del 2,8. Anche i fallimenti sono diminuiti, nel 2002, del 10%. Questi dati confortano un giudizio positivo circa la politica della continuità che si è portata avanti nella nostra provincia. E' tutto rosa? No, non sarebbe onesto, corretto e rispettoso dei dati che pure abbiamo voluto far studiare, dei fenomeni che pure abbiamo voluto far seguire, proprio per avere la conoscenza al fine di poter avere momenti decisionali suffragati da attente valutazioni.

Esiste un problema grave rispetto alla nostra forma di scolarizzazione in Alto Adige. Ne ha parlato la collega Kury, e parola per parola non possiamo che sottolinearla. L'ho dichiarato apertamente nell'assemblea degli industriali di Lana di alcune settimane fa quando, facendo riferimento ad uno studio dell'Union Camere, emergeva che nelle previsioni di assunzioni di laureati in Alto Adige, la previsione per il 2003 era il 3,7% di laureati contro il 7,9 a livello italiano. Questo dato corrisponde esattamente alla media di laureati esistenti nella nostra comunità rispetto alla media esistente non solo a livello nazionale ma anche nella media dei paesi europei più sviluppati. C'è una sorta di deformazione, di indirizzo che in qualche maniera dovremo correggere, non certo perché non apprezziamo le forme offerte di impiego, ma perché siamo fermamente convinti che parlando di prospettiva dobbiamo riconoscere che l'istruzione è la condizione più prossima per cogliere le opportunità. E' vero che se dobbiamo ragionare in termini di prospettiva, ed è vero che le scelte di domani si fanno oggi, questo è uno dei temi su cui si dovrà rapidamente agire se vogliamo garantire quella continuità che ci ha garantito il benessere che fino a questo momento più o meno equamente è stato redistribuito nella nostra terra. Stiamo parlando del modo di produrre conoscenza, del modo di diffonderla, del modo di creare istruzione, e quindi scuola, scuola superiore e di formazione, nella nostra terra. E' una spinta che va raccolta, dopo aver dato lo slancio necessario in questa legislatura alla nostra università, dopo aver dato corso all'autonomia scolastica, dopo aver introdotto queste nuove forme, sicuramente tutte da verificare sul campo, ma senza la pretesa di aver capito prima ciò che potrà produrre questo nuovo modo di insegnare e di apprendere le lingue europee. Stiamo spe-

rimentando anche nelle nostre scuole queste nuove forme di insegnamento e di apprendimento delle lingue nostre, oltre almeno ad una lingua europea.

Abbiamo registrato anche nei servizi un andamento dei costi che dobbiamo riportare sotto controllo. Certo rispetto alle opere pubbliche, visto che sono aumentate le responsabilità nella gestione di tutta la rete stradale non solo provinciale ma anche quella statale, sono aumentate anche le opere pubbliche realizzate in questi ultimi anni come nuovi ospedali, nuove strutture culturali, ricreative, di socializzazione, sono aumentate le infrastrutture che in qualche modo contribuiranno ad ingessare il bilancio provinciale, per cui anche la gestione di queste strutture necessiterà di una politica di maggior accortezza, di maggior controllo nella gestione della spesa, così come nella scelta di nuove strutture che nel prossimo futuro si dovranno ancora realizzare.

Abbiamo registrato l'andamento della spesa sanitaria, e non è vero, come ho sentito dire, che non si sono voluti coprire i deficit della sanità. Noi abbiamo una sanità non indebitata, esattamente come il bilancio provinciale continua ad essere un bilancio che non riconosce l'indebitamento come strumento di finanziamento della politica provinciale, esclusa l'ipotesi del grande investimento relativo all'acquisizione delle centrali idroelettriche che per la dimensione non poteva certo essere immaginato come un obiettivo da raggiungersi con l'autofinanziamento. Ma per le analisi fatte si era potuto verificare essere quello un investimento ampiamente alla portata della Provincia con la valutazione del ritorno per gli esercizi futuri. La sanità necessita di un'azione di ottimizzazione della spesa, che non significa non garantire la qualità dei servizi, le prestazioni, significa garantire anche per il futuro risorse destinabili alla produzione di servizi sanitari qualificati, cioè garantire con le scelte di oggi che la spesa futura per la sanità sia ancora una spesa sostenibile, così come fino ad oggi abbiamo potuto farvi fronte senza indebitamento.

Per fronteggiare il problema della casa abbiamo edificato molto. Non c'è provincia con la quale si possa sostenere confronto senza risultarne vincenti rispetto alla quantità di realizzazioni fatte attraverso l'Ipes o quelle che i singoli cittadini hanno potuto portare a termine con l'aiuto pubblico. In termini quantitativi il risultato è senz'altro positivo, e lo è ancor di più se si pensa all'obiettivo 2005 di portare la domanda casa nella provincia di Bolzano a livelli fisiologici, con un programma di 3000 alloggi sociali. Già il 2002 e 2003 hanno registrato stanziamenti che mai avevamo visto nei bilanci provinciali degli anni passati così carichi per quanto riguarda l'edilizia. Siamo sull'ordine di 250 milioni di euro, oltre 500 miliardi di lire. Dal punto di vista qualitativo, però dobbiamo registrare che navighiamo in un mare agitato, in un mare in cui il costo della casa continua ad essere la voce più importante per un tasso di inflazione che per alcuni anni siamo riusciti a contenere, ma che dal termine del 2002 ha ripreso a crescere. I fattori sono noti, l'analisi degli elementi che conducono all'inflazione in parte sono riconoscibili come livello nazionale, ma in parte ci sono caratteristici. Non ultimo è il livello di occupazione e la disponibilità di risorse destinate alla spesa e quindi ai consumi delle famiglie di operai e impiegati, che se anche in Alto Adige a partire da maggio di quest'anno hanno registrato una leggera flessione, dobbiamo dire che il fenomeno a livello europeo è decisamente più pesante di quello

che noi stiamo registrando in questi primi due mesi di stagnazione. Può darsi che sia il prologo ad una inversione di tendenza sull'andamento dei consumi delle famiglie.

Si è parlato della povertà, e qui il concetto delle forbici viene utilizzato continuamente per dire da una parte che si tagliano risorse destinate a migliorare la condizione di vita, in altre circostanze, per usare una metafora, della divaricazione fra chi ha di più e chi ha di meno. In una terra i cui si è fatto molto in termini di servizi sociali, in termini di investimento percentuale sul prodotto interno lordo da destinarsi all'attività di assistenza e sociale in genere, abbiamo ancora molto da fare. Il programma non si è concluso. Semmai siamo chiamati ad una maggiore attenzione perché forse le risorse, se le premesse di maggio e giugno sono quelle che temo, non saranno le stesse che abbiamo potuto registrare in questi anni, quindi maggiore attenzione dovrà essere destinata nella ripartizione delle risorse di bilancio, perché questo lavoro di ripartizione più equa delle risorse destinate proprio alla collettività e quindi anche ai soggetti più deboli non venga a mancare.

Per quanto riguarda l'economia ho detto che i risultati sono decisamente positivi, ma come ho esortato gli industriali nell'assemblea annuale ad archiviare rapidamente questi dati senza innamorarsene, ma di mettere mano immediatamente ad altri aspetti decisionali, perché da quelli avrebbero potuto dipendere gli esercizi futuri, lo dico anche qui. Noi registriamo ancora un basso tasso di investimento nella ricerca e nello sviluppo. Il nostro è un dato totalmente anomalo. In questi 8 anni di attività nell'industria, in particolare negli ultimi cinque anni, ma già nei due anni precedenti come assessore alle finanze e bilancio avevo dato indicazione alla Giunta di modificare radicalmente il sistema di contribuzione a pioggia, per cominciare una qualificazione degli investimenti, mirare obiettivi ben precisi, perché era emerso con chiarezza che il modo di intervenire che ci era stato abituale anche nei decenni precedenti non era più ammissibile, dopo che la legge 4 sull'economia venne riesaminata dall'Unione Europea in quanto nei nostri confronti fu aperta una procedura di infrazione, perché i "de minimis" superavano i limiti imposti dalla concorrenza. Già allora si decise di abbandonare quella strada ma di cercare invece di sollecitare di più l'investimento su un altro tipo di patrimonio aziendale, un patrimonio immateriale che è quello della conoscenza, del sapere, del possesso di brevetti, dell'innovazione delle strategie aziendali, dell'innovazione dell'organizzazione dell'azienda, dell'innovazione del marketing, dell'innovazione del prodotto, e nacque l'accademia di design, oggi Facoltà della nostra università. In questo senso abbiamo introdotto maggiore possibilità di intervento finanziario da parte della Provincia proprio in questi settori dell'azienda. L'aiuto alle consulenze per aggiornarsi, l'aiuto alle esportazioni, l'Indexport, che è un consorzio di aziende altoatesine orientate all'esportazione con un bilancio complessivo di oltre 3 mila miliardi, è cresciuto in maniera interessante. In qualche misura forse proprio organizzazioni come quelle hanno costituito un certo freno, in senso metaforico, nel senso che qui meno si è risentito l'effetto frenata dell'economia europea.

Dobbiamo intervenire ancora. Abbiamo fatto una scelta impegnativa negli anni scorsi con il BIC. Non siamo completamente soddisfatti, del resto questo è un terreno abbastanza inesplorato per molti, e quindi è a rischio di qualche delusione, però dobbiamo registrare che nei primi cinque anni di attività 11 aziende sono uscite e

stanno sulle loro gambe. Cominciano ad avere un fatturato proprio e sono aziende innovative. Undici idee sono entrate nel BIC e sono uscite 11 aziende.

Abbiamo un altro progetto, il parco scientifico e tecnologico. Lo dico per riaffermare una scelta che anche la Giunta provinciale ormai ha fatto per destinare delle risorse, che anche in questo bilancio sono confermate, ma nello stesso tempo non ci nascondiamo la difficoltà di realizzare un centro di conoscenze e di competenze che non vede precedenti nella nostra terra, che vede precedenti per qualche aspetto paragonabile nel vicino Trentino, con luci e ombre, e che non vorremmo in qualche maniera ricalcare almeno per le ombre, e che da questo punto di vista necessita di individuare partner che sappiano consigliarci, aiutarci a non commettere errori, a non disperdere risorse importanti. Un buon aiuto ci sta venendo dalla “Steinbeis-Stiftung” di Stoccarda a cui ci siamo appoggiati per esplorare quali siano i campi in cui il nostro parco scientifico e tecnologico possa sviluppare la ricerca.

E' vero, anche le infrastrutture giocano un loro ruolo importante rispetto all'attrattività di una terra, non solo l'offerta in termini di competenza, di conoscenza, di preparazione, istruzione, ma anche la raggiungibilità, la commerciabilità dei prodotti, la vicinanza anche ai mercati finanziari. In questo contesto la sorte ci ha assegnato una posizione geografica decisamente interessante, nel cuore d'Europa o nelle sue immediate vicinanze, ma ci ha collocati tra i monti dove è più difficile che altrove realizzare un sistema di rete e collegamenti efficiente e capace di soddisfare ampia domanda di mobilità. Noi qui più che altri altrove abbiamo il compito di individuare il modo di preservare l'ambiente, la vivibilità delle nostre comunità, pur garantendo alla nostra terra e ai paesi dell'Unione Europea la possibilità dell'interscambio. Stiamo assumendo decisioni storiche importantissime. Un traforo come quello del Brennero non ha precedenti per dimensioni e tecnologie e ha una sua specifica qualificazione per la tipologia dell'utenza, all'80% merci e al 20% passeggeri. E' l'unica linea ferroviaria in Europa con queste caratteristiche. Abbiamo anche un altro elemento interessante: il valore unitario delle merci trasportate. E' un valore unitario medio-alto, cioè capace di sostenere anche costi di trasporto più gravosi di quelli che si potrebbero avere su altre linee di trasporto, e quindi col tempo capace di restituire lo sforzo finanziario che sarà necessario per poter realizzare quest'opera. E' una linea ad alta capacità, lo confermo e lo rivendico, ricordando le affermazioni della presidente Zendron quando diceva che con eufemismo si era voluto cancellare l'espressione “alta velocità” sostituendola con “alta capacità”, una linea ferroviaria che prevede il transito di 400 treni, di cui 12 saranno treni cosiddetti ad “alta velocità”, ma in salita l'alta velocità dovranno ridurla, mentre 360 treni saranno per il trasporto merci a modulo maggiorato, quindi molto più lunghi e pesanti, è arduo pensare che 12 treni qualifichino la linea e 360 no. Ecco perché confermo si tratta di una linea ad alta capacità.

In questi giorni stiamo definendo, penso che lunedì sarà definitivamente varato, il piano provinciale dei trasporti, che regola tutta la materia dell'offerta trasportistica pubblica della nostra provincia in maniera tale da garantire il diritto alla mobilità dei nostri cittadini, delle nostre merci, ma nello stesso tempo il diritto alla vivibilità delle nostre valli, della nostra comunità. E' un piano trasporti che tiene conto anche delle risorse che vengono impegnate e che non sono rigenerabili, per le quali vi è la

necessità di una maggiore attenzione e responsabilità. Abbiamo raccolto le osservazioni fra gli 86 interlocutori che hanno voluto prendere posizione sul piano trasporti, quindi alcuni comuni, alcune comunità, alcune associazioni. Tutto sommato ne esce un giudizio positivo con osservazioni che in moltissimi casi meritano di essere accolte all'interno del piano trasporti perché meglio chiarificatrici del concetto contenuto, in alcuni casi suggerimenti che si integrano perfettamente con la proposta originale.

Tralasciando alcuni temi che sono stati trattati anche in maniera abbastanza compiuta negli interventi dei colleghi consiglieri, ma che sono richiamati poi negli ordini del giorno o che avranno occasione di essere ripresi nella trattazione dei singoli articoli, vengo invece ad alcuni aspetti di politica più generale che in qualche modo sono stati richiamati in più interventi.

L'Europa. Per la nostra provincia è stata per tanti anni il sogno, il miraggio, il mare grande nel quale in qualche maniera diluire un po' le nostre difficoltà e le nostre pene. Ho ascoltato e preso appunti su alcune osservazioni che in qualche maniera ho sofferto. Non ho seguito con piacere, collega Klotz, quel Suo guardare all'Europa come qualche cosa da temersi come una minaccia rispetto alla nostra condizione, alla nostra prerogativa. Allora non la dovrei vedere in questi termini, se davvero l'Europa in un bilancio più generale per noi costituisse il superamento di una situazione storica che in qualche maniera ci aveva visto soffrire un "meno" di convivenza serena rispetto magari un "più" di disponibilità anche economiche che potevano forse meglio evitarci a decollare verso uno sviluppo vero, più corrispondente alle nostre aspettative. Ma avevamo della sabbia negli ingranaggi, che non ci consentiva di farli scorrere in maniera adeguata, e l'Europa la vedevamo tutti, indipendentemente dal gruppo etnico di appartenenza, come luogo grande dove riuscire al meglio confrontare la nostra situazione con una situazione più generale. Quella visione la dobbiamo conservare, assieme difendere perché quella davvero è la convinzione che consente a noi e alle generazioni future di dare un senso a questa terra che, indipendentemente dalle nostre volontà, vede convivere popolazioni di lingua e cultura diverse, fortunatamente facenti riferimento a ceppi culturali e a lingue appartenenti alla stessa matrice, ma che hanno un destino comune. Rispetto a questo dovremo scoprire le ragioni e l'entusiasmo per lavorare assieme, perché quel miraggio d'Europa non diventi una delusione ma una realtà nella quale far crescere la nostra comunità.

Anche le parole che ho sentito, lo dico con grande rispetto perché capisco che per ognuna di quelle parole vi sia stata dietro riflessione e anche sofferenza, rispetto a questa sperimentazione dell'introduzione dell'italiano nella prima elementare delle scuole di lingua tedesca sono in imbarazzo a risponderLe, lo voglio precisare. In quanto appartenente al gruppo linguistico italiano mi sembra un'interferenza, e di questo voglio chiedere scusa ai colleghi di lingua tedesca prima che io affronti l'argomento e dica l'opinione della Giunta in questo caso, ma sono il portavoce della Giunta, quindi valutatela in questo modo e non come un'interferenza che giudico del tutto inadeguata, non necessaria di un esponente del gruppo linguistico italiano nelle scelte libere della scuola di lingua tedesca. Non entrerò nel merito, perché magari l'occasione ci sarà dove sarà presente la collega Kasslatter Mur che con pieno diritto e

con più argomentazioni sosterrà le ragioni di quella proposta che la Giunta provinciale ha approvato.

Ricordo che qualche settimana fa, trovandoci in una affollata assemblea a Bressanone, la collega Klotz è stata, tra i relatori, una delle più applaudite, apprezzate non solo per la sua capacità personale di attrarre una certa attenzione del pubblico che era prevalentemente di lingua italiana, quindi anche lo sforzo di esprimersi in italiano è stato apprezzato, ma evidentemente ha raggiunto anche l'obiettivo della chiarezza e della comprensione. Non ho sentito gli stessi toni usati ieri qui in Consiglio, anzi, eravamo seduti vicino, seguivo con attenzione quei contenuti, c'era la preoccupazione, ma era senza parole pesanti, che trovava anche la condivisione di un uditorio di lingua italiana, che diceva che certo, la preoccupazione che forse la lingua tedesca non venga appresa subito e nel modo giusto, la dobbiamo avere tutti perché è una ricchezza di tutti, indipendentemente dal gruppo linguistico di appartenenza. Che nella nostra comunità vi sia un uso del dialetto come fosse lingua ufficiale, è un'altra realtà che non dobbiamo nasconderci, che in qualche maniera ha impedito al gruppo linguistico italiano di capire se nelle scuole stava studiando una lingua locale o una lingua diversa. Un po' come quando si studiava il latino però non c'era modo di applicarlo nella realtà se non leggendo qualche lapide tombale antica in qualche cattedrale o le insegne del "tempo degli stivali" scritte sul monumento o in altre piazze della nostra provincia. Quello era il modo di applicare il latino fuori dalle mura scolastiche e dai libri di scuola. In ogni modo il tedesco io l'ho conosciuto così, fino alla terza media. Poi nella scuola superiore si iniziava con l'inglese, quindi il tedesco era studiato come un qualcosa che non si sentiva poi nemmeno al mercato, nei negozi in centro, perché si sentiva una lingua diversa da quella che studiavamo. Ricordo che mia madre mi chiedeva se capivo cosa stavano dicendo, e io rispondevo no, non lo capivo perché era diverso da quello che avevo studiato e letto. Il rischio c'è. Però di fronte ad una paura la reazione non può essere quella di chiudersi, semmai deve essere la reazione da evitare. Apriamoci di più, cerchiamo di capire. Collega Klotz, Lei sa cosa succede? Che alla fine questa possibilità di apprendere bene il tedesco e l'italiano viene negata a chi ha meno mezzi, meno capacità, perché quelli del Suo gruppo linguistico che hanno più mezzi hanno le scuole private dove l'italiano riescono comunque ad apprenderlo, con l'immersione o meno, hanno la possibilità di ospitare durante l'estate altri bambini provenienti dalla Toscana piuttosto che dal Trentino, ma evitando di prenderli dalla provincia di Bolzano, dove pure si parla italiano perfetto, senza accento - nemmeno i toscani possono dire di parlare perfettamente italiano - per il fatto che da noi non esiste un dialetto. Eppure Lei conosce, come le conosco io, famiglie di altoatesini di lingua tedesca che per far imparare l'italiano ai propri figli ospitano per un mese dei ragazzi di altre regioni perché parlino insieme l'italiano. Ma il figlio del contadino ce l'avrà questo contatto? Il figlio dell'artigiano, dell'operaio questa occasione ce l'avrà? Questo è un problema che ci si deve porre. Davvero si è insegnato tedesco nel più breve tempo possibile a partire dalle scuole materne di lingua tedesca, dove non è possibile che si continui ad usare il dialetto come forma comune di comunicazione. Anche lì si deve cominciare a pretendere che l'uso sia quello della lingua standard, perché poi diventi davvero più facile l'incontro con la lingua strutturata, con grammatica, con

pensieri più complessi, a partire anche dalla prima elementare, senza temere questo aspetto. Come ho detto prima, mi fermo qui, è proprio un'esortazione ad allontanare le paure e cercare insieme che non diventino realtà, cioè non a chiudere gli occhi, tutt'altro, ad aprirli affinché quelle paure non diventino davvero una minaccia. In questo senso credo ci sia la disponibilità, l'attenzione da parte di tutta la comunità.

Il collega Leitner ha usato una parola pesante: tradimento nei confronti del Tirolo. In qualche modo avevamo avuto noi la sensazione di sentirci un po' traditi quando, pur intrattenendo ottimi rapporti con i vicini del Tirolo ed il Presidente Van Staa, all'improvviso – stavo viaggiando verso Roma – leggo un'anticipazione di un'agenzia dove si dice che il Governo del Tirolo aveva deciso di chiudere il transito su gomma ad alcuni prodotti, legname, pietre, rottame di ferro ecc. Mi sarei aspettato, esattamente come Lei ha detto, un minimo di dialogo. Uno chiama il cugino vicino e dice: "Sentite, non ce la faccio più con tutto questo legname che mi transita per le strade; cosa vogliamo fare?" Assieme avremmo potuto ragionare, perché avremmo immediatamente fatto presente che noi siamo disponibili che questi viaggino su treno, ma che la devono smettere, le ÖBB, di dare la destinazione finale dei treni carichi di legname a San Candido. E quando abbiamo detto che chiudiamo la stazione di San Candido, hanno spostato a Sillian l'operazione di carico e scarico dal treno alla gomma, perché in val Pusteria continuassero ad arrivare gli autotreni con il legname sopra. Se vogliamo fare i cugini facciamolo, però aiutiamoci! Se il carico di legname viene dalla Polonia o dall'Ucraina, diamogli la destinazione finale, usiamo la tariffa europea, e non che voi usiate la tariffa austriaca per prendervi tutta la quota fissa e non ripartirla con gli altri tratti di linea ferroviaria, e diamo la destinazione finale. E' Bresanone, Bolzano, Trento? Che viaggino sul treno fino a destinazione. Quando si dice che vogliamo far viaggiare di più su treno queste materie, sono loro i primi a dire che a Wörgl hanno un collo di bottiglia, che non ci sono tracce orarie disponibili. Allora che altri treni in più gli mandiamo, quando sono io a chiedere inutilmente che dieci coppie di treni di autostrada viaggiante, che si fermano al Brennero scendano fino a Bolzano, perché quella valle è già tormentata, perché quel viadotto è delicatissimo? Un'autostrada che è stata costruita negli anni 60 non poteva prevedere autotreni del peso di oltre 40 tonnellate affrontare i viadotti lanciati a 110 km/h. Ogni volta che passano da un pilastro ad un viadotto, questo dondola. La prima volta che un calcinaccio cade sulla testa di qualcuno a Colle Inarco piuttosto che a Chiusa, abbiamo chiuso l'autostrada. Costa un occhio della testa la manutenzione. Allora voglio capire, vogliamo provare anche qui ad essere cugini e a far scendere i treni da Brennersee fino a Bolzano, dove c'è uno scalo esattamente simmetrico a quello di Wörgl e che oggi sta liberando l'autostrada dagli 800 ai 1000 autotreni al mese? Noi abbiamo poche tracce, ma quel tanto, nonostante la sfiducia e lo scetticismo di molti, e devo dire anche l'inerzia di alcuni operatori del settore e qualche associazione di settore, un imprenditore privato sta facendo funzionare quella struttura, poco, con dagli 800 ai 1000 veicoli al mese per le tracce orarie che abbiamo, ma la dimostrazione è che è possibile arrivare a Bolzano, scaricare, risalire senza gravare il tratto della val d'Isarco. Allora siamo andati noi a parlare dal presidente austriaco Van Staa, facendo presente che abbiamo qualche mulino che ha problemi di rifornimento di granaglie e che, per poterle avere,

deve farle venire dal Tarvisio. Non so se ha senso far fare il giro del Veneto per poter arrivare con i treni fino all'inizio della Pusteria, che con questo scherzo ci ha messo in difficoltà 232 imprese, nei vari settori, e che forse vale la pena di vedere, in un rapporto fra la vicina Austria e l'Alto Adige che noi qui abbiamo un settore del trasporto che era molto orientato verso nord, che si è stagnato, addirittura in crisi, mentre in Austria si è sviluppata un'industria del trasporto merci che non era mai esistita prima. Comincio a dubitare quanto afferma la collega Kury, che non si collabora per la difesa del territorio alpino. Ma come, noi riduciamo i traffici su gomma e altri sviluppano un'industria su gomma? C'è qualcosa che non mi quadra più. Probabilmente non siamo animati dallo stesso spirito.

Anche la concessione dell'attestato di benemerita al finanziere è un atto positivo da parte di una istituzione provinciale serena, che sa dare un giudizio positivo delle cose avvenute sul proprio territorio. Collega Leitner, siccome conosco la motivazione per averla scritta personalmente, fu questa, ed è la fotografia dei fatti. I primi accertamenti sembrarono assegnare al territorio austriaco il luogo dove fu trovata la salma, tant'è che presso l'albergo alloggiavano, oltre alla gendarmeria, anche alcuni tecnici mandati dal Ministero dei beni archeologici ecc. e dell'università, per seguire le operazioni di recupero. Il finanziere era in ferie. Quando ha letto dai giornali dove era il luogo, un po' per curiosità, un po' per andare a vedere dove era questo posto, amante della montagna, conoscitore della zona, lì maresciallo da tanti anni, si è messo le pedule ed è andato su. Quando è arrivato sul posto, si è accorto che la cosa non era come era apparsa in un primo momento giustificare la rivendicazione austriaca, perché i punti di riferimento indicavano chiaramente che c'era un terzo punto. Sono numerati, quindi tra i due trovati mancava un numero, e i due trovati indicavano con la freccia dove era il terzo. Questa è una tecnica di identificazione perfettamente nota anche ai gendarmi dall'altra parte, che alla contestazione del finanziere – parole sue – non contestarono nulla. Presero atto che c'era anche il terzo piastrino, e pacificamente la questione venne ricomposta. Condivido il fatto che sia stato un bene che ci sia stato l'intervento immediato dell'università di Innsbruck perché la conservazione, le prime esperienze di come preservare, le prime indicazioni alla Montedison, che doveva costruire la cella, nelle caratteristiche che questa doveva avere, erano venute proprio da quella università. Tutto ciò che è avvenuto dopo è stato senz'altro positivo. Però noi oggi dobbiamo registrare che se alcuni milioni di visitatori vengono a Bolzano per visitare questa mummia e il museo, forse in qualche misura lo dobbiamo anche a questo finanziere che ha rinunciato ad un giorno di ferie per andare a dire che forse c'era qualche problemino che era sfuggito. La motivazione dice quindi: "Per aver portato un arricchimento alla cultura del territorio altoatesino". Questa è la motivazione per la quale il presidente della Provincia di Bolzano ringrazia della collaborazione questo finanziere, perché ci ha consentito di registrare, nel nostro patrimonio, un bene prezioso che non possiamo non giudicarlo tale sotto gli aspetti scientifici ed economici.

C'è un aspetto che merita solo qualche battuta, perché deve essere una grossa svista della presidente Zendron, che pure nel comunicato stampa elaborato dall'ufficio stampa del consiglio provinciale ha avuto modo di veder espresso per intero il suo pensiero in uno spazio decisamente ampio. Direi che nelle tre pagine che si

riferiscono all'intervento della Presidente Zendron dai banchi del Consiglio, spicca ad un certo punto la dichiarazione che c'è un aspetto triste rispetto alla collocazione dei soggetti deboli, cioè la collocazione obbligatoria per un posto di lavoro, sostenendo che *“quest'anno non vi è stato nessun avviamento al lavoro per i soggetti che hanno diritto alla collocazione obbligatoria”*. Questa è una dichiarazione evidentemente oggetto di una non informazione adeguata, ma che getta anche una brutta luce, se vogliamo, anche per quel discorso di sensibilità per i soggetti più deboli. Voglio informare il Consiglio con i dati che mi ha fatto pervenire la collega Gneccchi, che nel corso del 2002 ci sono stati 121 avviamenti obbligatori al lavoro, di cui 110 con chiamata nominativa e 11 con chiamata numerica, e che inoltre ci sono stati 110 avviamenti con contratto di lavoro a tempo indeterminato. Quindi non vi è stata inerzia rispetto alla collocazione obbligatoria, come viene dichiarato, ma vi è stata invece un'attività costante da parte dell'assessorato al lavoro.

Anche qui devo forse ricordare, per memoria storica, non certo per polemica, al collega Holzmann, che non vi è stata tanto la corsa alla richiesta di competenze dallo Stato alla Provincia autonoma, ma vi è stata una combinazione di fatti. Non è del tutto vero e credo che storicamente sarebbe bene riposizionare la questione. Il primo governo Berlusconi disse a chiare lettere che la nostra autonomia, assieme alla regione val d'Aosta - non si capisce perché il Friuli, la Sardegna e la Sicilia in quell'occasione vennero lasciate fuori - avrebbe dovuto concorrere alla riduzione delle spese pubbliche, per cui da subito dovevamo prenderci in carico la sanità sul nostro bilancio e quindi uscire dalla contabilità dello Stato, era il 1994, ma che altri interventi si sarebbero dovuti fare. Noi dicemmo che per quella che era la nostra cultura, avremmo preferito farci carico di compiti piuttosto che di riduzione di risorse. In questo contesto accettammo l'idea di farci carico di alcune competenze. E' vero che l'abbiamo chiesto, ma anche a fronte di una sorta di pressione, nel senso che queste erano le condizioni. Non ci dobbiamo meravigliare se nel darci le strade statali abbiamo dovuto accontentarci di risorse decisamente inferiori a quelle necessarie. Anche perché ci è andata bene che ci è stata accettata la mediazione che anziché trasferire le risorse spese nell'ultimo anno, ed erano anni di miseria, abbiamo ottenuto la media degli ultimi tre anni. Ad oggi non abbiamo ancora incassato una lira.

Per quanto riguarda la scuola, anche lì avvenne la stessa cosa, con una stranezza. La scuola per la Provincia di Trento è stata proprio una competenza passata alla Provincia, per la Provincia di Bolzano stranamente una delega. Ma come delega dovrebbe essere completamente finanziata dallo Stato, invece lo Stato ci assegnò i 375 miliardi che aveva in conto di bilancio quell'anno. Tutti gli aumenti successivi e quant'altro ce li stiamo sobbarcando.

Probabilmente oggi non si farebbe più una scelta di quel tipo, visto che i trasferimenti non siete stati capaci di concordarli adeguati alle spese. Diciamo che quello è stato un compromesso, possibile da una parte, rispetto ad una azione del Governo che con la sanità era stato immediato. Nel giorno stesso della riunione Stato-Regione - ero presente io - in cui venimmo a conoscenza di questa strategia del Governo di ridurre le risorse per le autonomie, avemmo la notizia che la sanità usciva dal bilancio dello Stato per le province di Trento, Bolzano e val d'Aosta ed era totalmente a

carico dei bilanci provinciali. Immediatamente siamo corsi al riparo per il resto, per vedere che non ci cadesse addosso alla stessa maniera.

Per quanto riguarda la Merano-Malles, mi rendo conto che essa è diventata un tema elettorale, quindi non ho nessuna presunzione di riuscire a far cambiare idea. Concordo sul fatto che sarà un'attività in deficit, come lo è tutto il trasporto pubblico in tutto il mondo, escluso il trasporto merci negli Stati Uniti. Questo lo aggiungo a quanto detto prima sull'asse del Brennero, che ha prevalente trasporto merci, tant'è che le uniche compagnie ferroviarie quotate in borsa sono le compagnie americane che trasportano solo merci. Ebbene, anche questa sarà un'attività in deficit come lo è il trasporto pubblico in generale dappertutto, però è anche vero che si tratta di una infrastruttura necessaria in un momento culturale in cui si stanno intravedendo tutte queste scelte che sono state fatte negli anni 70, perché prevaleva il concetto del motore, delle strade, delle autostrade ecc., e negli anni 80 per tentare di salvare il salvabile dei bilanci delle Ferrovie dello Stato, per cui tutto ciò che in qualche maniera gravava di più veniva tagliata. Oggi tutte queste posizioni sono sotto critica diffusa, perché infrastrutture ferroviarie si stanno riscoprendo un po' dappertutto e chi le ha perse le vorrebbe volentieri ripristinate. Sono opere costosissime, su questo non c'è ombra di dubbio, però lasciare 30.000 abitanti in una valle come la val Venosta, lunga 60 km, con indici economici che non assomigliano a quelli che vi ho letto prima, che sono la media provinciale, saremmo un'amministrazione poco accorta se non tentassimo il tutto per tutto di riequilibrare, laddove è possibile, queste situazioni. Lo facciamo strutturando, facendo le circonvallazioni in galleria, tentando di migliorare i collegamenti stradali, aiutando le infrastrutture del turismo come gli impianti di risalita, mentre non lo facciamo in val Gardena e in val Badia. Capisco che il collega Willeit si lamenti, però oltre le valli ladine ci sono anche altri territori. Non posso accettare l'atteggiamento di chi dice: come si fa a stabilire che un paese sia sottosviluppato e l'altro sia più sviluppato, ma non si tiene conto che quello più sviluppato ha maggiori costi per gli affitti, per il caro vita ecc.? Cosa facciamo, ci mettiamo ad aiutare anche i paesi più avanzati? E il pane da dove lo leviamo? Dalla tavola di quelli che ne hanno di meno? Credo sia necessario trovare le forme di intervento. Devo dire con soddisfazione che quell'opera era stata ben preventivata, e laddove avevamo avuto una maggiore spesa, fra l'altro anche modesta, l'abbiamo avuta per scelte che abbiamo fatto successivamente, di acquistare più treni perché l'offerta che ci veniva fatta era vantaggiosa, per cui acquistando due treni in più ce ne veniva fuori quasi uno gratuito su tutto l'acquisto generale. Noi ne avevamo cinque in ordine e tre in opzione, poi abbiamo deciso di ordinarne sei lasciandone due in opzione, la casa svizzera ci ha detto che se li prendevamo tutti e otto in un colpo per loro andava meglio perché avevano la linea montata. Non ci addebitavano i costi di impianto, di progettazione e una serie di cose degli altri tre treni. Con l'occasione abbiamo sviluppato anche altre cose, come la posa del cavo a fibre ottiche per tutta la linea. Realizzando l'opera adesso ci costa meno che non farlo in un secondo tempo. Abbiamo realizzato anche alcuni interventi di risanamento lungo la linea rispetto a condotti e canali che erano stati fatti nella massicciata non sempre in modo ortodosso. Abbiamo trovato, ispezionando la situazione, che qualcuno aveva fatto anche dei ponticelli abusivi. Abbiamo risistemato un po'

tutto il percorso e non ci siamo allontanati di granché dalle spese previste. Non raggiungiamo il 10%, e su un intervento di quelle dimensioni si può dire che siamo stati attenti e oculati.

Credo di aver dato giusta e legittima risposta alle richieste dei colleghi. Se qualche cosa mi è sfuggito, si può riferire agli ordini del giorno e agli articoli della legge finanziaria, quindi in quell'occasione, se mi sarà fatto presente, cercherò di ritornare sull'argomento ad integrazione di questo mio intervento.

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

PRESIDENTE: Prima di passare alla votazione per il passaggio alla discussione articolata dei due disegni di legge, trattiamo gli ordini del giorno presentati dai consiglieri ai sensi dell'articolo 92 del regolamento interno.

Ordine del giorno n. 1, presentato dal consigliere Pöder, che tratta dell'assicurazione di cura. Chiedo al collega Urzì, visto che Mauro Minniti non è presente, se dato che sono stati presentati altri due ordini del giorno, il n. 9 e il n. 29, che trattano lo stesso argomento, possiamo trattarli insieme.

PÖDER (UFS): Ich habe damit kein Problem, aber ich habe ein anderes Anliegen, zumindest was unsere Anträge betrifft. Ich weiß nicht, wie es mit den anderen Einbringern ausschaut. Ich hätte gerne, dass bei der Behandlung der Anträge, die wir eingebracht haben, der zuständige Landesrat oder die zuständige Landesrätin anwesend ist. Die Geringschätzung des Landtages durch die Landesregierung haben wir in den letzten Tagen bereits zu spüren bekommen und gesehen. Ab und zu, speziell zum Schluss der Generaldebatte hin, war der Finanzlandesrat mehr oder weniger allein, aber auch nicht immer anwesend.

PRESIDENTE: Da parte del consigliere Pöder non ci sono problemi a trattare assieme gli ordini del giorno.

La parola al consigliere Urzì sull'ordine dei lavori.

URZÌ (AN): Sono anch'io uno dei firmatari degli ordini del giorno che ha citato prima, quindi a nome del gruppo dico che preferiremmo trattarli separatamente.

PRESIDENTE: Vi leggo l'ordine del giorno n. 1.

Ordine del giorno n. 1, presentato dai consiglieri Pöder e Klotz, concernente la copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz, betreffend die Pflegeversicherung.

Copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza

La coalizione di governo ha ripetutamente promesso di introdurre ancora in questa legislatura la copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza. Alcune settimane fa questo progetto era stato ufficialmente accantonato e rappresentanti della Giunta provinciale avevano annunciato che la relativa legge non sarebbe più stata presentata.

Tale decisione ha suscitato aspre critiche da varie parti e alla fine la Giunta provinciale e la maggioranza in Consiglio provinciale hanno deciso di presentare il disegno di legge per l'introduzione della copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza, sperando e ben sapendo che almeno un gruppo consiliare avrebbe fatto ostruzionismo contro questo disegno di legge.

L'introduzione della copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza è un importante obiettivo in materia di politica sociale da conseguire quanto prima.

Tuttavia il disegno di legge presentato dalla Giunta provinciale contiene una serie di disposizioni che vanno modificate. Inoltre adotta per buona parte un modello che in Germania funziona poco e si sta rivelando fallimentare.

Il disegno di legge presentato in Consiglio provinciale prevede come finalità principale l'introduzione di una tassa assistenziale, ma considerato lo squilibrio delle disposizioni in esso contenute è lecito dubitare della finanziabilità e del funzionamento a lungo termine di questa copertura assicurativa.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera quanto segue:

1. Il Consiglio provinciale si dichiara in linea di principio favorevole ad introdurre ancora nella corrente legislatura la copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza.

2. A tale scopo la relativa legge dovrebbe prevedere quanto segue:

a) Il contributo obbligatorio a carico del cittadino non deve superare i 70 euro a persona e all'anno.

b) Il contributo obbligatorio dovrebbe essere detraibile dalle imposte.

c) I comuni dovranno contribuire alla copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza nella misura del 6,3 per cento degli stanziamenti a favore della finanza locale iscritti nell'annuale assestamento di bilancio.

d) Va istituito un registro dei fondi assicurativi privati, dal quale i cittadini possano scegliere un'alternativa privata al fondo pubblico.

e) Ad ogni cittadino va data una polizza assicurativa a copertura dei rischi di non autosufficienza.

f) L'entrata in vigore del disegno di legge per la copertura assicurativa dei rischi di non autosufficienza è prevista per il 1° gennaio 2004.

g) La determinazione del contributo obbligatorio nonché l'adozione di eventuali aggiornamenti e modifiche spettano esclusivamente al Consiglio provinciale nel quadro dell'annuale legge finanziaria.

Pflegeversicherung

Die Landesregierungscoalition hat wiederholt versprochen, die Einführung der Pflegeversicherung noch in der laufenden Legislatur vorzunehmen. Vor einigen Wochen wurde dieses Unterfangen offiziell fallen gelassen, Vertreter der Landesregierung kündigten an, das Pflegeversicherungsgesetz nicht mehr vorzulegen.

Nach heftiger Kritik von verschiedenen Seiten entschlossen sich Landesregierung und Landtagsmehrheit doch, den Gesetzentwurf zur Einführung der Pflegeversicherung vorzulegen, in der Hoffnung und wohl auch im Wissen, dass zumindest eine politische Fraktion im Landtag Obstruktion gegen den Pflegeversicherungsgesetzentwurf betreiben wird.

Die Einführung der Pflegeversicherung ist ein wichtiges sozialpolitisches Vorhaben, das unverzüglich in die Tat umgesetzt werden soll.

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf beinhaltet jedoch eine Reihe von Bestimmungen, die geändert werden müssen. Er übernimmt zudem weitgehend ein Modell, das bereits in der Bundesrepublik Deutschland kaum funktioniert und vor dem Scheitern steht.

Der dem Südtiroler Landtag vorgelegte Entwurf zum Pflegeversicherungsgesetz hat als Hauptpunkt die Einführung einer Pflegesteuer zum Ziel, Finanzierbarkeit und langfristiges Funktionieren der Pflegeversicherung dürfen angesichts der unausgewogenen Bestimmungen im Gesetz angezweifelt werden.

*Dies vorausgeschickt,
beschließt*

DER SÜDTIROLER LANDTAG:

1. Der Landtag spricht sich grundsätzlich für die Einführung der Pflegeversicherung noch in der laufenden Legislatur aus.

2. Dabei sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

a) Der Pflichtbeitrag der Bürger darf nicht höher als 70 Euro pro Kopf im Jahr sein.

b) Der Pflichtbeitrag sollte steuerlich absetzbar sein.

c) Die Gemeinden leisten im Umfang von 6,3 Prozent des Bereiches Lokalfinanzen im jährlich berichtigten Landeshaushalt ihren Beitrag zur Pflegeversicherung.

d) Es wird ein Register zugelassener privater Pflegeversicherungsfonds angelegt, aus welchem die Bürger eine private Alternative zum öffentlichen Fonds wählen können.

e) Jeder Bürger erhält eine Pflegeversicherungspolizze.

f) Das gesamte Pflegeversicherungsgesetz tritt mit 1. Jänner 2004 in Kraft.

g) Die Höhe des Pflichtbeitrages und allfällige Anpassungen und Änderungen beschließt nur der Landtag mit jährlichem Finanzgesetz.

La parola al consigliere Pöder per l'illustrazione.

PÖDER (UFS): Um es vorwegzunehmen, beantrage ich gleich die getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen und dem beschließenden Teil, im beschließenden Teil die getrennte Abstimmung von Punkt 1 und Punkt 2 und im Punkt 2 des beschließenden Teiles die getrennte Abstimmung über jeden einzelnen Buchstaben. Das ist ein Antrag, den ich hier stelle.

Warum dieser Beschlussantrag? Ganz einfach deshalb, weil sich die Mehrheit des Landtages aus der Verantwortung schleichen will, die sie mit den Versprechungen vor den letzten Wahlen und auch mit den Versprechungen im Koalitionsprogramm den Wählerinnen und Wählern, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gegeben hat, nämlich in dieser Legislatur die Pflegeversicherung einzuführen. Ich weiß, dass nicht mehr viel Zeit bleibt. Es ist aber nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Mehrheit der Landesregierung, die nicht imstande war, im Laufe dieser

Legislatur rechtzeitig ein Pflegeversicherungsgesetz, das den Namen auch verdient, dem Landtag vorzulegen. Man war zwar imstande, 20 Änderungen am Landesraumordnungsgesetz zur Befriedigung der eigenen Klientel vorzulegen und auch zu beschließen, man war aber nicht imstande, ein wesentliches, sozialpolitisches Gesetzeswerk dem Landtag zu präsentieren. Aus dieser Verantwortung darf die Landesregierung nicht entlassen werden. Es darf schon allein aus politischem Anstand nicht wieder eine Legislatur zu Ende gehen, ohne dass diese sozialpolitisch wichtige Maßnahme eingeführt wird. Das zum einen.

Auch im Punkt 1 des beschließenden Teiles des Antrages haben wir die grundsätzliche Zustimmung des Landtages, also eine Selbstverpflichtung des Landtages zur Genehmigung eines Pflegeversicherungsgesetzes noch in dieser Legislatur. Mir ist schon klar, dass dann immer noch der Gesetzentwurf selbst definitiv auch behandelt und genehmigt werden sollte oder muss, aber eine Selbstverpflichtung des Landtages, dass man prioritär dieses Gesetzeswerk, bei allen unterschiedlichen inhaltlichen Auffassungen, behandeln soll oder will, ist wichtig. Es ist zu billig für alle in diesem Landtag, für Mehrheit und Opposition, zu sagen: "Nun gut, hier sind einige Dinge enthalten, die so nicht beschlossen werden könnten". Für die Opposition wäre es einfach gewesen zu sagen: "Wenn die Landesregierung das Gesetzeswerk nicht mehr vorlegen will, dann soll sie es nicht mehr vorlegen. Dann kommt in dieser Legislatur wenigstens die Pflegesteuer von 180 € pro Kopf im Jahr nicht mehr zum Tragen". Es wäre und ist zu einfach zu sagen, lassen wir das alles auf die nächste Legislatur. Wir sollten wenigstens eine wichtige sozialpolitische Maßnahme in dieser Legislatur beschließen und nicht nur Gesetze und Gesetzchen, die Klientel und irgendwelche Lobbys befriedigen, beschließen. Diese Legislatur war vor allem eine Lobbybefriedigungslegislatur, wenn man eine solche Wortschöpfung einmal in den Raum stellen darf, und nicht eine Legislatur, in der die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vom Gesetzgeber, von der Mehrheit des Landtages berücksichtigt wurden.

Der Gesetzentwurf über die Pflegeversicherung ist selbstverständlich sehr umstritten, und ich hoffe auch innerhalb der Mehrheit sehr umstritten. Deshalb darf er aber nicht noch einmal auf die lange Bank geschoben werden. Es mag umstritten sein oder die Summen mögen umstritten sein, die vom Land beigeschossen werden. Es mag umstritten sein, wie hoch letztlich der Pflichtbeitrag für die Bürger ausfallen kann oder soll. Gerade deshalb müssen wir vor den Wahlen hergehen und uns an den Versprechungen und Versprechen messen lassen, um den Wählerinnen und Wählern vor den Wahlen zu sagen, was zum Schluss in einem solchen Gesetz stehen wird. Ansonsten würden sie, gerade was diese Maßnahme angeht, bei den Wahlen am 26. Oktober eigentlich die Katze im Sack kaufen oder wählen müssen. Sie haben das Recht zu wissen, ob eine neue Steuer eingeführt wird, um Löcher des Haushaltes zu stopfen, oder ob eine Pflegeversicherung eingeführt wird.

Derzeit hat die Landesregierung nicht ein Pflegeversicherungsgesetz, sondern ein neues Steuergesetz im Landtag eingebracht. Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht, um klarzustellen, welche Punkte wir in einem Pflegeversicherungsgesetz für wichtig erachten. Aus der Auflistung von Punkten im zweiten Absatz des beschließenden Teils will ich nur einen herausgreifen, und das ist das Inkrafttreten. Wir sind

der Meinung, dass das gesamte Pflegeversicherungsgesetz wenschon ab 1. Jänner 2004 in Kraft treten sollte, wenn es noch in dieser Legislatur abgeschlossen werden sollte. Nicht die Einhebung der Steuer ab 1. Jänner 2004, aber die Pflegeversicherung selbst ab 1. Jänner 2005. Das ist natürlich eine ganz tolle politische und steuerpolitische Maßnahme, wenn man zuallererst ein Jahr lang, ohne Begünstigungen für die Bürger zu schaffen, mit dem Vorwand Geld einhebt, dass man den Fonds erst aufbauen muss, den man aber auch mit den Geldern des Landes und der Region aufbauen könnte, und dann erst ein Jahr später, wenn man einmal ein Jahr lang Geld eingehoben hat, um Löcher im Haushalt zu stopfen, lässt man die Pflegeversicherung anlaufen. Das ist nur ein einziger Teil, der hier herausgegriffen werden soll. Grundsätzlich soll aber in dieser Legislatur die Pflegeversicherung eingeführt werden.

MINNITI (AN): Alleanza Nazionale ha espresso in commissione in diversi modi, linguaggi regolamentari e verbali, la propria contrarietà all'approvazione di una legge quale quella che tratta l'ordine del giorno del collega Pöder. Abbiamo espresso appunto sia dei motivi metodologici che non ci sono piaciuti, sia dei motivi sostanziali, per cui la cosiddetta tassa per la vecchiaia non può trovare, nello stato in cui è stata presentata, l'approvazione da parte di Alleanza Nazionale. Di conseguenza anche l'ordine del giorno dei consiglieri Klotz e Pöder nei quali si esprime in linea di principio favorevolezza nei confronti di questo disegno di legge non può trovare il nostro assenso. Non vorrei stare a disquisire sulla natura della nostra posizione. Alleanza Nazionale ha dichiarato come sia ingiustificata questa tassa, scriteriata e anche beffarda, una tassa in base alla quale l'operaio e il dipendente pubblico pagherà quanto un albergatore e un politico di professione. La riteniamo ingiustificata in una provincia come la nostra dove si beneficiano di quasi dieci mila miliardi di vecchie lire in bilancio. La riteniamo inquinata perché pone sullo stesso piano delle realtà socio-economiche assai diverse. La riteniamo scriteriata perché è un onere che viene aggiunto alle famiglie altoatesine nel momento in cui non si ha un quadro completo di quante siano le famiglie che necessitano di questo intervento. Lo abbiamo accertato dalla lettura della relazione accompagnatoria a questo disegno di legge.

Ho voluto ricordare solo questi quattro aspetti, ritenendo comunque che nella prossima legislatura si dovranno fare degli approfondimenti su questo disegno di legge, con la partecipazione di tutti, per cercare di comprendere l'effettiva necessità di questo passo e quindi anche l'effettiva adeguatezza del provvedimento.

Alleanza Nazionale non può quindi essere d'accordo con l'ordine del giorno. Riteniamo che se un contributo deve essere versato dalle famiglie questo deve essere associato al reddito, non per fasce come è stato indicato, una relativa a sotto il minimo vitale, una relativa a sotto l'1,5 più del minimo vitale, e una superiore all'1,5 del minimo vitale. Se un calcolo deve essere fatto, bisogna fare una valutazione assai diversa, tipo quella che viene utilizzata a livello fiscale, con degli scaglionamenti reali, corretti, sinceri, che tengano in considerazione le capacità economiche reali delle famiglie, che non equiparino quindi l'operaio e il dipendente pubblico all'albergatore e al politico di professione. Per questi motivi, e anche per altri, Alleanza Nazionale non può dare il suo assenso all'ordine del giorno in discussione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich kann mich grundsätzlich einverstanden erklären, dass noch in dieser Legislatur die Pflegeversicherung einzuführen ist. Mittlerweile wissen wir aber, dass das nicht geschehen wird. In diesem Zusammenhang darf ich nur daran erinnern, dass am 9. Jänner 2001, also vor zweieinhalb Jahren, ein Beschlussantrag des Unterfertigten zur Einführung der Pflegeversicherung und nicht zur Pflegesteuer behandelt wurde. Ich kann mich gut daran erinnern, was damals die Argumentation von Seiten der Landesregierung war, warum sie nicht eingeführt werden konnte. Landesrat Saurer hat damals gesagt: *"Das Anliegen ist mehr als berechtigt, aber die politische Umsetzung ist ein Problem. Im Regionalrat wurde das sogenannte deutsche Modell abgelehnt, und um die Pflegeversicherung einzuführen, braucht es eine Durchführungsbestimmung"*. Das war die Antwort Ihrerseits, Herr Landesrat Saurer, die Sie am 9. Jänner 2001 in diesem Saal auf einen entsprechenden Beschlussantrag meinerseits gegeben haben! Die Thematik ist nicht nur nicht neu, sondern schon sehr, sehr alt. Wir wissen auch, dass die Einführung der Pflegeversicherung so lange hinausgezögert worden ist, weil es innerhalb der Volkspartei keine Einigung gegeben hat. Man sollte jetzt bitte nicht hergehen und sagen, wer immer von der Opposition verhindern möchte, dass die Pflegeversicherung eingeführt wird, ... Wenn man mit solchen Märchen aufmarschiert, dann werden wir Euch Eure eigenen Aussagen vorhalten müssen, und vor allem die Diskussionen, die Ihr auch über die Öffentlichkeit, über die Medien geführt habt, das heißt auf der einen Seite die Arbeitnehmer und auf der anderen Seite die Wirtschaftsvertreter. Im Zusammenhang mit dieser Pflegeversicherung hat es innerhalb der SVP ein Messerstechen gegeben, weshalb sie immer wieder auf die lange Bank geschoben worden ist. Es ist ausschließlich der SVP zuzuschreiben, dass die Pflegeversicherung bisher nicht wirksam geworden ist. Das müssen die Leute wissen. Jetzt herzugehen, weil man vielleicht von Seiten der Opposition einige Änderungen daran vornehmen möchte, und uns dann womöglich die Schuld zu geben, dass wegen der Opposition die Pflegeversicherung nicht kommt, wäre das höchste der negativen Gefühle. Das sollte man sich nicht erdreisten zu tun.

Wir haben von allem Anfang an gesagt, dass es nicht zu einer Pflegesteuer, sondern zu einer Pflegeversicherung kommen soll. Bei der Pflegeversicherung verstehe ich, dass es einen Kapitalisierungsfonds gibt, in den eingezahlt wird und von dem dann derjenige, der im Alter pflegebedürftig wird, etwas bekommt. Dazu braucht es aber eine Polizze. Diese Forderung ist im Beschlussantrag enthalten. Auf der Tagesordnung des Landtages haben wir einen Beschlussantrag aufliegen. Die Forderung, die wir Freiheitlichen eingebracht haben, ist sicherlich in einigen Punkten enthalten, das grundsätzliche Anliegen ist aber dasselbe. Ich sage, die Finanzierung muss über die Kapitalisierung eines entsprechenden Fonds erfolgen, der aus Beiträgen der Versicherten, der Unternehmen und der öffentlichen Hand zusammengesetzt wird. Ich verstehe zum Beispiel nicht, wieso man die Gemeinden heranziehen soll, die dann wieder zum Land gehen und irgendwelches Geld verlangen. Diesen Gedankengang verstehe ich nicht. Die Beitragshöhe für die Versicherten und für die Unternehmen ist in Absprache mit den Sozialpartnern festzulegen, wobei der Beitrag für die Versicherten

nicht höher als 10 € monatlich sein darf. Das würde, nach unserem Vorschlag, maximal 120 € im Jahr bedeuten.

Ich sage noch etwas dazu, und das ist eine Bedingung, die wir immer aufgestellt haben: Mit der Einführung der Pflegeversicherung muss die Kostenbeteiligung, das Ticket auf Spitalsaufenthalte abgeschafft werden. Jetzt zusätzlich eine neue Steuer – wie es die Landesregierung plant, ist es eine Steuer – einzuführen, ist nicht nur nicht sinnvoll, sondern unangebracht und mit aller Entschiedenheit abzulehnen. In meinem Beitrag zur Generaldebatte habe ich bereits gesagt, wie stark die einfachen Löhne derzeit belastet sind und wie wenig die Familien und auch Einzelpersonen in diesem Land übrig haben zu leben. Das sollte man nicht abkoppeln. Das ist eine Gesamtdiskussion. Die Verarmung habe ich bereits erwähnt. Eine Pflegeversicherung einfach als Steuer einzuführen, ist schlechte Politik und auch sozial unverträglich.

Zur Diskussion, ob man einen einheitlichen Beitrag einheben oder ob man es nach Einkommen staffeln sollte, Folgendes. Wenn es im wahrsten Sinne des Wortes eine Pflegeversicherung ist, dann muss der Beitrag einheitlich sein. Dazu braucht es aber eine Polizzi, was überhaupt keine Frage ist.

SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):

Erstens muss ich die Behauptung zurückweisen, dass mit Ausnahme der Urbanistik wenig passiert ist. Was meinen Bereich anbelangt, haben wir das gesamte Gesundheitswesen durch ein Gesetz, das uns eine bestimmte Zeit beschäftigt hat, neu geordnet. Zweitens haben wir die Verfassung der Betriebe mit der gesamten Buchhaltung, mit dem gesamten Rechnungswesen umgestellt. Drittens haben wir die Grund- und Ausbildung des Gesundheitspersonals auf eine neue Grundlage gestellt. Wir haben den Sozial- und den Gesundheitsplan verabschiedet. Wir sind dabei, entsprechende Bilanz zu ziehen. Darauf möchte ich hinweisen. Es ist nicht so, dass man sich nur mit Dingen beschäftigt hat, die in Richtung urbanistische Veränderungen bzw. rund um die Wirtschaftsförderung gegangen sind.

Gut und gerne könnten wir den Gesetzentwurf noch verabschieden. Dafür hätten wir noch genügend Zeit. Nur ist man in vier Kommissionssitzungen keinen Schritt weitergekommen, wobei wir noch einige Sitzungen einschieben wollten. Die Praxis des Landtages ist eine andere. Wenn der Wille besteht, dieses Gesetz zu machen, dann haben wir dafür noch genügend Zeit. Wenn die Obstruktionsstrategie von Alleanza Nazionale weitergeführt wird, dann lassen die Delegierungen im Regionalrat grüßen. Wenn bewusst Obstruktion betrieben wird, dann machen wir bei dieser Geschäftsordnung dieses Gesetz wahrscheinlich auch in einem Jahr nicht. Ich glaube, die Mehrheit will dieses Gesetz und hat um dieses Gesetz gerungen. Es ist ein Kompromiss erzielt worden. Nachdem der Wille besteht, dieses Gesetz zu machen, könnten wir es auch machen.

Die Beurteilung, ob wir im September oder im Oktober damit durchkommen, ist eine andere Sache. Wenn man sieht, in welcher Windeseile im italienischen Parlament Gesetze mit einer Geschäftsordnung, die eine ganz andere ist, durchgepeitscht werden, dann wundert es einen nicht, dass man hier um jeden Preis irgendetwas verhindern will, was eine große soziale Dimension hat. Wir haben alle Vorausset-

zungen geschaffen. Es hat längere Zeit gebraucht, die Durchführungsbestimmungen in Rom durchzubringen. Mit dem deutschen Modell, glaube ich, wären wir in der Region gut gefahren. Wir sind auch im Plenum gewesen. Wir haben, wie gesagt, richtigerweise entschieden, unsere Kompetenzen auszunützen. Dafür hat es die Durchführungsbestimmung gebraucht. Aufgrund der Durchführungsbestimmung ist dann der Entwurf erarbeitet und verabschiedet worden. Darauf hat man sich bereits im Vorjahr in der Klausurtagung in Goldrain geeinigt, und der Entwurf ist dann adaptiert worden.

Wenn, wie gesagt, ein Minimum an Wille bestehen würde, den Gesetzentwurf noch zu verabschieden, ... Wir beurteilen nur realistisch, was passieren kann, wenn diese Obstruktionstaktik weitergeführt wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Arzt, die Krankenschwester, die Medikamente, die Einbehelfe vom Gesundheitswesen zu bezahlen sind, und das wird auch dieser Gesetzentwurf nicht ändern. Dass aber die soziale Pflege zu Lasten des Gesundheitswesens geht, ist nirgends in Europa der Fall. Wir haben auch die soziale Pflege in das Gesundheitswesen übernommen, natürlich immer vertrauend, dass irgendwann einmal dieser Gesetzentwurf durchgeht. Wir haben diese soziale Pflege, was an sich Gegenstand der Pflegeversicherung wäre, über das Gesundheitswesen übernommen. Die ganze Betreuung kostet uns 25 Millionen Euro, 50 Milliarden Lire. Zu diesem Zweck möchten wir das Gesetz zur Pflegeversicherung verabschieden, weil es auch richtig ist. Das Gesundheitswesen ist bereits genug belastet, deshalb soll alles, was mit dem Gesundheitswesen im engeren Sinn nichts zu tun hat, durch andere Dinge abgesichert sein. Zur Zeit ist es abgesichert, weil das Gesundheitswesen auch die soziale Pflege übernommen hat, und der einzelne mehr oder weniger nur Kosten und Logie zu bezahlen hat. Wenn im Schnitt der einzelne mit Kosten und Logie noch 1.300 € im Monat zu bezahlen hat, dann werden es mit Einführung der Pflegeversicherung 650 € sein, was im Interesse des einzelnen ist. Es ist unverantwortlich, sich gegen die Pflegeversicherung auszusprechen, weil das, wie gesagt, mit dem Gesundheitswesen nichts zu tun hat.

Ich glaube, dass 180 € bezahlt werden können, wenn zwei Drittel der Ausgaben von der öffentlichen Hand aufgebracht werden und davon 150 Mitbürgerinnen und Mitbürger ganz befreit sind und weitere 20.000 oder 30.000 nur die Hälfte bezahlen. Wenn die Zusammensetzung der Familie, was in Deutschland nicht der Fall ist, entscheidend ist, ob ich viel, die Hälfte oder gar nichts bezahle, dann ist das Ganze sehr familienfreundlich. Ich glaube, das Projekt kann gut gehen. Natürlich hat jeder von uns eigene Vorstellungen. Die Politik ist aber einfach so, dass man sich irgendwann einmal auf einen Kompromiss einigen und diesen auch durchziehen muss.

Ich würde sagen, dass das Ganze sozialverträglich und familienfreundlich ist. Ich denke, dass sich im September letztendlich entscheiden wird, ob wir noch genügend Zeit haben, damit weiterzukommen. Auf jeden Fall sind alle aufgefordert, mitzutun. Wenn aber diese Obstruktionspolitik fortgeführt wird, dann ist die Beurteilung von unserer Seite so, dass man, wenn man mit dem Gesetz zur Pflegeversicherung nicht weiterkommt, den Gesetzentwurf über die Einrichtung der Vorschußstelle über die Bühne bringt und dann gleich zu Beginn der nächsten Legislatur den Gesetzentwurf über die Einführung der Pflegeversicherung wieder auf die Tagesordnung setzt.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'ordine del giorno n. 1 per parti separate come richiesto dal consigliere Pöder.

Votiamo le premesse. Prego uno dei segretari questori di contare, perché la consigliera Klotz ha chiesto la verifica del numero legale. Le premesse vengono respinte con 5 voti favorevoli, 17 voti contrari e 1 astensione.

Metto in votazione il punto 1 della parte impegnativa: respinto con 5 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera a) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 7 voti favorevoli, 3 astensioni e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera b) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 4 voti favorevoli, 5 astensioni e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera c) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 3 voti favorevoli, 6 astensioni e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera d) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 7 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera e) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 7 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera f) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 4 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Metto in votazione la lettera g) del punto 2 della parte impegnativa: respinta con 5 voti favorevoli, 3 astensioni e i restanti voti contrari.

L'ordine del giorno n. 1 nel suo complesso è respinto.

Ordine del giorno n. 2, presentato dai consiglieri Pöder e Klotz, concernente il blocco delle assunzioni nell'amministrazione provinciale.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz, betreffend den Personalaufnahmestopp in der Landesregierung.

Blocco delle assunzioni nell'amministrazione provinciale

Attualmente i dipendenti dell'amministrazione provinciale sono all'incirca 10.000.

Tale cifra non comprende gli insegnanti (più o meno altri 8.000 dipendenti) e le unità sanitarie ovvero aziende sanitarie.

*Ne risulta il seguente quadro, suddiviso per dipartimenti:
dipendenti provinciali*

presidente della Provincia dott. Durnwalder,

compresi i dipartimenti 0 e 1

1.141

vicepresidente della Provincia dott. Saurer dipartimento 2

343

vicepresidente della Provincia dott. Di Puppo dipartimento

218

assessore dott. Berger

524

assessore dott. Cigolla

136

assessore dott. Frick

83

assessora Gnechi

561

assessore dott. Hosp

114

assessora dott.ssa Kasslatte Mur

1.122

assessore dott. Mussner

971

assessore dott. Laimer	319
scuole materne	1.848
direzione per le scuole materne	157
ispettorato per le scuole materne	1
scuole (senza il personale docente delle scuola elementari, medie, superiori)	2.296
altri	152

Nei bilanci di previsione dal 1986 al 2003 le spese per l'amministrazione generale sono aumentate del quasi 40 per cento.

Le spese correnti nella sanità e le spese per l'amministrazione pubblica crescono costantemente.

Non si può dire generalizzando che nel pubblico lavorino troppe persone.

Se però si sommano i dipendenti dell'amministrazione statale, quelli delle amministrazioni regionale e provinciale, inclusi la scuola e la sanità nonché quelli degli enti locali (comunità comprensoriali e comuni) si arriva a più di 30.000 dipendenti pubblici in Alto Adige.

L'amministrazione provinciale dovrà prendere in considerazione un blocco delle assunzioni nel pubblico impiego, se si vuole arrivare a tenere più o meno sotto controllo le spese per il personale nel bilancio provinciale.

I dipartimenti dovrebbero verificare le ripercussioni di un eventuale blocco delle assunzioni sullo svolgimento del loro lavoro.

Nei posti rimasti vacanti per dimissioni o pensionamento non dovrebbe più subentrare nessuno per un determinato periodo di tempo (da uno a due anni).

Con trasferimenti interni all'amministrazione provinciale si potrebbe ovviare ad eventuali carenze che potrebbero venire a crearsi.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

delibera

quanto segue:

Il Consiglio provinciale invita la Giunta provinciale a intraprendere quanto necessario, affinché dal 1° luglio 2004 entri in vigore un blocco delle assunzioni nell'amministrazione provinciale della durata di tre anni, fatta eccezione per il personale insegnante e per il personale infermieristico nelle aziende sanitarie.

Personalaufnahmestopp in der Landesregierung

Derzeit sind rund 10.000 Personen bei der Landesverwaltung beschäftigt.

Dabei sind das Lehrpersonal (noch einmal rund 8.000 Beschäftigte) und die Sanitätseinheiten bzw. Sanitätsbetriebe nicht berücksichtigt.

Aufgeteilt nach Ressorts ergibt sich folgendes Bild:

Landeshauptmann Dr. Durnwalder inklusive Ressorts 0 und 1	1.141
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Saurer Ressort 2	343
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Di Puppò Ressort 3	218
Landesrat Dr. Berger	524
Landesrat Dr. Cigolla	136
Landesrat Dr. Frick	83
Landesrätin Gneccchi	561
Landesrat Dr. Hosp	114
Landesrätin Dr. Kasslatte-Mur	1.122
Landesrat Dr. Mussner	971
Landesrat Dr. Laimer	319

Kindergarten	1.848
Kindergartendirektion	157
Kindergarteninspektorat	1
Schulen (ohne Lehrpersonal Grund-, Mittel-, Oberschulen)	2.296
Andere	152

Die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung sind in den Haushaltsvoranschlägen von 1986 bis 2003 um fast 40 Prozent angestiegen.

Die laufenden Kosten im Sanitätswesen und die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung steigen beständig an.

Es lässt sich nicht verallgemeinernd sagen, dass im öffentlichen Dienst zu viele Personen beschäftigt sind.

Zählt man aber die Angestellten der Staatsverwaltung, jene der Regional- und Landesverwaltung inklusive Schulen und Sanität sowie jene der Lokalkörperschaften (Bezirksgemeinschaften und Gemeinden) zusammen, kommt man auf über 30.000 öffentliche Angestellte in Südtirol.

Die Landesverwaltung wird einen Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst ins Auge fassen müssen, wenn man die Personalkosten im Landeshaushalt einigermaßen unter Kontrolle bekommen will.

Die Ressorts sollten prüfen, welche Auswirkungen ein Aufnahmestopp auf die jeweilige Abwicklung der Arbeiten hätte.

Dabei sollten Abgänge durch Kündigung bzw. Pensionierung für einen befristeten Zeitraum (von ein bis zwei Jahren) nicht nachbesetzt werden.

Durch interne Umbesetzungen innerhalb der Landesverwaltung sollten möglicherweise auftretende Engpässe ausgeglichen werden.

Dies vorausgeschickt,

fasst

der Südtiroler Landtag

folgenden Beschluss:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle nötigen Schritte zu unternehmen, damit ab 1. Juli 2004 einen auf drei Jahre befristeten Personalaufnahmestopp in der Landesverwaltung, ausgenommen Lehrpersonal und Pflegepersonal in den Sanitätsbetrieben in Kraft tritt.

La parola al consigliere Pöder per l'illustrazione.

PÖDER (UFS): Die Zahlen wurden mir vor nicht allzulanger Zeit von der Landesregierung selbst zur Verfügung gestellt. Es mag in der Zwischenzeit vielleicht die eine oder andere Verschiebung gegeben haben. Hier sind mehr als 10.000 Personen nicht eingeschlossen, nämlich das Lehr- und das Pflegepersonal, zum einen in den Schulen und Kindergärten und zum anderen natürlich in den Sanitätsbetrieben. Von der Landesregierung wird immer behauptet, dass man einen de-facto-Personalaufnahmestopp in der Landesverwaltung hätte. So stimmt das nicht. Es hat keinen Abbau, keine Stagnation in der Zahl der öffentlichen Angestellten gegeben, sondern einen Zuwachs. Ich sage ganz offen, dass man, was das Lehrpersonal und das Pflegepersonal angeht, eine ganz andere Diskussion führen muss. Gerade beim Pflegepersonal gibt es eine Art Pflegenotstand und beim Lehrpersonal muss man eine ganz andere Ebene der Debatte nicht nur erreichen, sondern schaffen, weil man dort natürlich eine ganz eigene sensible Materie berührt.

Was die Landesverwaltung im engsten Sinne angeht, kann und soll es nicht nur einen Personalaufnahmestopp so hinten herum, der es dann doch wieder nicht ist, sondern einen offiziellen beschlossenen Personalaufnahmestopp geben, um die Situation für einige Jahre wirklich in den Griff zu bekommen und eine viel kritisierte und viel diskutierte Thematik auch draußen in der Bevölkerung einmal aufzugreifen und auch zu lösen. Ich will hier keine stammtischpolitische Beamtenschelte betreiben, im Gegenteil. Es geht nicht um die einzelnen Personen, sondern um eine Struktur, um die Verwaltungsstruktur an sich. In diesem Land haben wir viel zu viele öffentliche Angestellte sei es beim Staat, sei es bei der Region, sei es beim Land und sei es bei den Gemeinden und bei allen anderen Strukturen. Insgesamt haben wir fast 40.000 öffentliche Angestellte, was für eine kleine Einheit, wie es das Land Südtirol zahlenmäßig, bevölkerungsmäßig eigentlich darstellt, zu viel ist. Es ist, wirtschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch gesehen, untragbar, dass in der Privatwirtschaft Arbeitskräfte fehlen und diese vom Land oder von den Gemeinden aufgesogen werden. Untragbar ist auch die Situation haushalts- und finanzpolitisch gesehen, weil die öffentliche Verwaltung, der ganze Apparat den Haushalt oder einen beträchtlichen Teil des Haushaltes auffrisst.

Es ist sicherlich nicht so einfach, von heute auf morgen eine Änderung der Struktur herbeizuführen. Ein Personalaufnahmestopp wäre aber der erste Schritt und auch ein Signal an die Privatwirtschaft, ein Signal dahingehend, dass man sagt: "Wir stellen Euch Arbeitskräfte zur Verfügung, belassen sie Euch und nehmen nicht alles weg, was draußen irgendwo im Verwaltungsbereich an potentiellen Fachkräften oder auch in allen anderen Wirtschaftszweigen zur Verfügung steht". Das Land betreibt eine Art Arbeitsmarktpolitik, die darauf abzielt, die Arbeitslosigkeit gering zu halten, indem man alles in den öffentlichen Dienst stellt. Natürlich tut man sich dann leicht, von Vollbeschäftigung zu reden. Es wäre auch nicht so, wenn jetzt an die 5, 10 oder auch 12 Prozent weniger öffentliche Angestellte im Landesdienst wären. Innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes wäre es auch nicht so, dass Arbeitslose draußen auf den Straßen wären. Nein, die würden ganz leicht und unproblematisch von der Privatwirtschaft aufgenommen bzw. übernommen.

Es soll, wie gesagt, nicht die Leistung der Beamten in Frage gestellt werden. Die Struktur ist wie sie ist. Wenn sie geändert wird, dann wird es auch weniger öffentliche Angestellte brauchen. Wir haben bereits Beschäftigungstherapiemaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung. Wir wissen, dass bestimmte Bereiche – wir sprechen von der Wildbachverbauung – eine Art Beschäftigungstherapie betreiben müssen, damit die Leute etwas zu tun haben. Man setzt sie dann für alle möglichen Arbeiten ein. Man setzt sie dann für alle möglichen sinnlosen Tätigkeiten ein, um sie irgendwie zu beschäftigen, um dann auch die hohe Zahl der Beschäftigten zu rechtfertigen. Man sollte Arbeitstherapien, Beschäftigungstherapien in bestimmten Bereichen der öffentlichen Verwaltung einführen damit, wie gesagt, niemand hergeht und sagt, wir haben überhaupt nichts mehr zu tun. Sie hätten eigentlich nichts zu tun, wenn es eine normale Verwaltungsstruktur wäre. Warum zum Beispiel sollen technische Einheiten der Landesverwaltung den Privatfirmen wegnehmen, was sie doch nicht tun, denn um irgendwo die Privatwirtschaft noch einzubinden, beschäftigt man zwar bestimmte Be-

reiche wie die Forst, beschäftigt man die Wildbachverbauung, führt man bestimmte Arbeiten durch, die eigentlich Privatfirmen zustünden, stellt dann aber doch wieder durch die Hintertür Privatfirmen mit Liefer- und Transportaufträgen usw. an. Im Prinzip bedeutet das wieder eine doppelte Ausgabe. Zum einen beschäftigt die öffentliche Hand selbst ihre eigenen Angestellten und zum anderen werden dann doch wieder Privatfirmen beauftragt. Das ist allerdings nur ein Teil der öffentlichen Verwaltung.

Wenn wir uns diese Auflistung anschauen, die nicht allzu alt ist und welche mir vor relativ kurzer Zeit von der Landesregierung zur Verfügung gestellt wurde, dann mag sie zwar aktualisiert werden - mittlerweile wird sie vielleicht ein bisschen anders ausschauen -, insgesamt ist es aber so, dass in der Landesverwaltung viel zu viele Leute beschäftigt sind. Wir reden hier ganz streng nur von den Verwaltungsstrukturen, von der Verwaltung. Wenn man in den einzelnen Ressorts einsparen und sagen würde, durch einen befristeten Personalaufnahmestopp bauen wir Personal ab, dann könnte man durch Verschiebungen innerhalb der Verwaltung selbst Engpässe, die da und dort sicher auftreten mögen - es funktionieren nicht alle Einheiten gleich, es fällt nicht überall gleich viel Arbeit an - ausgleichen. Dass wir aber durch einen Personalaufnahmestopp, durch Personalabbau die Möglichkeit haben, Einsparungen im Haushalt vorzunehmen, dass wir die Möglichkeit haben, der Privatwirtschaft Arbeitskräfte zu belassen, die wir ihnen sonst in der öffentlichen Verwaltung wegnehmen, ist unbestritten.

Sogar in der Vergangenheit - ich glaube, im letzten Jahr in der Gesetzgebungskommission - hat der Landeshauptmann zugegeben, dass diese Möglichkeit besteht. Ihr seid als Landesregierung groß angetreten! Die Durnwalder-Administration ist mit den Versprechen, die Verwaltungsstrukturen schlanker zu machen, nicht nur die Bürokratie, sondern auch die Kommissionen, die Zahl der öffentlichen Beamten abzubauen, groß angetreten. Nichts von dem ist geschehen. Weder die Demokratie noch die Zahl der Kommissionen, noch die Zahl der öffentlichen Angestellten wurde abgebaut. Aus einem ganz einfachen Grund wollte man sich offensichtlich nicht an dieses heiße Eisen heranwagen, weil das wahrscheinlich innerhalb der Verwaltung Schwierigkeiten gebracht hätte oder umgekehrt, weil man, politisch gesehen, einfach diesen Apparat erhalten will, um einen Apparat zu finanzieren, zu erhalten, der dafür sorgt, dass die Arbeitsmarktpolitik kontrolliert und gesteuert werden kann. Es ist schade, dass eigentlich eine ganz einfache Rechnung übersehen wird.

Die Privatwirtschaft, um es noch einmal zu sagen, bräuchte Arbeitskräfte, die sie von außen importieren muss, um dann irgendwo notdürftig die nicht besetzbaren Stellen mit Einheimischen auszufüllen. Auf der anderen Seite werden viel zu viel Haushaltsmittel für die öffentliche Verwaltung, für das Personal ausgegeben und gebunden. Diese ganz einfachen Berechnungen, Rechnungen, Fakten, Tatsachen würde man durch einen befristeten Personalaufnahmestopp nicht lösen, sondern zumindest in den Griff bekommen.

SEPPI (Unitalia - Movimento Sociale - F.T.): La proposta dell'UFS è sag-gia, perché riteniamo opportuno stringere un pochino "la borsa" in questa direzione e creare presupposti affinché la spesa pubblica, che è aumentata per il personale in ma-

niera esponenziale, possa essere bloccata e possa essere trovata all'interno dell'organico attuale la possibilità di procedere con l'amministrazione provinciale e le altre amministrazioni pubbliche.

Non sono d'accordo con la parte impegnativa, dove si dice che l'esclusione di questo impegno riguarda solo il personale infermieristico, io avrei aggiunto anche il personale medico, perché non è che con la presenza di medici siamo messi talmente bene da poterci concedere di non assumere per tre anni. Chiedo ai colleghi dell'UFS se posso presentare un emendamento.

Non sono nemmeno d'accordo sull'esenzione per quanto riguarda il personale nelle scuole, perché professori ce ne sono abbastanza, ma capaci ce ne sono sempre troppo pochi. Non è assumendone altri che possiamo migliorare la qualità di quelli attualmente in attività. Però facendo far loro un paio di ore in più alla settimana, visto che non ne fanno poi tante, si potrebbe evitare di assumere personale nella scuola per i prossimi tre anni.

Al di là di questo ci tengo affinché venga inserita l'esenzione non solo per il personale infermieristico ma anche medico da impiegare nei vari ospedali. Per quanto riguarda il resto della proposta, mi trova perfettamente d'accordo. Gestire una provincia di 450 mila abitanti con dieci mila persone, a cui si deve aggiungere tutto l'altro personale delle altre amministrazioni pubbliche, dai comuni, ai consorzi dei comuni, allo Stato ecc., è esorbitante, per cui questo ordine del giorno ci trova d'accordo.

C'è da aggiungere che questo blocco creerebbe una possibilità in più per le aziende private. Non ho ascoltato in cuffia l'intervento del collega Pöder, non so se ha accennato a questo, lo faccio io. Le aziende private non riescono più a reperire sul mercato del lavoro lavoratori a qualsiasi livello, proprio perché la concorrenza dell'ente pubblico fino adesso è stata alta, e trovare gente che lavora per 500, 300, 800 mila lire in meno al mese diventa un compito arduo. Sarebbe anche una soluzione per i privati, quindi chi ha bisogno di lavoro per i prossimi tre anni vada dai privati e accetti le loro condizioni. E' una proposta saggia che mi trova d'accordo.

Presenterò due emendamenti, uno che aggiunge all'esonero per i prossimi tre anni anche il personale medico oltre a quello infermieristico. Poi chiedo anche l'esonero per il personale insegnante, perché professori ce ne sono a sufficienza. Il numero degli allievi è in continua diminuzione, per cui basterebbe far fare agli insegnanti qualche ora in più per coprire tutte le esigenze. E' una situazione grave per i giovani, creerà problemi per i neo laureati, però l'amministrazione deve proteggere se stessa da spese di questo livello.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Einmal war von 41.000 öffentlichen Bediensteten in Südtirol die Rede. Zu den von den Einbringern aufgezählten Bediensteten kämen dann wahrscheinlich auch noch die Angehörigen der Streitkräfte und alle, die man zu den öffentlichen Bediensteten zählt, dazu. In einer Publikation des Landes selbst war von 41.000 Bediensteten die Rede, die 20 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ausmachen. Ich habe bei der Generaldebatte gesagt, die Landesregierung möge mir ein Beispiel nennen, ob es einen zweiten Staat oder eine Region in Europa gibt, in denen wir eine solche Dichte haben. Mir ist das nicht bekannt.

Ich werde diesen Beschlussantrag selbstverständlich unterstützen. Wir wissen, dass in den 90er-Jahren gerade in Südtirol eine Tendenz bemerkbar war, die geheißen hat: "Matura machen und zum Land gehen!" Es gab eine Sogwirkung sondergleichen. Gleichzeitig hat aber die Privatwirtschaft darüber geklagt, dass ihr gute Arbeitskräfte entzogen werden, auch weil sie das Land gut bezahlt hat und der größte Konkurrent gegenüber der Privatwirtschaft war. Das muss man mit aller Deutlichkeit unterstreichen. Das hat dazu geführt, dass sich der Landesapparat aufgebläht hat und in den privaten Betrieben schwer Arbeitskräfte zu finden waren. Dieser Zustand hält nach wie vor an.

Ich weiß, dass die Kollegen der Union bereits mehrmals einen ähnlich lautenden Antrag gestellt haben. Die Landesregierung hat hier nie richtig hingehört oder nicht hinhören wollen. Das ist sicherlich an der Zeit zu tun. Ich möchte dem Kollegen Seppi recht geben. Ich möchte fragen, warum man das Lehrpersonal ausgeklammert hat. Ich denke, weil man das auch nicht allgemein sagen kann. Ich weiß beispielsweise, dass gerade in diesen Tagen Eltern wahrscheinlich bei der Frau Landesrätin, was die Musikschulen anbelangt, wo man eine Menge Kinder abweist, weil es offenbar zu wenig Lehrer gibt, um Auskunft bitten. Die Alternative wäre dann wieder Lehrer anzustellen. Das würde aber diesem Antrag widersprechen. Man muss es schon differenziert sehen, aber Lehrpersonen sind hier ausgenommen. Ich habe sie aber erwähnt, denn nicht in allen Bereichen wird es die Lehrkräfte brauchen. Nicht alle sind aber Musiklehrer, das ist auch klar. Auch nicht alle Lehrpersonen kann man in einen Topf werfen. Wenn wir diese Zahlen ernst nehmen sollen, dass die Schülerzahlen sinken, dann wird es möglicherweise auch nicht mehr diese große Anzahl von Lehrern brauchen. Mir ist bekannt, dass sich junge LehrerInnen schwer tun, eine Stelle zu bekommen. Infolgedessen gibt es hier auch ein Überangebot an Lehrkräften. Generell ausklammern vom Aufnahmestopp würde ich sie nicht.

Das Anliegen ist aber mehr als berechtigt. Ich denke, wenn man von schlanken Institutionen redet, dann muss die Landesregierung an sich selber Hand anlegen. Ich denke nicht, dass die Macht der einzelnen Assessorate darin besteht, wie viele Leute man jeweils beschäftigt, sondern wirklich nachprüft - dies ist auch in den Prämissen enthalten - welche Auswirkungen ein Aufnahmestopp hat. Das hätte man schon längst tun sollen, weil dieser Antrag, wie gesagt, nicht neu ist. Darüber haben wir hier des Öfteren diskutiert. Offenbar hat man das Anliegen nicht ernst genug genommen bzw. hat man dazu nicht den politischen Willen, welcher aber sicherlich notwendig ist.

PRESIDENTE: Vi leggo i due emendamenti presentati dal consigliere Seppi, chiedendo ai presentatori se gli vogliono accettare. In quel caso dovremmo sospendere i lavori per farli tradurre.

Il primo emendamento dice: Dopo le parole "infermieristico" si aggiungono le parole "medico e paramedico".

Il secondo emendamento dice: Le parole nella parte impegnativa "per il personale insegnante e" vengono abrogate.

La parola al consigliere Pöder, ne ha facoltà.

PÖDER (UFS): Dem zweiten Antrag stimme ich zu. Das Wort "paramedico", welches im ersten Abänderungsantrag steht, sagt mir nichts. Wir haben hier das Pflegepersonal erwähnt, was eigentlich reichen müsste. Die Worte "das ärztliche Personal" könnten noch eingefügt werden.

PRESIDENTE: Sospendiamo la seduta per cinque minuti per consentire la traduzione di questo emendamento.

ORE 18.40 UHR

ORE 18.45 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Mi rivolgo al consigliere Pöder. Se ho capito bene, l'emendamento che Lei accetta è quello che dice: Le parole nella parte impegnativa "per il personale insegnante e" vengono abrogate.

Die Wörter "Lehrpersonal und" sind gestrichen.

Accetta questo emendamento? Ho capito, che accetta tutti due gli emendamenti. Eravamo partiti dal presupposto che il secondo avesse un destino diverso. Da quello che abbiamo sentito noi abbiamo capito che accetta il secondo emendamento. Allora abbiamo capito male noi.

La parola al consigliere Pöder.

PÖDER (UFS): Ich habe nur gesagt, dass ich den Ausdruck "paramedico" nicht verstehe. Ich habe nicht gesagt, dass das ein Grund ist, den Abänderungsantrag nicht anzunehmen, sondern dass ich diesen Ausdruck nicht verstehe. Ich glaube, dass das nicht ärztliche Personal im Begriff "Pflegepersonal" eigentlich bereits enthalten ist.

PRESIDENTE: Sospendo la seduta per cinque minuti per consentire anche la traduzione di questo emendamento.

ORE 18.47 UHR

ORE 18.50 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Vi leggo l'emendamento che dice: Dopo le parole "infermieristico" si aggiungono le parole "medico e paramedico".

Nach dem Wort "Pflegepersonal" werden die Wörter "ärztliches und nicht ärztliches Personal" eingefügt.

La parola al consigliere Seppi, ne ha facoltà.

SEPPI (Unitalia - Movimento Sociale - F.T.): Con il primo emendamento chiediamo che esentati dall'obbligo di non assunzione sia il personale medico e paramedico. Il medico si sa cos'è, il paramedico è colui che coadiuva il medico nelle sue

funzioni, mi riferisco ai tecnici che possono essere impiegati in varie funzioni all'interno dell'apparato sanitario. Quindi con infermieri, medici e paramedici si copre tutta quella fascia di professionalità che sono in prima linea nell'offensiva contro le malattie. La concessione di assunzione dei medici è dovuta al fatto che mancano medici, ne mancheranno anche in futuro, per cui norme assurde come la proporzionale e il censimento ci hanno posto nelle condizioni di non poter assumere dove serviva, infermieri ne mancano anche, quindi da questo provvedimento questo personale deve essere assolutamente esentato.

Con l'altro emendamento chiediamo che anche gli insegnanti vengano inseriti in questo blocco, anche se non mi fa piacere, però quelli che ci sono riteniamo che siano sufficienti a coprire la scuola anche per i prossimi tre anni. Mi fa piacere che questi emendamenti siano stati accettati dai presentatori. Da parte nostra abbiamo posto l'impegno per cercare di dare una configurazione più obiettiva a questo tipo di richiesta. E' una proposta politica intelligente che ci permette di risparmiare perché c'è la possibilità, forse c'è più qua che in altri settori della spesa pubblica. Con 10 mila dipendenti la Provincia può davvero far fronte a 450 mila abitanti, le loro esigenze sono servite sicuramente bene. Se non lo fossero, pregheremmo il personale di essere più disponibile e attento.

A questo punto condividiamo l'ordine del giorno dei colleghi dell'UFS.

SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):
Seit Jahren herrscht praktisch Aufnahmestopp. Die Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung wissen, dass sie im Bereich der Verwaltung nicht einmal eine Einheit mehr bekommen haben und dass einzelne Abteilungen durchforstet worden sind. Auch meine Abteilungen sind durchforstet worden, wobei Personalreduzierungen vorgeschlagen und auch durchgeführt worden sind. Diesen Beschlussantrag braucht es sicher nicht, weil keine Einheit, was die Verwaltung anbelangt, aufgenommen worden ist. Ich muss darauf hinweisen, dass wir Landesgesetze auch im sozialen Bereich gemacht haben, die wesentlich neue Aufgaben vorgesehen haben, und Personal ist keines dazugekommen. Wir sind in größten Schwierigkeiten, weil wir diesen selbst auferlegten Stopp beibehalten wollen. Wenschon sollte der eine oder die andere Beamte hin- und hergeschoben werden. Es sind auch neue Zuständigkeiten übergegangen, wo Personal für die Ursprungsverwaltung optiert hat. Auch dort ist man sehr knauserig gewesen und hat gespart. Ich glaube, dass die einzigen Aufstockungen in den Schulen erfolgt sind, weil die Schülerzahl auch heuer sehr stark zugenommen hat. Auch der eine und der andere Integrationslehrer hätte dazukommen müssen. Auch dort ist man sehr einschränkend gewesen, so dass wir, sei es was die Kinderkrippen, die Kindergärten und auch die übrigen Schulen anbelangt, aufgrund der Funktionsdiagnosen, die immer wieder stark hereinkommen, in größeren Schwierigkeiten sind. Was diese Legislatur anbelangt, ist das, was hier gefordert wird, in der Praxis durchgeführt worden. In Teilbereichen sind wir in große Schwierigkeiten gekommen, weil, wie gesagt, Gesetze gemacht worden sind, die zurecht zusätzliches Personal gefordert hätten. Wie gesagt, einzelne Abteilungen sind durchforstet worden, wobei kleinere Reduzierungen vorgenommen und durchgeführt wurden. Infolgedessen werden wir diese Linie, die sinnvoll

ist, beibehalten. Wir werden aber die Funktionalität der Landesverwaltung nicht in Frage stellen.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'ordine del giorno n. 2 così emendato.
La parola alla consigliera Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ (UFS): Ich ersuche um getrennte Abstimmung über den ersten Abänderungsantrag, in dem es um das Lehrpersonal geht.

PRESIDENTE: Consigliera Klotz! Noi non votiamo gli emendamenti.

KLOTZ (UFS): Frau Präsidentin! Ich ersuche um getrennte Abstimmung des Teils des Antrages, in dem es um das Lehrpersonal geht.

PRESIDENTE: Non fa più parte del testo. Il consigliere Pöder ha accettato tutti due gli emendamenti. Quindi c'è in votazione un testo che non contiene più questa parola. L'emendamento è stato accettato. Noi votiamo già un testo emendato.

Metto in votazione l'ordine del giorno n. 2: respinto con 5 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

La seduta è tolta.

ORE 18.58 UHR

SEDUTA 215. SITZUNG

16.7.2003

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Di Puppò (55)

Holzmann (38)

Klotz (37,84)

Kury (29)

Leitner (4,71,81)

Minniti (70)

Pöder (66,69,77,82)

Pürgstaller (20)

Saurer (73,83)

Seppi (29,80,83)

Urzi (67)

Willeit (37,47)